

# ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer  
Städtebund

12/2017·01/2018



## GESTERN UND HEUTE URBANE INDUSTRIE

### SILICON AUSTRIA

Mit Mikroelektronik an die Weltspitze

### SCHWEIZER STÄDTE-STUDIE

Perspektiven für den Werkplatz

### NACHBERICHT

EXPO REAL in München

### STADTREGIONSTAG

Lienz zeigt, wie's geht

### HIDDEN CHAMPION

Erdbeerwoche redet drüber

GENERALSEKRETÄR



Investitionen sichern den Industriestandort

Österreich liegt mit einem Industrieanteil von 16 bis 17 Prozent an der Gesamtwirtschaft im Spitzenfeld der OECD-Staaten. Der industrielle Sektor ist in Österreich von größerer Bedeutung als in vergleichbaren Staaten und ist durch vielfältige Verflechtungen von enormer Bedeutung für Beschäftigung und Einkommen.

Möglich wurde dies durch das eindeutige Bekenntnis der österreichischen Politik zur Industrie. Dies äußert sich u. a. in der starken Förderung von Forschungsprojekten durch die öffentliche Hand. Die Forschungsquote hat sich so seit dem Jahr 1990 von 1,5 Prozent des BIP auf 3,12 Prozent mehr als verdoppelt. Damit nimmt Österreich den zweiten Platz innerhalb der EU ein, wo der Schnitt bei 1,96 Prozent liegt. Zur positiven Weiterentwicklung des Industriestandortes und zur Absicherung der damit verbundenen Arbeitsplätze braucht es sowohl öffentliche als auch private Investitionen. Nur wenn Wirtschaft und Staat an einem Strang ziehen, kann der Standort seine hohe Qualität erhalten.



Dr. Thomas Weninger,  
Generalsekretär Österreichischer Städtebund



STÄDTEBUND AKTUELL  
Kurzmeldungen aus dem Städtebund

04

KOMMUNALNEWS  
Aktuelles aus den Städten

10

SCHWERPUNKTTHEMA INDUSTRIE IN STÄDTEN

Roland Lang

Industrie: Gestern! Und heute?

16

Manfred Hummel

Silicon Austria – ein neues Mekka der Eierköpfe

20

Wolfgang Hesoun

Industrie als Bestandteil der modernen Stadt

24

Peter Matzanetz

Digitaler Stadtwechsel

28

Gerhard Melinz

Industrialisierung, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Kommunen

30

Martin Tschirren

Quo vadis Werkplatz Stadt?

34

Mathias Burtscher

Vorarlbergs urbaner Weg

36

Hans Stögmüller

Aufschwung nach jeder Krise

40

Edelstahlwerk Kapfenberg – „Das Maß aller Dinge“

44

Sabine Rabl-Berger, Martha Wepner-Banko

Neue Sicht auf alte Flächen

46

Vida Bakondy

Zwischen Prekariat und Hoffnung

50

MAGAZIN

Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen

52

LITERATUR

Aktuelle Rezensionen

72

RECHT

Bettelverbot durch die Gemeinde | Bescheidaufhebung nach § 299 BAO

73

FINANZEN

Ertragsanteilsvorschlüsse für November

77

HIDDEN CHAMPION

„Erdbeerwoche“ – Auf blutiger Mission

78

ZU GUTER LETZT

Kommende Termine und mehr

81

IMPRESSUM

83

© Porträts: www.medien dienst.com/wilke, PID/Jan Ehm, © Foto: dioxin/Photocase

PRÄSIDENT



Gemeinsame Schwerpunkte setzen

Die Industrie ist eine wichtige Arbeitgeberin. Zwar ist die Anzahl der Arbeitsplätze im produzierenden Sektor – nicht nur in Österreich – in allen westlichen Industrienationen gesunken, jedoch arbeiten immer noch rund 140.000 Menschen allein in Wien in diesem Wirtschaftssektor. Wenn die vor- und nachgelagerten Effekte der Industrie auf andere Wirtschaftsbereiche hinzugerechnet werden, hängen sogar fast 300.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt am produzierenden Bereich. Zudem bildet die Wiener Industrie jährlich rund 1.000 Lehrlinge aus.

Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Industrie hat lange Tradition. Durch Investitionen der öffentlichen Hand sowie durch gemeinsame Projekte in den Bereichen Bildung, gesellschaftliches Miteinander, Forschung und Infrastruktur wird der Industriestandort Österreich langfristig gesichert. Damit wir auch in Hinkunft auf Produkte „Made in Austria“ stolz sein können und Arbeitsplätze für die Zukunft sichern.



Dr. Michael Häupl,  
Präsident Österreichischer Städtebund

Equal Pay Day 2017

# Verteilungsgerechtigkeit bei Erwerbsarbeit

Heuer fiel der Equal Pay Day, also jener Tag, an dem Vollzeit arbeitende Männer bereits das Jahreseinkommen von Vollzeit arbeitenden Frauen erreicht haben, auf den 13. Oktober. Für Frauen bedeutet dies ein Minus von 21,7 Prozentpunkten gegenüber dem Jahreseinkommen der Männer. Einer der Gründe dafür liegt in der immer noch ungleichen Beteiligung von Männern und Frauen an der unbezahlten Arbeit – aber auch an der Erwerbsarbeit.

86 Prozent der Väter von einem oder mehreren Kindern bis 15 Jahren sind Vollzeit beschäftigt, bei Frauen sind dies nur 18 Prozent. Auch der

Großteil der bezahlten Überstunden wird von Männern verrichtet. Bei der unbezahlten Arbeit verhält es sich genau anders herum – zwei Drittel von Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege älterer Menschen verrichten Frauen. Frauen kommen, wenn bei beiden Geschlechtern bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammengerechnet werden, auch auf eine höhere Wochenarbeitszeit als Männer. Laut Zeitverwendungsstudie arbeiten Männer 64,3 Stunden pro Woche, 75 Prozent davon bezahlt, Frauen hingegen arbeiten 66 Stunden, allerdings nur 59 Prozent davon bezahlt.

### Gesunde Vollzeit für alle

Männer landen in der Überstunden-, Frauen in der Teilzeitfalle. Derzeit arbeiten Frauen zu 48 Prozent Teilzeit, im Jahr 1994 waren es noch 26 Prozent gewesen. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen hat sich dafür erhöht, sie ist von 59 im Jahr 1994 auf 67 Prozent im Jahr 2015 angestiegen. Frauen kommt dabei immer mehr die Rolle der Zuverdienerinnen zu. Und vor allem – ein Gutteil der Teilzeitbeschäftigten will dies nicht. Eine Auswertung des Mikrozensus im Auftrag der AK hat ergeben, dass Teilzeitarbeitskräfte um 2 Stunden und 42 Minuten länger arbeiten wollen, Vollzeitarbeitskräfte wollen 1 Stunde und 48 Minuten kürzer arbeiten. Eine Umverteilung sowohl von bezahlter Erwerbsarbeit als auch von unbezahlter Hausarbeit fordert daher der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes. Unter dem Titel „Gesunde Vollzeit“ startet er eine Online-Befragung zum Thema Wochenarbeitszeit und gewünschter Wochenarbeitszeit ([www.staedtebund.gv.at/gesundevollzeit.html](http://www.staedtebund.gv.at/gesundevollzeit.html)). „Eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit führt auch zu einer gerechteren Verteilung der unbezahlten Arbeit. Sie führt dazu, dass Frauengehälter nicht so angesetzt werden, dass sich maximal eine Rolle als Zuverdienerin ausgeht“, zeigt sich die Vorsitzende des Frauenausschusses Sandra Frauenberger überzeugt.

### Details zum Equal Pay Day

Der Equal Pay Day vergleicht die Einkommen von ganzjährig Vollzeit beschäftigten Männern und Frauen. In den letzten Jahren konnten hier einige Verbesserungen erreicht werden.

### Österreichweiter Equal Pay Day seit 2010

|       |               |
|-------|---------------|
| 2010: | 29. September |
| 2011: | 4. Oktober    |
| 2012: | 6. Oktober    |
| 2013: | 8. Oktober    |
| 2014: | 10. Oktober   |
| 2015: | 10. Oktober   |
| 2016: | 11. Oktober   |
| 2017: | 13. Oktober   |

### Equal Pay Day 2017 nach Bundesländern (in Klammer Verbesserung zum Vorjahr in Prozentpunkten)

|                   |                               |
|-------------------|-------------------------------|
| Vorarlberg:       | 16. September (+0,49 Prozent) |
| Oberösterreich:   | 27. September (+0,67 Prozent) |
| Tirol:            | 3. Oktober (+0,51 Prozent)    |
| Salzburg:         | 3. Oktober (+0,10 Prozent)    |
| Steiermark:       | 9. Oktober (+0,66 Prozent)    |
| Niederösterreich: | 11. Oktober (+0,63 Prozent)   |
| Kärnten:          | 15. Oktober (+0,63 Prozent)   |
| Burgenland:       | 16. Oktober (+0,64 Prozent)   |
| Wien:             | 30. Oktober (+0,92 Prozent)   |
| Österreich:       | 13. Oktober (+0,64 Prozent)   |

Quelle: AK ÖÖ, Lohnsteuerstatistik 2015, Statistik Austria



### Linz

In Linz wird bereits seit Jahren erfolgreich eine 25-Prozent-Rabatt-Aktion für Frauen zum Equal Pay Day durchgeführt.



### St. Valentin

In St. Valentin luden Bürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Kerstin Suchan-Mayer (r.) und Gemeinderätin Christine Pissenberger zum Filmabend über die Suffragettenbewegung.



### Wels

Im Bild Frauenreferentin Vizebürgermeisterin Silvia Huber (r.) mit der Frauenbeauftragten Claudia Glössl von der Dienststelle Sozialservice und Frauen beim Verteilen von Infomaterial in der Innenstadt



### Innsbruck

VertreterInnen der Stadt Innsbruck machten mit einer Info- und Verteilaktion in der Maria-Theresien-Straße auf den Equal Pay Day Innsbruck aufmerksam (v. l. n. r.): Gleichberechtigungsbeauftragte Monika Erhardter, Daniel Burgstaller (Frauen und Generationen), Gemeinderätin Angela Eberl, Stadtrat Gerhard Fritz, Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider, Gemeinderätin Renate Krammer-Stark, Andrea Kreisl (Frauen und Generationen), Referatsleiterin Uschi Klee (Frauen und Generationen) und Gemeinderat Helmut Buchacher



### St. Pölten

Zum Equal Pay Day am 13. Oktober informierte die Frauenplattform St. Pölten PassantInnen in der Innenstadt. V. l. n. r.: Barbara Seyrl vom Frauenprojekt „fairwurzelt“, das Büro für Diversitätsteam Mag.<sup>a</sup> Martina Eigelsreiter, Ivan Satnic und Ilse Knell, STR<sup>®</sup> Mag.<sup>a</sup> Renate Gamsjäger, Mag.<sup>a</sup> Barbara Wegscheider (Leiterin NÖ Frauentelefon/NÖ Hilfswerk) und Dr.<sup>in</sup> Doris Kloimstein (Bereich Familie, Pastorale Dienste der Diözese St. Pölten).



### Klagenfurt

Stadträtin Ruth Feistritzer (r.) und Frauenbeauftragte Astrid Malle (l.) verteilen Halbe/Halbe-Taschen und Info-Material an eine Passantin am Benediktiner-Markt in Klagenfurt.

© Fotos: Stadt Linz, IKW Almsteiner, St. Valentin, Josef Vorauer, Wels, Stadt Klagenfurt

Verbesserungen im Vergleich zu 2013 ersichtlich

## Stadt Wien präsentiert 2. Wiener Gleichstellungsmonitor

Drei Jahre nach Erscheinen des 1. Wiener Gleichstellungsmonitors im Jahr 2013 gibt nun die zweite Auflage Antworten darauf, wie sich die Lebenssituation von Frauen und Männern in Wien in diesem Zeitraum verändert hat.

In zwölf Themenfeldern und 123 Indikatoren mit über 230 Grafiken werden der Status quo der Gleichstellung sowie zeitliche Entwicklungen beleuchtet. Dabei wurden amtliche Statistiken der Magistratsabteilung für Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23) und der Statistik Austria verwendet. Der Wiener Gleichstellungsmonitor ist ein Projekt von Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, Gemeinderätin Barbara Huemer und dem Institut für Höhere Studien (IHS). Ein besonderer Fokus wurde im 2. Gleichstellungsmonitor auf Frauen mit Migrationshintergrund gelegt.

### Verbesserungen im Vergleich zu 2013 ersichtlich

Frauen bilden mit 51 % die Mehrheit der Wiener Bevölkerung, dennoch waren sie lange von vielen Bereichen des öffentlichen Lebens quasi ausgeschlossen. Erfreulich ist, dass die Initiativen der Stadt Wien in den vergangenen Jahren Wirkung zeigten und eine Verbesserung im Vergleich zu 2013 ersichtlich ist. So konnte durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben erreicht werden. Auch die Partizipation von Frauen in politischen Gremien der Stadt Wien konnte durchwegs gesteigert werden und es gibt im Vergleich zum Jahr 2013 nun mehr Frauen in Führungspositionen. Der Gleichstellungsmonitor zeigt zudem auf, in welchen Bereichen zukünftig mehr unternommen werden muss. So beispielsweise bei den Realeinkommen. Zwar konnte der Gender Pay Gap zwischen 2010 und 2014 von 16 % auf 14 % verringert werden, jedoch ist dies zum Teil auch auf die sinkenden Realeinkommen von Männern zurückzuführen. Auch die steigende Partizipation beschränkt sich vor allem auf frauendominierte Bereiche wie Soziales, Pflege, Bildung. Eine höhere Partizipation in männerdominierten Bereichen (Wirtschafts- und Finanzthemen, Wohn- und Stadtplanung oder auch im Medienbereich) wäre jedoch erforderlich, um die Belange und Interessen von Frauen verstärkt zu fördern und Benachteiligungen von Frauen auszugleichen. ■



Die vollständigen Ausführungen aller Kapitel inklusive Datenquellen und Grafiken finden Sie im Detail unter [www.gleichstellungsmonitor.wien.at](http://www.gleichstellungsmonitor.wien.at).

### 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze verlängert

Bereits vor der Nationalratswahl im Oktober wurde die Verlängerung der 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze beschlossen. Durch einen Zuschuss des Bundes in Höhe von 52,5 Millionen Euro soll der qualitative und quantitative Ausbau des Kinderbetreuungsangebots im Jahr 2018 vorangetrieben werden. Dieser Betrag wird von den Bundesländern und den Gemeinden kofinanziert, womit laut Familienministerium mit Investitionen in Höhe von 100 Millionen Euro zu rechnen ist. Der Schwerpunkt der Förderung liegt im nächsten Jahr bei den Kleinkindern, da es gerade in dieser Altersgruppe den größten Nachholbedarf gibt. Bisher erfüllt lediglich Wien als einziges Bundesland das sogenannte Barcelona-Ziel und kann für mehr als 33 Prozent der unter Dreijährigen einen Kinderbetreuungsplatz anbieten. Fortschritte soll es auch in Bezug auf Barrierefreiheit sowie beim räumlichen Angebot (z. B. Bewegungszimmer und Außenspielfläche) geben.

Bis spätestens 31. März 2018 soll nun ein bundeseinheitlicher Qualitätsrahmen entwickelt werden, der sowohl organisatorische als auch pädagogische Standards umfasst. Außerdem heißt es im Ministerratsvortrag, dass zur Einführung eines zweiten verpflichtenden Gratiskindergartenjahres bis spätestens 31. August 2018 eine Einigung angestrebt wird.



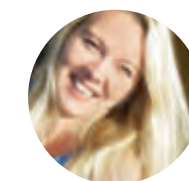
Der qualitative und quantitative Ausbau des Kinderbetreuungsangebots ist auch im Jahr 2018 sichergestellt.

## Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Was schenken Sie Ihren neuen Gemeinde-Bürgern zur Geburt?

Unsere bunten **Kinder-Rucksäcke** sind das ideale Willkommens-Geschenk. Sie sind prall befüllt mit vielen wertvollen Baby-Artikeln. Wir machen Ihren Rucksack einzigartig – mit Aufdruck Ihrer Gemeinde!

Die Qualität besticht, der Inhalt begeistert, der Preis besticht!



**Kontakt:**  
Karin Bayer, 0676/64 53 986  
Marketingservice Thomas Mikscha GmbH,  
Messestraße 6, 3100 St. Pölten,  
[www.mstm.at](http://www.mstm.at)



In Krems fanden Nationalratswahl und Gemeinderatswahl am selben Tag statt. Die Ergebnisse sind durchaus unterschiedlich.

Krems

## Doppelter Urnengang am 15. Oktober

In Krems wurden am 15. Oktober gleich zwei Wahlen durchgeführt. Neben der Nationalratswahl waren die BürgerInnen der niederösterreichischen Statutarstadt auch dazu aufgefordert, einen neuen Gemeinderat zu wählen.

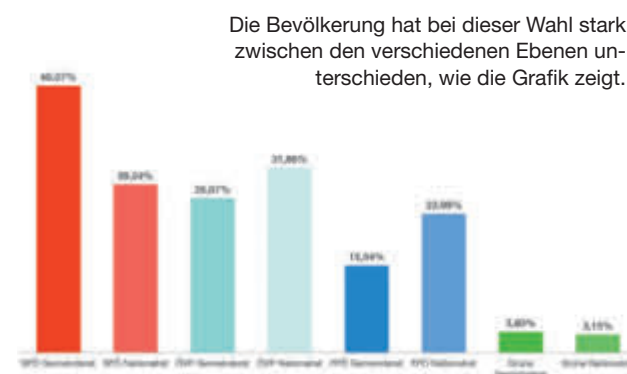
Die Situation war vor allem für die Wahlbehörden und Wahlkommissionen herausfordernd, denn es mussten sämtliche WahlbeisitzerInnen doppelt besetzt werden und getrennte Wahllokale und Wahlzellen eingerichtet werden. Zudem mussten natürlich zwei Wahlen ausgezählt werden.

### Bürgermeister Resch baut Vorsprung aus

Bei der Gemeinderatswahl 2012 gelang es der SPÖ, den Bürgermeistersessel von der ÖVP zu gewinnen. Bürgermeister Dr. Reinhard Resch konnte nun, fünf Jahre später, seinen Vorsprung noch deutlich ausbauen und kam auf 46,09 Prozent der Stimmen. Damit schrammte die SPÖ nur ganz knapp an einer absoluten Mehrheit vorbei und hält nun bei 19 von 40 Mandaten. Einen Dämpfer versetzte der Stimmung lediglich, dass man bei der Nationalratswahl in Krems ein leichtes Minus verzeichnete und den ersten Platz verlor. Gemischte Gefühle gab es jedoch vor allem bei der Kremser Volkspartei. Zwar konnte die ÖVP mit einem satten Zugewinn von 6,55 Prozent den ersten Platz bei der Nationalratswahl für sich beanspruchen, auf Gemeindeebene verlor man jedoch deutlich an Stimmen. Die ÖVP hält damit künftig nur noch bei elf Mandaten (-4).

Die FPÖ verzeichnete bei beiden Wahlen starke Zugewinne. Im Gemeinderat konnten die Freiheitlichen ihre Sitze von drei

auf sechs verdoppeln. Wie in ganz Österreich mussten die Grünen auch in Krems starke Verluste bei der Nationalratswahl hinnehmen. Bei der Gemeinderatswahl lief es ebenfalls alles andere als rosig. Die Grünen verloren eines der beiden Mandate. Die Kommunisten und Linksozialisten (KLS) verloren zwar leicht an Stimmen, konnten jedoch beide Sitze verteidigen. Neu im Gemeinderat ist die Liste ProKrems mit einem Mandat.



© Foto: Stadt Krems

### Klagenfurt und Villach rücken näher zusammen

„Wir wachsen zusammen. Das Herz von Kärnten“ lautete das Motto der gemeinsamen Pressekonferenz von Bürgermeisterin Dr.<sup>in</sup> Maria-Luise Mathiaschitz aus Klagenfurt und Bürgermeister Günther Albel aus Villach. Die beiden größten Städte des Bundeslandes wollen zukünftig stärker gemeinsam auftreten, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und den Wirtschaftsstandort international besser zu positionieren. Themenfelder sind zum Beispiel der öffentliche Verkehr, Bildung, Raumordnung, Kultur, Sport, Freizeit und BürgerInnenbeteiligung. Eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aus beiden Städten soll nun konkrete Konzepte erarbeiten.

### Auch andere Gemeinden beteiligt

Eine Studie des Instituts IMPACT im Auftrag der Städte Klagenfurt und Villach sowie des Kärntner Städtebundes stellte erst unlängst fest, dass die viel zitierte Rivalität zwischen Klagenfurt und Villach von der Bevölkerung so nicht gesehen wird. Vielmehr wünscht man sich eine engere Zusammenarbeit. Eine solche gibt es bereits jetzt im Bereich der Kultur in Form von Theater-Abo-Kooperationen. Auch bei einem Eishockey-Leistungsprojekt wird schon jetzt eine intensive Zusammenarbeit forciert. Man werde auch aktiv auf andere Gemeinden und Institutionen im Umland aktiv zugehen, „damit für alle dieser Zentralraum Herzenssache wird“, so Klagenfurts Bürgermeisterin Mathiaschitz.



Die beiden größten Städte des Bundeslandes Kärnten wollen in Zukunft verstärkt gemeinsam auftreten, verrieten Klagenfurts Bürgermeisterin Dr.<sup>in</sup> Maria-Luise Mathiaschitz und Villachs Bürgermeister Günther Albel bei einer gemeinsamen Pressekonferenz.



younion  
Die Daseinsgewerkschaft

WÜNSCHT ERHOLSAME FEIERTAGE!

foto: spaceshine

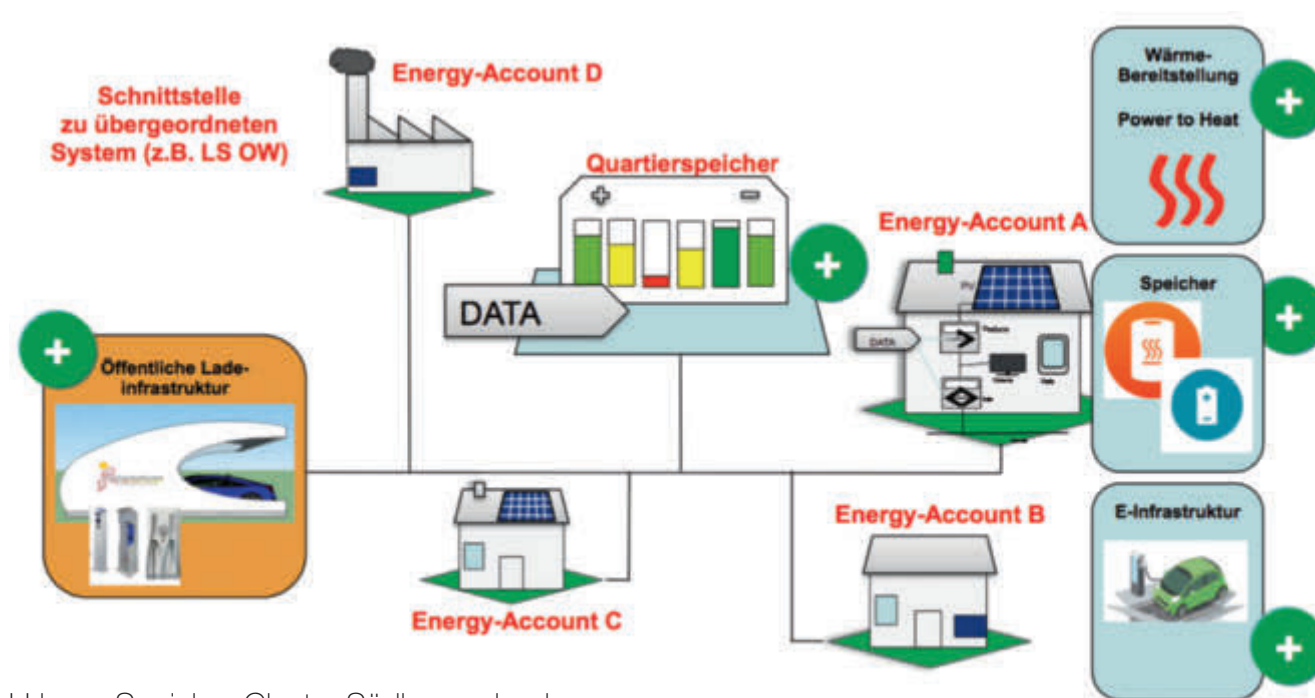


Bereits jetzt ist jeder zweite Ticketautomat der Wiener Linien tiefgesetzt, um RollstuhlfahrerInnen und kleineren Menschen den eigenständigen Fahrkartenerwerb zu ermöglichen. Zukünftig soll dies in der gesamten Europäischen Union gängiger Standard sein.

### „European Accessibility Act“ in erster Lesung

Das Europäische Parlament hat die Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (den „Accessibility Act“) in erster Lesung angenommen. Dieser Rechtsakt behandelt europaweit einheitliche Barrierefreiheitsbestimmungen für digitale Güter und Dienstleistungen, beispielsweise im Transportbereich. So soll es zukünftig im gesamten Unionsgebiet einheitliche barrierefreie Ticketing-Automaten, Apps und Fahrplananzeigen geben. Zudem soll die bauliche Umgebung von Verkehrsdienstleistungsbetrieben mit einem stufenfreien Zugang versehen werden.

Im Rahmen der Sitzung des Europäischen Parlaments wurden einige Änderungen gegenüber dem Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vorgenommen. Der Bestandsschutz soll bestehen bleiben und Ticketautomaten sollen bis an ihr Lebensende genutzt werden können. Die Geltendmachung des Ausnahmetatbestandes der „unzumutbaren Belastung“ wurde von Behörden auch auf Betreiber ausgedehnt. Im Rat werden die Verhandlungen weitergeführt, der formelle Trilog wird aber nicht vor Anfang des nächsten Jahres erwartet.



Urbane Speicher-Cluster Südburgenland

## Erneuerbare Energiespeicherung

Die Stadtgemeinde Oberwart plant gemeinsam mit der Golf- und Thermenregion Stegersbach sowie mit Unternehmen, Institutionen und Haushalten die Errichtung von zwei hoch innovativen „Urbanen Speicher-Clustern“.

Durch das vom Klima- und Energiefonds des Bundes mitfinanzierte Projekt soll das Südburgenland zur europäischen Vorzeige-Region auf dem Gebiet der vernetzten erneuerbaren Energiespeicherung werden. Ziel ist die Bündelung verfügbarer Potenziale, welche zu Kosteneinsparungen für alle Beteiligten führt. Zudem setzt das Projekt einen wertvollen Impuls für die Wirtschaft und schafft neue Arbeitsplätze in einer von Abwanderung betroffenen Region. Sowohl die Stadtgemeinde Oberwart als auch die Golf- und Thermenregion Stegersbach bieten optimale Rahmenbedingungen für das Projekt, da sich beide Gemeinden bereits seit längerem im Bereich der erneuerbaren Energie engagieren. Das Projekt könnte in weiterer Folge als Muster- und Pilotpro-

Durch die Bündelung in Clustern sollen noch ungenutzte Potenziale an Energieflexibilitäten realisiert werden. Im Südburgenland setzt man dabei auf eine Kombination aus thermischen, elektrischen und mobilen Speichern sowie auf eine Zwischenlagerung direkt im Quartierspeicher des Clusters.

jekt für gleichartige Maßnahmen in ganz Europa verwendet werden.

### Bündelung von ungenutzten Potenzialen

In Oberwart fand man bei der Entwicklung des Smart-Cities-Projekts „Loadshift Oberwart“ heraus, dass gerade im KleinstkundInnensegment aktuell noch große ungenutzte Potenziale an Energieflexibilitäten existieren. Um diese optimal nutzen zu können, sei eine Bündelung in Clustern vorteilhaft. Hauptziel des Projekts „Urbaner Speicher-Cluster Südburgenland“ ist die Entwicklung eines „Living-Lab“-Testbetriebs. Geplant ist, die Energie einerseits dezentral in thermischen, elektrischen und mobilen (E-Fahrzeuge) Speichern sowie zentral im jeweiligen Cluster in sogenannten Quartierspeichern zwischenzulagern.

© Fotos: Wiener Linien/Zimmer, Energie Kompass GmbH, Fairtrade Österreich/Dominik Schallauer



Mehr als 200 BesucherInnen wollten sich die „Coffee & Lunch“-Tagung zum Thema FAIRTRADE Kaffee nicht entgehen lassen. Es handelte sich um eine gemeinsame Veranstaltung von FAIRTRADE Österreich und der MA 22.

### „Coffee & Lunch“-Tagung voller Erfolg

Bei der gemeinsamen Tagung von FAIRTRADE Österreich und der Wiener Umweltschutzabteilung MA 22 drehte sich alles um das Thema Kaffee. Dieser war das erste Produkt, das man hierzulande mit dem FAIRTRADE-Siegel kaufen konnte. 25 Jahre ist dies nun her. Bei der Tagung im Wiener Volkskundemuseum kamen ExpertInnen aus der Gastronomie, Hotellerie, Politik, Wirtschaft und der Medien zu Wort und diskutierten über die verantwortungsvolle Beschaffung von Kaffeebohnen. Das Event war mit mehr als 200 Gästen gut besucht.

„Die Bohnen stammen ausschließlich von Kleinbauernfamilien, die sich in Kooperativen organisieren“, sagt Helmut Schüller, Vorstandsvorsitzender von FAIRTRADE Österreich. „Zusätzlich zum Mindestpreis erhalten die Produzenten die FAIRTRADE-Prämie, von der zumindest ein Viertel in qualitätssteigernde Maßnahmen fließt.“ Das bringt für die KonsumentInnen noch bessere Geschmackserlebnisse und für die Bäuerinnen und Bauern mehr Geld, um künftig ein noch besseres, selbstbestimmtes Leben zu führen. Ein Ziel, das jeder bei seinen bewussten Kaufentscheidungen im Alltag unterstützen kann.

Der Grundsatz, Lebensmittel aus vertretbarem Umgang mit landwirtschaftlichen Ressourcen zu verwenden, ist in der Wiener Stadtverwaltung durch das Programm ÖkoKauf bereits tief verankert. Auch nach außen hin unterstützt die Stadt im Rahmen des ÖkoBusiness-Programms den Einsatz biologischer und fair gehandelter Lebensmittel.

### Ehemaliger Generalsekretär Reinhold Suttner feiert 90. Geburtstag

Der Österreichische Städtebund gratuliert seinem ehemaligen Generalsekretär Reinhold Suttner herzlich zu seinem 90. Geburtstag. Suttner wurde 1927 in Wien geboren, wo er Volksschule, Hauptschule und die Handelsakademie besuchte. Nach seiner Rückkehr aus dem Krieg war Suttner bei der Stadt Wien und der Arbeiterkammer tätig. Zwischen 1962 und 1986 war er Bezirksvorsteher von Wien-Liesing, von 1968 bis 1973 Amtsführender Stadtrat. Danach zog er als Abgeordneter in den Wiener Landtag ein, dessen Erster Präsident er von 1978 bis 1979 war. Im Jahr 1979 wurde Suttner Abgeordneter zum Bundesrat, welchem er bis 1987 angehörte. Ab 1986 übernahm er den Vorsitz in der Länderkammer. Darüber hinaus leitete Suttner von 1981 bis 1987 als Generalsekretär den Österreichischen Städtebund und war von 1982 bis 1987 Delegierter zur Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen beim Europarat.



Der ehemalige Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Reinhold Suttner (Mitte), auf dem Bild gemeinsam mit dem damaligen Bürgermeister Josef Reschen (links) und dem damaligen Finanzminister Franz Vranitzky beim Städtetag in Salzburg im Jahr 1986, feierte am 31. Oktober seinen 90. Geburtstag.

### Schweiz: Starker Anstieg an SozialhilfeempfängerInnen

In den 14 Städten mit den meisten SozialhilfeempfängerInnen kam es im Jahr 2016 zu einem überdurchschnittlich starken Anstieg an Sozialhilfefällen von 5,2 Prozent, dies zeigt ein Bericht der Berner Fachhochschule und der „Städteinitiative Sozialpolitik“. In den vergangenen Jahren wurde jeweils ein Anstieg von unter drei Prozent verzeichnet. Am stärksten war die Zunahme in den Städten Chur, Schlieren und Uster.

#### „Kinder zu haben ist ein Armutsrisiko“

Besonders hart ist wohl die Aussage „Kinder zu haben ist ein Armutsrisiko“, die dem Bericht zu entnehmen ist. Weit hergeholt ist dies jedoch nicht, vor allem, wenn es sich um AlleinerzieherInnen handelt. Im Durchschnitt waren über 80 Prozent der jungen alleinerziehenden Mütter in Schweizer Städten auf Sozialhilfe angewiesen. In verschiedenen Städten des Landes existieren bereits spezifische Programme für diese Zielgruppe. Generell ist die Armutsgefahr bei ledigen und insbesondere geschiedenen Personen wesentlich höher. Auch ausländische ArbeitnehmerInnen sind überdurchschnittlich stark betroffen, da diese teilweise einen tieferen Bildungsstand haben, ihre Bildungsabschlüsse nicht anerkannt werden, Sprachkenntnisse fehlen oder weil sie in stark konjunkturabhängigen Branchen bzw. in Niedriglohnbereichen beschäftigt sind.

#### Zürich entgegen dem Trend

In der Regel haben größere Städte durch ihren vielfältigeren Arbeitsmarkt, ihr größeres Angebot an Wohnungen und die Anonymität der Großstadt eine



In der Schweiz stieg die Quote der SozialhilfeempfängerInnen im Jahr 2016 überdurchschnittlich stark an. Vor allem junge Mütter gehören zur Risikogruppe.

höhere Sozialhilfequote. Umso erstaunlicher ist das Ergebnis von Zürich. Die größte Stadt der Schweiz weist eine tiefere Sozialhilfequote auf als beispielsweise Basel, Bern oder die wesentlich kleinere Nachbargemeinde Schlieren. Zurückzuführen ist dies auf die rege Bautätigkeit in ehemaligen Industriegebieten der Stadt, was dazu geführt hat, dass viele gut ausgebildete und weniger armutsgefährdete Personen nach Zürich gezogen sind.

© Fotos: Parlamentsdirektion, altanaka/photocase.de



Bildrecht: Stadt Feldkirch

Feldkirch ist gastgebende Stadt beim  
68. Städtetag (6.-8. Juni 2018)

## Frohe Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr

wünschen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
des Österreichischen Städtebundes  
sowie

Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär



# INDUSTRIE IN STÄDTEN



Immer noch Industrienation

## Industrie: Gestern! Und heute?

Der industrielle Sektor ist in Österreich dynamischer und von größerer Bedeutung als in vergleichbaren Ländern. Über die starke Produktivitätsentwicklung und die vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen ist er langfristig von entscheidender Bedeutung für Beschäftigung und Einkommen. Mit den klimapolitischen Zielen und den digitalen Entwicklungen werden die Herausforderungen für Unternehmen, Beschäftigte, Sozialpartner und Politik nicht kleiner.

Mag. Roland Lang

### Wie viel Wirtschaft ist Industrie?

Die Zeiten, in denen der Anteil der Industrie<sup>1</sup> am gesamten Bruttoinlandsprodukt (BIP) immer höher wurde, sind seit vielen Jahrzehnten vorbei. Ausgehend von Großbritannien – dem Vorreiter der sogenannten „industriellen Revolution“ – ist der Anteil der Industrie vor rund 200 Jahren (und auch noch vor 100 Jahren) laufend gewachsen. Damals noch im Wesentlichen auf Kosten der wirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft. Seit den 60er- und 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts sinkt nun der Industrieanteil am BIP in praktisch allen entwickelten Industrieländern – auch in Österreich – zugunsten des Dienstleistungsanteils zum Teil auf derart niedrige Werte, dass manche AutorInnen sogar über die Angemessenheit des Begriffs „Industrienation“ diskutieren.

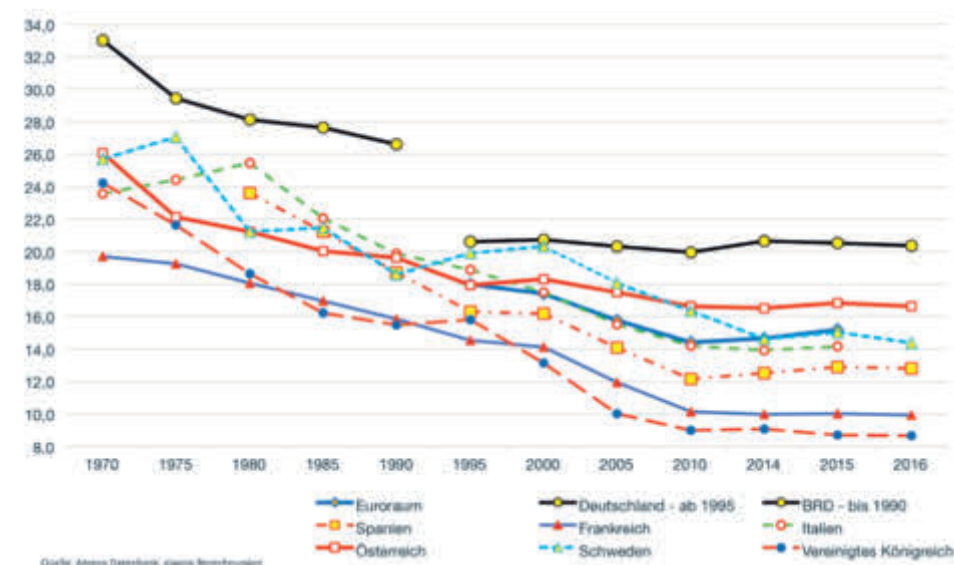
Grafik 1 illustriert anhand einiger europäischer Länder die Entwicklungen in den letzten fünfzig Jahren. Der Trend sticht ins Auge und braucht wohl nicht weiter erläutert werden. Beachtenswert: In Großbritannien, dem Ausgangspunkt der industriellen Revolution, kamen zuletzt erheblich unter 10 % der gesamten Wirtschaftsleistung aus der Industrie. Und außerhalb der EU? Die USA verzeichnen mit nunmehr 11,9 % eine Halbierung seit 1970 und damit einen absoluten Tiefstand. Vielleicht für viele LeserInnen einigermaßen überraschend: Sogar in China nimmt der Anteil am BIP seit etwa 1980 (40 %) nach Angaben der Weltbank ständig ab und liegt nun bei 30 %. Da China gleichzeitig einen immer größeren Anteil aller Güter in der Welt produziert, belegt dieser Anteilsverlust gleichzeitig, wie exorbitant das Wachstum der gesamten Wirtschaftsleistung in den letzten Jahrzehnten in China ausfiel.

### Hintergründe des Sinkflugs in Stichworten

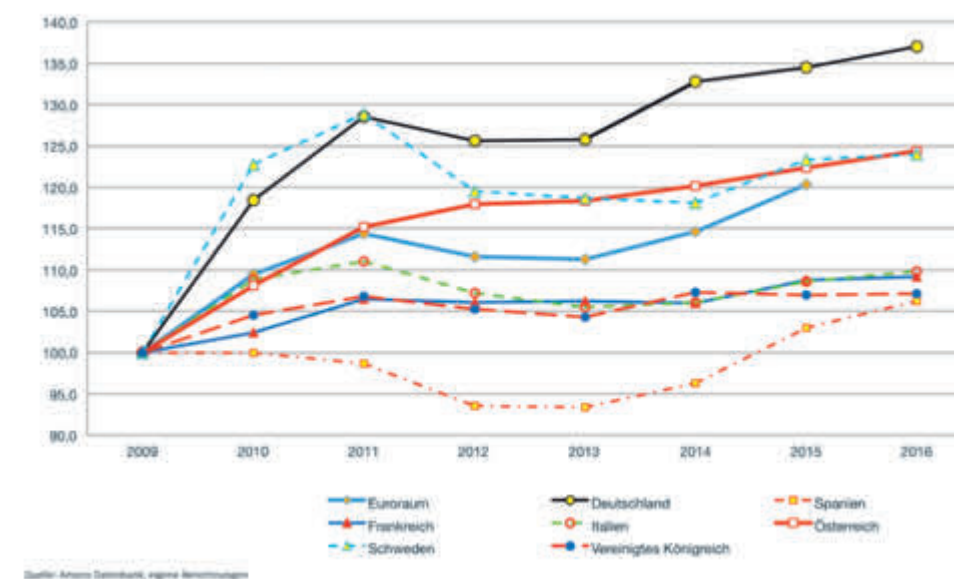
Die Entwicklung in Richtung sinkendem Industrieanteil ist also als strukturelle Veränderung keinesfalls eine europäische

Besonderheit, sondern ein Trend in allen entwickelten Volkswirtschaften. Genährt wird dieser Trend durch verschiedene Ursachen, die in den unterschiedlichen Ländern durchaus nicht immer gleich starken Erklärungswert haben. Einige dieser Aspekte sollen hier – aus Platzgründen sehr verkürzt – auf den Punkt gebracht werden:

- » Mittelfristig steigt die Produktivität in der Industrie schneller als in den anderen Wirtschaftsbereichen, wodurch Produkte relativ zu vielen Dienstleistungen billiger werden. Einkommens- und damit Konsumwachstum ergibt damit automatisch einen Anteilsrückgang der Industrie.
- » Dazu kommt noch: Das Einkommens- und Konsumwachstum in den letzten Jahrzehnten begünstigt tendenziell den Dienstleistungsbereich (Reisen, Restaurants, Friseur ...). Bei der Industrienachfrage treten teilweise Sättigungsaspekte (dritten Föhn kaufen?) auf. Das führt auch zu entsprechenden Verschiebungen der Wirtschaftsstruktur.
- » Der Trend zu Ausgliederungen und Auslagerungen spätestens seit den 70er-Jahren. Arbeiten wie Reinigung, EDV, Buchhaltung oder auch Service wurden und werden immer noch ausgegliedert. Sie fallen in der Folge unter Dienstleistungen.
- » Viele (auch die EU-Kommission) riefen das Ziel aus, sich in Richtung einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft zu entwickeln, um weiter Beschäftigung und Einkommen gegen aufstrebende Nationen absichern zu können. Die entsprechenden politischen Weichenstellungen hatten eben auch diese Wirkungen (z. B. großer Finanzsektor in Großbritannien).



Grafik 1: Anteil (in %) der Industrie (NACE C – Herstellung von Waren) am BIP 1970-2016



Grafik 2: Index der realen Industriewertschöpfung (NACE C – Herstellung von Waren) seit dem Krisentiefpunkt 2009

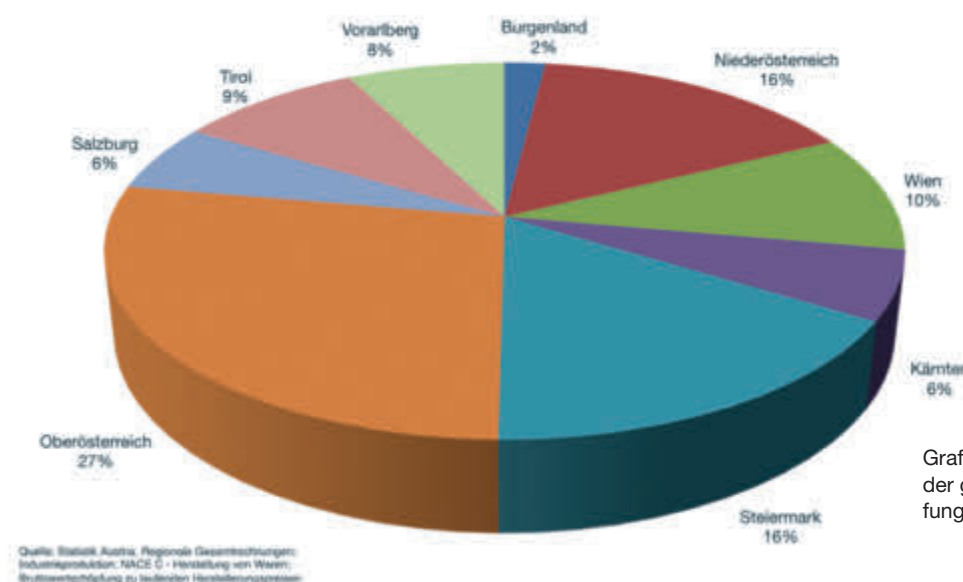
- » Einige Regierungen verfolgten explizit das Ziel, die im Industriebereich besonders starke Stellung der Beschäftigten bzw. ihrer Gewerkschaften zu schwächen. Sie setzten bewusst auf andere Bereiche (Bsp. Großbritannien).
- » Manchmal dürften schlicht verfehlte wirtschaftspolitische Maßnahmen zu einem Niedergang des Industrieanteils beigetragen haben.

### Wie sieht's in Österreich aus?

Für Österreich zeigt Grafik 1 für die Bedeutung der Industrie ein erfreuliches Bild. Die Industriequote ging zwar bis etwa 2010 sukzessive zurück, hat sich seither aber auf hohem Niveau (zwischen 16 und 17 %) stabilisiert. Damit befinden wir uns im ganz vorderen Feld der am weitesten entwickelten Mitgliedsstaaten der EU – ganz zu schweigen von einem Ver-

gleich mit den USA. Vor Österreich liegen im EU-Vergleich fast ausschließlich neue Mitgliedsstaaten (nicht in Grafik 1 aufgenommen). Diese haben allerdings eine noch völlig andere Einkommens- und Wohlstandssituation. Die österreichische Industrie kann in vielen Marktsegmenten mit der Weltspitze mithalten.

Dies widerlegt eindeutig die immer wiederkehrenden Unkenrufe einzelner ManagerInnen und InteressenvertreterInnen. Eine, über die Jahrzehnte betrachtet, ausgewogene und verlässliche Wirtschaftspolitik und eine konstruktive Sozialpartnerschaft haben offenbar sehr gute Bedingungen für eine hochqualitative Industrie gestaltet. Eine unglaubliche Exportentwicklung und eine Vielzahl von Neugründungen (auch nach Abzug der Konkurse und Schließungen) und Ansiedlungen stehen Abwanderungen im einstelligen Bereich gegenüber.



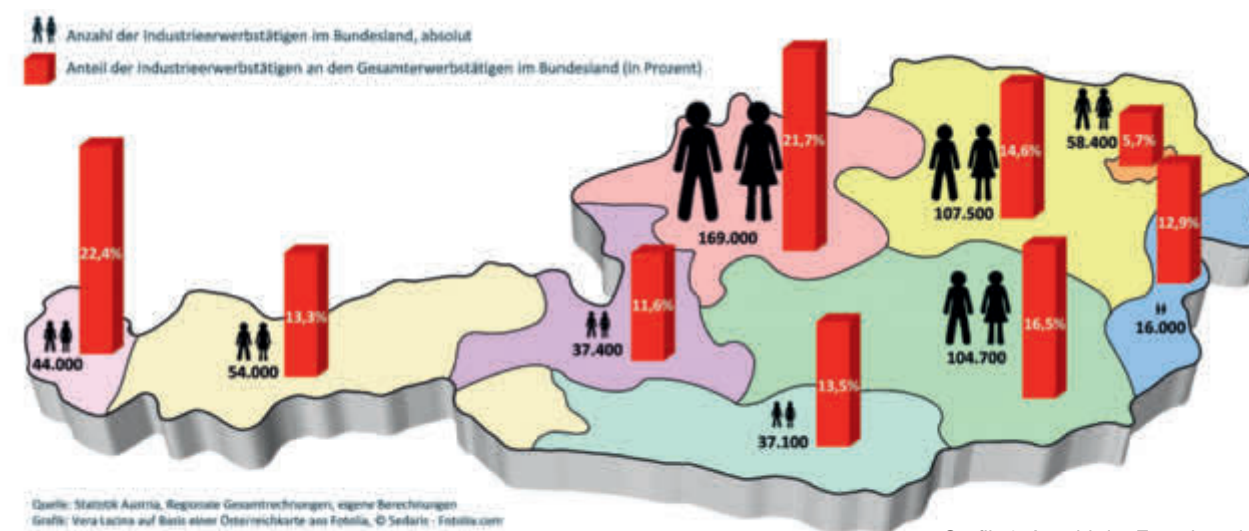
Grafik 3: Anteil der Bundesländer an der gesamten Industriewertschöpfung Österreichs 2014

Möglich wurde dieser Erfolg durch das eindeutige Bekenntnis aller relevanten Stakeholder zu einer starken österreichischen Industrie. Eine Vielzahl von Maßnahmen musste laufend ergriffen und optimiert werden, um Österreich an der internationalen Spitze zu halten bzw. an diese heranzuführen. Ein Beispiel: Im Bereich Forschung und Entwicklung (F&E) lag Österreich im Jahr 1990 mit einem Anteil der Ausgaben für F&E von 1,5 % des BIP noch weit hinter dem EU-Schnitt (2,0 %) und hinter dem OECD-Schnitt (2,3 %). Bis 2015 hat sich dies völlig gewandelt und Österreich liegt mit 3,12 % weit über dem EU-Schnitt (1,96 %) am 2. Platz aller 28 EU-Länder (nach Schweden) und auch weit über dem OECD-Schnitt von 2,38 %<sup>2</sup>. Das ist nicht zuletzt durch ein gemeinsames (auch finanzielles) Engagement von Unternehmen und Staat gelungen. Etwa, indem der Staat Verantwortung übernommen hat und einen Teil des großen Risikos von Forschungsprojekten übernommen hat. Auch die Kooperation von Industrie und Wissenschaftssektor in strategisch wichtigen Bereichen wurde mit starken Anreizen und vielen Programmen entscheidend verbessert. Nach dem Krisentiefpunkt im Jahr 2009 hat kaum ein anderer Mitgliedsstaat der EU ein derartiges Industriewachstum bis 2016 verzeichnen können (Grafik 2). Das zeigt die starke industrielle Kraft Österreichs. Und seit Ende 2016 hat sich diese Dynamik noch erheblich verstärkt – was sich erst in den Zahlen von 2017 widerspiegeln wird. Wie nicht anders zu erwarten, gibt es erhebliche regionale Unterschiede bezüglich der Bedeutung der Industrie. Natur-

lich liegen diesen Unterschieden in großem Ausmaß auch regionale Ressourcenausstattungen und historische, gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Besonderheiten zugrunde. Oberösterreich (27 %), Steiermark (16 %) und Niederösterreich (16 %) vereinigen fast 60 % der gesamten Industrielerzeugung Österreichs auf sich (Grafik 3). Diese Bundesländer sind daher von entscheidender Bedeutung für die gesamtosterreichische industrielle Position. Ähnlich, aber doch etwas anders, sieht es aus, wenn man sich die Bedeutung der Industrie für die jeweiligen Bundesländer ansieht. Grafik 4 veranschaulicht, dass in Vorarlberg über 22 % aller Erwerbstätigen (selbstständig und unselbstständig) in der Industrie beschäftigt sind und damit deren Bedeutung für das Land daher noch größer ist als in Oberösterreich und der Steiermark.

#### Die Herausforderungen werden nicht kleiner

Es ist gut und richtig, dass sich alle wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu einer starken österreichischen Industrie bekennen. Sie ist von erheblicher Bedeutung und strahlt über ihre Aufträge sehr stark in andere Bereiche aus. Besonders für die Produktivitätsentwicklung Österreichs und damit auch die Einkommensentwicklung ist die Industrie von entscheidender Bedeutung. Nicht ohne Grund orientieren sich andere Kollektivvertragsabschlüsse an den Ergebnissen in der Industrie. Damit bildet sie als gut organisierter gewerkschaftlicher Sektor ein zentrales und starkes Element zur Absicherung eines möglichst breiten österreichischen Mittelstandes und einer fairen Verteilung der erwirtschafteten



Grafik 4: Anzahl der Erwerbstätigen in der Industrie und ihr Anteil an allen Erwerbstätigen pro Bundesland

Erträge – obwohl natürlich auch im Industriebereich in dieser Hinsicht noch einiges zu tun bleibt. Ziel muss letztlich sein, nicht „irgendeine“ Industrie zu haben, sondern Unternehmen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen eines an der weltweiten Spitze befindlichen Landes wie Österreich genügen. Wichtig sind dabei neben fairen Einkommen natürlich auch gute Arbeitsbedingungen, attraktive Arbeitszeiten und interessante Aufgabengebiete. Und es geht um umweltfreundliche Produkte und Produktionsprozesse, die auch den Klimaschutzanforderungen genügen. Die Bewältigung der klimapolitischen Herausforderungen über eine steigende Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-arme Produktion wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einer Vielzahl steuernder Eingriffe (z. B. über Förderungen, Steuerstruktur und auch Regulierungen) bedürfen. Hier ist eine Wirtschaftspolitik gefordert, die planbar, verantwortungsvoll und gleichzeitig zielbewusst in diesem Sinne agiert.

Nicht zuletzt beschleunigt sich offenbar der bereits seit mehreren Jahrzehnten laufende Digitalisierungsprozess durch technologische Entwicklungen (z. B. im Softwarebereich) und massiv sinkende Preise für bestimmte Schlüsseltechnologien (z. B. Sensoren). Studien zeigen, dass Österreich gut aufgestellt ist, aber noch Luft nach oben hat. Es gilt also, den Blick in die Zukunft zu richten, sich den Anforderungen zu stellen und Lösungen unter Einbeziehung aller betroffenen gesellschaftlichen Kräfte zu gestalten. Als wesentliche Knackpunkte sind dabei die Schlagworte Qualifikation, Datenschutz, Verteilungsgerechtigkeit, Beschäftigung und Finanzierungssiche-

rung eines weiter verbesserten Sozialstaates zu sehen. Eine weitere dynamische Industrieentwicklung ist vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen und den hohen Qualitätsanforderungen daher nicht selbstverständlich. Der bisherige, erfolgreiche Weg gibt jedenfalls Anlass zu begründeter Hoffnung.

1. Hier steht der Begriff für NACE C – „Herstellung von Waren“. Dies stellt allerdings bloß eine Annäherung an das Alltagsverständnis vom Industriebegriff dar. Einerseits sind Energiewirtschaft und Bau nicht dabei, andererseits sind Produktionsfirmen dabei, die nicht wirklich „industriell“ herstellen. Auf diese statistische Kategorie hat aber auch die EU-Kommission ihr 2020-Ziel von 20 % Industrieanteil abgestellt.
2. Quelle (03.10.17): <http://www.oecd.org/sti/msti.htm>





High Tech Campus Villach

„Silicon Austria“

## Ein neues Mekka der Eierköpfe

Mit „Silicon Austria“ will sich Österreich in der Mikroelektronik an der Weltspitze etablieren – 280 Millionen Euro sind veranschlagt.

Manfred Hummel MA, freier Journalist

Vor fast 70 Jahren begann die Erfolgsgeschichte des amerikanischen „Silicon Valley“ in Hinterhofgaragen. Dort schraubten und löteten die Pioniere des digitalen Zeitalters die ersten modernen Computer zusammen. Auf diese archaische Stufe brauchen sich Politik, Wissenschaft und Wirtschaft nicht mehr begeben, wenn sie auch in Österreich ein solches Mekka der „Eierköpfe“ schaffen wollen. Eine solide IT- und Hightech-Basis ist vor allem in den südlichen Bundesländern längst vorhanden. Nun will sich die Republik auf Augenhöhe mit den Silicon Valleys dieser Welt begeben. „Was die Schweizer bei den Uhren sind, wird Österreich für Elektronik und Mikroelektronik“, hat Infrastrukturminister Jörg Leichtfried (SPÖ) als Parole ausgegeben.

„Silicon Austria“ heißt das ehrgeizige Programm. Silicon oder zu Deutsch Silicium ist der Stoff, aus dem Halbleiter und Computerchips gefertigt sind. 140 Millionen Euro stellen das Infrastrukturministerium und die beteiligten Bundesländer Steiermark, Kärnten und Oberösterreich zur Verfügung. Die Industrie will den Betrag in den nächsten fünf Jahren auf 280 Millionen Euro verdoppeln. Silicon Austria oder auch „Silicon Austria Lab“ (SAL) besteht aus drei Standorten, angesiedelt in Graz (Steiermark), Villach (Kärnten) und Linz (Oberösterreich). Dort sollen, beginnend noch in diesem Jahr, zunächst bis zu 500 Hightech-Arbeitsplätze entstehen. Etwa

200 in der Steiermark, 70 in Oberösterreich und 150 bis 200 in Kärnten.

### Warum dieser finanzielle Kraftakt?

„Elektronik und Mikroelektronik sind die Grundlagen der Digitalisierung und damit vieler zukunftsreicher Geschäftsfelder“, so das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Mikrochips beherrschen mittlerweile fast alle Lebensbereiche: Sie stecken im Handy, der elektrischen Zahnbürste, dem automatischen Temperaturregler im Wohnzimmer, um nur einige Beispiele zu nennen. Ein Zehntel der weltweiten Wirtschaftsleistung hängt von Elektronikprodukten und damit verbundenen Dienstleistungen ab. Um konkurrenzfähig zu bleiben, darf der Aufbruch ins digitale Zeitalter nicht verschlafen werden. Mit Silicon Austria will Österreich seine bereits vorhandenen Kompetenzen im Elektronikbereich sowohl in der Hardware als auch Software bündeln und gezielt ausbauen. „Mikroelektronik made in Austria“ (Leichtfried) soll im weltweiten Wettbewerb als Spitzenprodukt wahrgenommen werden.

Ein Zehntel der weltweiten Wirtschaftsleistung hängt von Elektronikprodukten und damit verbundenen Dienstleistungen ab. Um konkurrenzfähig zu bleiben, darf der Aufbruch ins digitale Zeitalter nicht verschlafen werden. Mit Silicon Austria will Österreich seine bereits vorhandenen Kompetenzen im Elektronikbereich sowohl in der Hardware als auch Software bündeln und gezielt ausbauen. „Mikroelektronik made in Austria“ (Leichtfried) soll im weltweiten Wettbewerb als Spitzenprodukt wahrgenommen werden.

### „Klein, aber fein“

Nach diesem Motto kann sich Österreichs Position bereits jetzt sehen lassen: Mehr als 63.000 Beschäftigte arbeiten bei

Linz: das geplante LIT Open  
Innovation Center – Außenansicht



188 Unternehmen der Elektroindustrie, darunter renommierte Firmen wie Infineon, Intel, Lam Research, ams, XP, Epcos, AVL und viele mehr. Sie erwirtschaften jährlich einen Umsatz von 80 Milliarden Euro. Etwa 4.000 WissenschaftlerInnen sind im Bereich Forschung und Entwicklung der Mikroelektronik tätig. Schon jetzt wendet man in der Branche nach den Worten von Josef Affenzeller, Koordinator der nationalen und internationalen Forschung der Grazer AVL List GmbH, etwa 13 Prozent für Forschung und Entwicklung auf. Und die Vizepräsidentin des Fachverbands der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEL) sowie Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG, Sabine Herlitschka, betont: „Die Mikroelektronikindustrie ist die mit Abstand forschungsintensivste und innovativste Branche unseres Landes.“ Das staatliche Förderprogramm stößt deshalb in der Wirtschaft und den involvierten Bundesländern auf große Zustimmung. Es entstehen hoch qualifizierte Arbeitsplätze, die Hightech-Infrastruktur an Geräten und Laboren wird ausgebaut, heißt es. Die Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen erzeugt Synergien nicht nur für die Großen der Branche, sondern auch spezialisierte Klein- und Mittelbetriebe, die regionale Zulieferindustrie sowie Start-ups sollen profitieren.

### Standort Villach

Nach dem Konzept von Silicon Austria wird Villach zu mikroelektronischen Sensoren und Leistungselektronik forschen. In Zukunft brauchen etwa selbstfahrende Autos Hunderte Sensoren, um Hindernissen auszuweichen. Die Elektronik soll bewirken, dass dies klein, leicht und energiesparend machbar ist. Genau in diesen Feldern arbeitet die ortsansässige Infineon Technologies Austria AG. Sie kann ihr weltweit führendes Know-how einbringen. Es war also weitblickend, dass die Stadt Villach nach Auskunft ihres Bürgermeisters Günther Albel (SPÖ) „seit 20 Jahren konsequent in die Positionierung als Technologie- und Forschungsstandort“ investiert.

So flossen mehr als 50 Millionen Euro in förderliche Rahmenbedingungen für den tpv Technologiepark Villach, das außeruniversitäre Forschungszentrum Carinthian Tech Research AG (CTR), die Fachhochschule Kärnten, das Gründerzentrum build! oder den Silicon Alps Cluster, ein Zusammenschluss von einschlägigen Unternehmen, der seinen Sitz in der Stadt hat. „Das Umfeld und die vorhandene Infrastruktur sind ideal, um die Zusammenarbeit und die Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft voranzutreiben“, lobt der Chef des High Tech Campus Villach, Werner Scherf. Die Stadt an der Drau nahe dem Ossiacher und Wörthersee vergisst darüber aber nicht ihre „soft facts“ (Albel), die „Villach zu einem attraktiven Lebensraum für ambitionierte Menschen und ihre Familien machen“.

### Standort Linz

In Linz liegt der Schwerpunkt auf der Hochfrequenz. Damit werden große Mengen an Daten sicher gesendet und empfangen. So können etwa selbstfahrende Autos in Zukunft mit anderen Autos „sprechen“, um Unfälle zu vermeiden. Linz ist Sitz international renommierter Unternehmen, darunter Weltmarktführer, die Jahrzehnte an Erfahrung in der Hochfrequenztechnik vorweisen. Die Johannes Kepler Universität (JKU) ist bekannt für die Linzer Ingenieurskunst. Das Know-how der JKU steckt weltweit millionenfach sowohl in der Hardware modernster Smartphones als auch in Kfz-Radarsensoren, die mittlerweile in Autos der Oberklasse bis zum Kleinwagen verbaut werden.

Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) will Linz zur innovativsten Stadt Österreichs machen. Das gelinge nur, so Luger, wenn man den Wirtschaftsstandort Linz konsequent weiterentwickle. Das Silicon Austria Lab, die Pilotfabrik für Industrie 4.0 sowie die Innovationswerkstätte in der Linzer Tabakfabrik seien Meilensteine. „Sie bringen Aufschwung für die wirtschaftlichen Entwicklungen im Großraum Linz, neue Kooperationen für ansässige Firmen und schaffen die Arbeitsplätze der Zukunft.“ Studien besagten, dass ein Hightech-Arbeitsplatz im Innovationsbereich vier bis fünf zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Lugers Ziel ist es, in Linz jährlich 1.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zunächst waren als Standorte für Silicon Austria nur die Steiermark und Kärnten vorgesehen. Vertreter Oberösterreichs kämpften aber dafür, auch beteiligt zu werden. In letzter Minute gelang es ihnen. Von den 280 Millionen Euro erhält Linz 12,5 Millionen Euro. Ob er mit dem Verteilungsschlüssel der Gelder zufrieden sei? „Naja, es könnte schon ein wenig mehr sein für die Linzer Industrieregion“, antwortet Bürgermeister Luger, „sie ist immerhin Nr. 1 in Österreich.“ Natürlich wün-



Graz: Neue Heimat des Silicon Austria Lab wird das „Electronic Based Systems Center“, das gerade auf dem Campus Inffeldgasse der TU Graz entsteht.



sche man sich immer mehr, so der Villacher Bürgermeister Günther Albel (SPÖ), „aber aus meiner Sicht ist die Verteilung ausgewogen und nachvollziehbar.“ Alle Beteiligten erwarten, dass nach dieser „Anschubfinanzierung“ noch erheblich mehr Mittel in die Silicon-Austria-Labore fließen werden. An allen drei Standorten sei auch genügend Platz für Erweiterungen vorhanden, wird unisono versichert.

#### Schnittstelle Graz

Den Löwenanteil der Silicon-Austria-Förderung erhält Graz: 100 Millionen Euro, dazu den Sitz der Geschäftsführung, die Koordination der Labore sowie die Integration der einzelnen Komponenten, real und virtuell. Alle Systeme in einem selbstfahrenden Auto arbeiten dann im Idealfall einwandfrei zusammen: Radarsensoren, Internetverbindung oder das Navi. Und das bei jedem Wetter. „Der Standort Graz ist damit die Schnittstelle zwischen den Forschungsfeldern an allen Standorten, die auch in der Praxis eng verzahnt sind“, sagt Horst Bischof, Vize-Rektor für Forschung der TU Graz.

Die Universität habe sich im Forschungsschwerpunkt Electronic Based Systems in den vergangenen Jahren einen hervorragenden internationalen Ruf erworben. Für Graz spricht außerdem, dass rund die Hälfte aller relevanten österreichischen Akteure im Bereich der elektronisch basierten Systeme (EBS) in der Steiermark oder in unmittelbarer Umgebung angesiedelt ist. Mit dem erst im Vorjahr gegründeten Silicon Alps Cluster, in dem alle Vorzeigefirmen der Region im Bereich der Electronic Based Systems vereint sind, hat das Silicon Austria Lab einen vielversprechenden Firmencenter zum Partner. Das soll den Transfer von der Forschung in die Industrie fördern. An der Schnittstelle von Grundlagenforschung und angewandter Forschung pflegt die TU Graz bereits eine sehr enge Kooperation mit der Industrie. Ein Beispiel: Im Leadprojekt

„Verlässlichkeit im Internet der Dinge“ erarbeiten Forschende der TU Graz aus unterschiedlichen Disziplinen die Grundlagen, die Kleinstcomputer in Alltagsgegenständen selbst unter schwierigsten Bedingungen verlässlich arbeiten lassen. So sagen beispielsweise maßgeschneiderte Möbel den Produktionsmaschinen in der Möbelfabrik, was an ihnen noch gemacht werden muss. Nach Bischofs Worten werde von den Forschungsergebnissen im Bereich des automatisierten Fahrens selbstverständlich die gesamte steirische und österreichische Auto- und Zulieferindustrie profitieren. Aber automatisiertes Fahren sei eben nur ein Anwendungsbeispiel. „Die Mikroelektronik begegnet uns heute ja in allen Lebensbereichen.“

#### Große Vision, aber machbar

Und wie stehen die Gesprächspartner zur Vision des Infrastrukturministers? Dass Österreich bei Elektronik und Mikroelektronik zu dem wird, was die Schweiz bei den Uhren ist. „Man braucht hehre Ziele, um Großes zu erreichen. Österreich als Qualitätsstandard für die Mikroelektronik ist ein solches Ziel“, formuliert der Grazer Vize-Rektor Bischof vorsichtig. Für den Linzer Bürgermeister Luger ist die Vision machbar, wenn es gelingt, qualifizierte Fachkräfte an den Standort zu binden. ■

© Fotos: Lunghammer TU Graz, TU Graz



Denk  
EINZEL-  
zimmer!

Denk  
UNIQA

www.uniqa.at

Werbung



Über die zentrale Bedeutung der Industrie für die Zukunft Wiens

## Industrie als Bestandteil der modernen Stadt

Angesichts der Debatten über die Zukunft der Städte in den vergangenen Jahren konnte man leicht den Eindruck gewinnen, die wirtschaftliche Zukunft insbesondere der Großstädte als Steuerungszentren für Finanzmärkte, Banken und Beratungsleistungen unterschiedlichster Art liege ausschließlich im Dienstleistungsbereich. In dieser Zuschreibung spiegelt sich auch die lange Zeit kolportierte These wider, die Zukunft unseres gesamten Wirtschaftssystems liege in einer Dienstleistungsökonomie bzw. Dienstleistungsgesellschaft.

KommR Ing. Wolfgang Hesoun, Präsident der Industriellenvereinigung Wien

Die Fakten sprechen allerdings eine andere Sprache. Ohne starke Produktion kann es keinen starken Dienstleistungssektor geben. Industrie und Dienstleistungen sind existenziell aufeinander angewiesen und in ihrem Zusammenwirken alles andere als ein Nullsummenspiel – das gilt für städtische wie für ländliche Wirtschaftsräume.

### Vom reinen „Produzenten“ zum komplexen „Problemlöser“

Die moderne Industrie wird nicht zuletzt durch den Einzug der Digitalisierung in Produktionsprozesse immer komplexer und wissensintensiver. Die ausschließliche Herstellung von Produkten gehört vielfach der Vergangenheit an. Industriebetriebe haben sich längst vom reinen „Produzenten“ zum komplexen „Problemlöser“ entwickelt. Heute wird in vielen Branchen nicht nur ein Produkt, sondern als integraler Bestandteil auch eine Dienstleistung verkauft. Die Wertschöpfungskraft von Industriebetrieben verstärkt sich durch diese ergänzenden Dienstleistungen deutlich.

Auf der anderen Seite ist in der Industrie in der jüngeren Vergangenheit ein starker Trend zur Auslagerung von „Nicht-Kernprozessen“ – v. a. „Dienstleistungsarbeiten“ – zu beobachten. Was auf den ersten Blick im Widerspruch zur oben beschriebenen Entwicklung der Industrie zum Anbieter von Dienstleistungen erscheint, ist bei genauerem Hinsehen ein davon völlig entkoppelter Vorgang: Ausgelagert werden Dienstleistungen, die nicht zum Kerngeschäft der Industriebetriebe gehören, dazu zählen etwa Bereiche wie Bewachung, Reinigung, Wäscherei oder die Betriebskantine.

### Wien ist einer der größten Produktionsstandorte Österreichs

In Wien lässt sich diese Weiterentwicklung des produzierenden Sektors gut nachverfolgen: Die Auslagerungsprozesse von

Nicht-Kernbereichen der Industrie waren ein nicht unwesentlicher Grund dafür, dass die Beschäftigtenzahlen im Bereich der Dienstleistung in den vergangenen Jahrzehnten derart stark angestiegen sind, während sie im Bereich der Produktion rückläufig waren.

Trotz dieses Beschäftigungsrückganges in der Produktion haben die rund 8.500 Unternehmen des „produzierenden Bereichs“ in Wien rund 140.000 Beschäftigte und stehen für eine Wertschöpfung von rund 12 Milliarden Euro. Damit ist Wien nach Oberösterreich und Niederösterreich und fast gleichauf mit der Steiermark eines der größten Industriebundesländer Österreichs.

In den vergangenen Jahren, aber insbesondere zwischen 1995 und 2010, ist dabei die Wertschöpfung der Wiener Industrie gestiegen: von den genannten 10 Mrd. auf über 12 Mrd. Euro.

Noch stärker ist die Wertschöpfungssteigerung, wenn man auch jene Bereiche der Wirtschaft hinzurechnet, auf die die Wiener Industrie starke direkte oder indirekte Effekte ausübt: von über 17 Mrd. auf über 23 Mrd. Euro, das sind über 30 % der Wiener Wertschöpfung. Deutlich ist auch der Beschäftigungsanstieg, wenn man die Industrie inklusive ihrer vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche in den Jahren 1995–2010 betrachtet: Hier hat sich die Zahl von 220.000 auf rund 280.000 Beschäftigte erhöht.

Dies belegt einerseits, dass die Industrieunternehmen bzw. ihre MitarbeiterInnen stetig ihre Produktivität steigern und dass sich andererseits volkswirtschaftliche Indikatoren der Industrie zwar im Verlauf der Jahrzehnte in die industriennahe Dienstleistung verlagert haben, aber weiterhin stark von der Entwicklung in der „Kernindustrie“ abhängig sind. Die industrielle Produktion ist und bleibt damit wesentlicher Kern der Wertschöpfungsaktivitäten. Das trifft auf ländliche Standorte ebenso zu wie auf die Stadt!

### Die „verborgene“ Wiener Industrie

Dass Wien in der Öffentlichkeit nicht als Industriestandort wahrgenommen wird, mag wohl auch damit zusammenhängen, dass sich die modernen Industriebetriebe in ihrem Erscheinungsbild sehr zurückhaltend präsentieren: Moderne Industriebetriebe sind extrem lärm- und emissionsarm und fügen sich so unauffällig in die Städte ein. Im dicht verbauten Gebiet der Stadt, aber auch an den Stadträndern, „verschwinden“ so selbst großflächige Produktionshallen von mehreren Hektar im Dickicht der Häuser. Die meisten großen Stadteinfahrten in Wien führen zudem kaum an unmittelbar sichtbaren Industriegebieten vorbei. Darüber hinaus ist das Image als Kulturmetropole und Stadt höchster Lebensqualität in Wien derart präsent, dass die Menschen die Industrie oftmals aus ihrer Wahrnehmung zu „verdrängen“ scheinen.

Das geringe Bewusstsein für die starke Präsenz des produzierenden Bereichs in Wien und das zugleich oftmals veraltete Image in der Bevölkerung ist umso erstaunlicher, wenn man sich die enorme Leistung alleine der 200 größeren Industrieunternehmen mit über 100 MitarbeiterInnen genauer ansieht: Sie sorgen direkt für 14 % der Wertschöpfung und für über 84.000 Beschäftigungsverhältnisse in Wien. Inklusive der mittelbaren Effekte bewirken diese 200 Unternehmen sogar 26 % der Wertschöpfung und stehen für rund 170.000 Arbeitsplätze in Wien.

### Industrie als Gewinn für die Stadt

Die positiven Effekte der Industrie für die Stadt sind vielfältig. Der urbane Raum ist für die Industriebetriebe durch die Nähe zu Forschungseinrichtungen und Universitäten ein wahrer „Innovationsraum“. Das produktive Miteinander von Industrie und Forschung fördert den Technologie- und Innovationssektor einer Stadt in erheblichem Maße. Industrieunternehmen sind schließlich wie kaum andere Unternehmen dem internationalen Innovations- und Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Ihre daraus resultierende „Innovationsverpflichtung“ ist die beste Zukunftsversicherung für die Stadt.

Besonders positiv für Städte wirken sich „industrielle Leitbetriebe“ aus. Sie siedeln sich häufig in ihrer Rolle als Headquarters im urbanen Umfeld an. Ihre große Nachfrage nach hochwertigen Produkten und Dienstleistungen löst enorme direkte und indirekte Effekte aus. Diese reichen weit über die eigenen Unternehmensgrenzen hinweg und sichern gerade auch bei mittleren und kleineren Unternehmen im städtischen Raum zusätzliche Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Ein bedeutender industrieller Kern stärkt zudem die Krisenfestigkeit einer Stadt. Die Industrie war mit fast 9 Mrd. Euro zu fast zwei Drittel für das Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft zwischen dem Krisenjahr 2009 und dem Jahr 2013 verantwortlich. Und ein starker Industriebereich hat

natürlich auch erhebliche Bedeutung für die Einnahmenentwicklung einer Stadt.

### Zukunftsthema „Smart City“

Die „Stadt der Zukunft“ profitiert aber nicht nur von der Industrie, sondern umgekehrt gibt es auch industrielle Zukunftsthemen, für die städtische Standorte besonders geeignete Rahmenbedingungen bieten.

Ein solches Zukunftsthema ist das Konzept „Smart City“. Die Innovationskraft der städtischen Industriebetriebe ist ein wesentlicher Schlüssel für die Verwirklichung dieses Konzeptes. Ziel dabei ist, dass Städte künftig verstärkt auf Grundlage innovativer ressourcen- bzw. umweltschonender organisatorischer und technischer Lösungen organisiert sein sollen. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Trends zur Urbanisierung – auch in Europa – gewinnt die Idee der Smart City zunehmend an Bedeutung. Wien beheimatet in diesem Zusammenhang insbesondere in den Bereichen alternative Antriebssysteme, Verkehrstelematik, Smart Metering/Smart Grids sowie öffentliche Verkehrsmittel hochinnovative Unternehmen.

### „Industrie 4.0“ als Chance für Betriebe und Städte

Wie eng der Konnex zwischen urbaner und industrieller Entwicklung ist, zeigt sich auch bei einem zweiten städtischen Zukunftsthema: der „Digitalisierung“. Der zunehmende Trend zur Digitalisierung der Wirtschaft wird in Bezug auf die Industrie in Form des Begriffs „Industrie 4.0“ zusammengefasst. Industrie 4.0 beschreibt den Trend hin zu einer immer stärker digitalisierten und vollintegrierten Produktion, die es noch mehr als bisher ermöglicht, Entscheidungen auf Echtzeit-Datenbasis zu treffen, höchst flexibel und rasch auf Veränderungen zu reagieren und auf individuelle KundInnenwünsche einzugehen. Dies ermöglicht neue, vor allem webbasierte Dienstleistungen und Geschäftsmodelle, zusätzliche Wertschöpfungspotenziale, erhöhte Ressourceneffizienz sowie Produktivität. Gerade städtische Standorte und insbesondere Wien mit seinem hochentwickelten IKT-Sektor und einer starken Elektro- und Elektronikindustrie, haben beste Voraussetzungen, um von dieser Entwicklung zu profitieren.

### Chancen nutzen

Wodurch sticht nun die Großstadt Wien vor dem Hintergrund der bisherigen, eher allgemeinen Erörterungen über die Beziehung zwischen Industrie und Stadt besonders hervor?

» Wien ist Zentrum einer Metropolregion mit mehr als 2,5 Mio. EinwohnerInnen im Herzen Europas, die für europäische Verhältnisse mit überdurchschnittlicher Geschwindigkeit jährlich wächst. In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird Wien voraussichtlich von seinen derzeit rund 1,8 Millionen EinwohnerInnen noch um die Bevöl-

kerungszahl von Graz zugelegt haben und die Marke von zwei Millionen EinwohnerInnen überschritten haben. Dieses Wachstum macht die Stadt aus wirtschaftlicher Sicht besonders attraktiv, da für Unternehmen die Hoffnung besteht, dass künftig ausreichend gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und auch ein entsprechender Absatzmarkt vorhanden sein wird.

» Wien verfügt als Großstadt zudem über ein besonders hochwertiges sowie dichtes Angebot an industrie- bzw. produktionsnahen Dienstleistungen, wie z. B. Consulting, Datenverarbeitung, Öffentlichkeitsarbeit und Ähnliches – Leistungen, die von Industriebetrieben stark nachgefragt werden.

» Ein besonders wichtiger Faktor, der viele Großstädte, aber ganz besonders Wien, auszeichnet, ist die örtliche Nähe zu zahlreichen wichtigen Forschungseinrichtungen und Universitäten.

» Für Industriebetriebe ist auch das Arbeitskräfteangebot in Wien hochattraktiv. Industrieunternehmen benötigen – wie keine andere Branche – ein besonders breites Spektrum gut ausgebildeter Mitarbeiter, das sie v. a. in Großstädten wie Wien vorfinden. Mit seinen 200.000 Studierenden ist Wien heute die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum.

» Wien verfügt – im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Großstädten – auch über ein vergleichsweise großes Potenzial an Entwicklungsflächen sowie über einen hohen Aktivitätsgrad an Clusterbildungen verschiedener Branchen.

» Wien ist Kreuzungspunkt zahlreicher Transeuropäischer Netze und damit auch das mitteleuropäische „Gateway“ Richtung Südosteuropa.

» Und last but not least sind die einzigartige Lebensqualität und das enorme Kulturangebot herausragende Faktoren für den wirtschaftlichen Erfolg Wiens. Sie bereichern den Standort Wien und überzeugen Top-Arbeitskräfte und InvestorInnen aus aller Welt, sich in unserer Stadt niederzulassen.

### Anforderungen an den Standort Stadt

Erfolgreiche, wettbewerbsfähige urbane Räume leben von einem starken industriellen Kern, einem damit verbundenen dynamischen Dienstleistungssektor und einer lebendigen Forschungs- und Innovationskultur. Aus industriepolitischer

Sicht sind Städte daher gut beraten, sich folgenden Herausforderungen zu stellen:

» Die meisten Städte stellen das touristische Element in den Mittelpunkt ihres Außenauftritts. Wirtschaftlich erfolgreiche Städte sollten sich jedoch viel stärker als solche vermarkten und ihre Standortqualitäten – sowohl nach innen als auch nach außen – betonen. Dies erleichtert es, einerseits industriepolitische Schwerpunkte in der Stadt zu setzen und andererseits wiederum InvestorInnen und die notwendigen Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland zu gewinnen.

» Dem städtischen Standort-Marketing muss eine tatsächlich gelebte Willkommenskultur gegenüber Betrieben folgen. Das ist keine Frage von bloß punktuellen Maßnahmen, sondern vielmehr eine Frage einer flexiblen, unbürokratischen Verwaltung, die bemüht ist, auf die individuellen Bedürfnisse der Unternehmen einzugehen.

» Um den städtischen Standortnachteil der zumeist höheren Personal- oder Immobilienkosten im Vergleich zu ländlichen Regionen kompensieren zu können, sollte sich die urbane Standortpolitik auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Bereichen „moderne Verwaltung“, „Forschung & Innovation auf höchstem Niveau“, „beste Bildung“ sowie „umfassend ausgebaute Infrastruktur“ konzentrieren.

Wenn in diesen Bereichen die Rahmenbedingungen stimmen, sind höhere Personalaufwendungen für Unternehmen leichter verkraftbar.

### „Stadt der Zukunft“ braucht Industrie

Dieser Anforderungskatalog macht deutlich, dass sich Städte im internationalen Standortwettbewerb nicht auf bestehenden Rahmenbedingungen ausruhen dürfen. Wenn die „Stadt der Zukunft“ wirtschaftlich erfolgreich sein soll, muss sie in ihrer strategischen Standortpolitik auf einen starken industriellen Kern setzen. Denn durch ihre enorm hohe Innovationskraft und die äußerst intensive wirtschaftliche Verflechtung ist die Industrie der Garant für künftigen Wohlstand in der „Stadt der Zukunft“.

*Literaturhinweise*  
Hesoun, Wolfgang (2015): *Industrie als Bestandteil der modernen Stadt. Über die zentrale Bedeutung der Industrie für die Zukunft des urbanen Raums*. In: Fritz, Judith & Tomaschek, Nino (Hrsg.): *Die Stadt der Zukunft. Aktuelle Trends und zukünftige Herausforderungen* (S. 225–232). Münster: Waxmann.



Digitale Lebens- und Arbeitswelt

## Digitaler Stadtwechsel

2025 werden Unternehmen aus der digitalen Wirtschaft neue Wertschöpfungsketten und Geschäftsmodelle entwickeln. Die Arbeitsbevölkerung hat sich flexibel aufgestellt, während ortsunabhängiges Arbeiten für digitale Jobs sorgt.

DI Peter Matzanetz, MA

Den oben beschriebenen Weg in eine digitale Lebens- und Arbeitswelt gibt die „Digital Roadmap Austria“ vor, ein Strategiepapier mit Regierungsbeschluss. Die erste industrielle Revolution hatte mit Massenproduktion dafür gesorgt, dass am Ende Arbeiterquartiere rund um Fabriken entstanden sind. Die zweite industrielle Revolution hat mit der „Charta von Athen“ dank allgemeiner Automobilität die Trennung von Wohnen und Arbeiten mit sich gebracht. Das Ergebnis der dritten industriellen Revolution, auch digitale Revolution genannt, hatte zur Verlagerung von Produktionen in ferne Regionen geführt. Der damit einhergehende Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft sorgte in Städten für Wohlstand, aber auch für suburbanes Wachstum. Mit der Selbststeuerung und dem Vernetzen der Maschinenwelt befinden sich die produktiven Welten in Europa derzeit mitten in einem vierten industriellen Entwicklungsschub.

### Räume im digitalen Wandel

Eine Konfrontation mit den Auswirkungen auf das städtische Leben scheint gefordert, zumal derartige Entwicklungen auch von Städten ausgehen. Zuzug mit einer entsprechenden Nachfrage nach Wohnraum ist ein Begleitumstand, den es ak-

tuell zu bewältigen gilt. Bei einer Konferenz über urbane Transformation an der FH Campus in Wien wurden soziale Folgen von aktuellen Wachstumsschüben diskutiert. Dabei war man zur Ansicht gelangt, dass die derzeitigen Ökonomien mit ihren flexiblen Arbeitsverhältnissen auch den Anteil mittlerer Einkommen schwinden lässt. Für die Mehrheit der Bevölkerung in den Städten würde sich die Frage nach der Leistbarkeit des Wohnraumes stellen. Thomas Chorherr, Vertreter der Wiener Stadtregierung, beschäftigt dabei die Verknappung der Ressource Boden: „Die Grundstückskosten übersteigen mancherorts bereits die reinen Baukosten.“ Möglichkeiten, damit umzugehen, wurden mit „innerstädtischer Verdichtung“, also der Nutzung von Reserve- und Konversionsflächen und mit der „Aufschließung gemeindeeigener Reservflächen“ identifiziert. Laut dem Wiener Planungsdirektor Thomas Madreiter sei auch und gerade im Bauboom das Kontinuum in der Stadtentwicklung relevant: „Es geht um ein Weiterbauen auf Basis bestehender Ressourcen und um das Nutzen von Chancen.“ Bei einer Veranstaltung im Vorfeld der „Internationale Bauausstellung (IBA) Wien 2022“ überraschte eine Ankündigung, wonach Wiener Gewerbegebiete für die Nutzung Wohnen zu einem großen Teil geöffnet wer-

den. Die Verträglichkeit der Nutzungen hätte sich im heutigen Wirtschaftsleben angenähert und ließe das darum zu. Der WKW-Obmann der Sparte Industrie, Stefan Ehrlich-Adám, sieht das unproblematisch: „Über die Komplementarität kann man in Zukunft Emissionen reduzieren, die Ressourcen-Effizienz steigern oder auch die Logistik verbessern.“ Derartige wurde von ihm bei der Veranstaltung „Urbane Produktion“ an der TU-Wien im September postuliert. Eine aktuelle WIFO-Studie über die „Wissensbasierte Stadtwirtschaft“ gibt darüber Auskunft, dass die anteilige Wertschöpfung der heimischen Industrie seit Jahrzehnten stetig schwindet. Eine Trendumkehr mit dem allgemeinen Hinwenden zum „Additive Manufacturing“, besser bekannt als 3-D-Druck von Komponenten, wird allerdings in Aussicht gestellt. Als angekündigte Folge rücken Produktionsstandort und Absatzort in Zukunft wieder zusammen und AkteurInnen könnten von Symbiosen profitieren. „Stadträumliche Zusammenhänge spielen eine immer bedeutendere Rolle“, sagt auch der Verkehrsforscher Harald Frey, und nennt das „Logistic Landscapes“. Stadträumliche Flexibilität wäre daher gefragt und der Typ des Gründerzeitbaues wird von ihm als Beispiel für variable Nutzbarkeit genannt.

### Folgen für Immobilien und Planung

Stimmen aus der Immobilienwirtschaft bestätigen, dass vermietbare Räume im Wohn- wie auch im Bürosegment im Zuge des digitalen Wandels anders organisiert sein müssen. Ein Weniger an einzeln genutzten Einheiten geht demnach mit wachsenden Anteilen an geteilten Flächen einher. „Immer mehr Menschen können von wo auch immer arbeiten, und das ist der wesentliche Treiber“, sagt die Immobiliensachverständige Astrid Grantner dem unabhängigen Fachmedium „Immobilien-Redaktion.at“. Digitale Arbeitsweisen würden zum Flächensparen anregen und nicht mehr marktgängige Immobilien könnten mit der Auflösung von Strukturen oder der Vermischung von Innen und Außen profitieren. Am Wienerberg lässt sich das zum Beispiel bei der leer gestandenen Zentrale eines Elektronikkonzerns ablesen. Das Philips-Hochhaus wurde am Ende zu Serviced Apartments umgebaut und das ehemalige Werk des gleichen Unternehmens ist mit 49 Start-ups gefüllt. Im hinteren Wiener Arsenal andererseits finden heute Großversuche für die TU Wien statt, während die Panzerhalle in Salzburg Sammelplatz für Mikrounternehmen geworden ist. Die Linzer Tabakfabrik entwickelt sich sogar zum Impulszentrum und die ganze Stadtregion soll damit neu positioniert werden. „Der Kreativstandort Linz gilt nun auch international als Best-Practice-Beispiel, und das kann die Stadt noch interessanter machen“, freut sich Doris Lang-Mayerhofer, Stadträtin für Kreativwirtschaft, Tourismus und Kultur. Aber auch in Mittelstädten wird mehr Co-Working be-

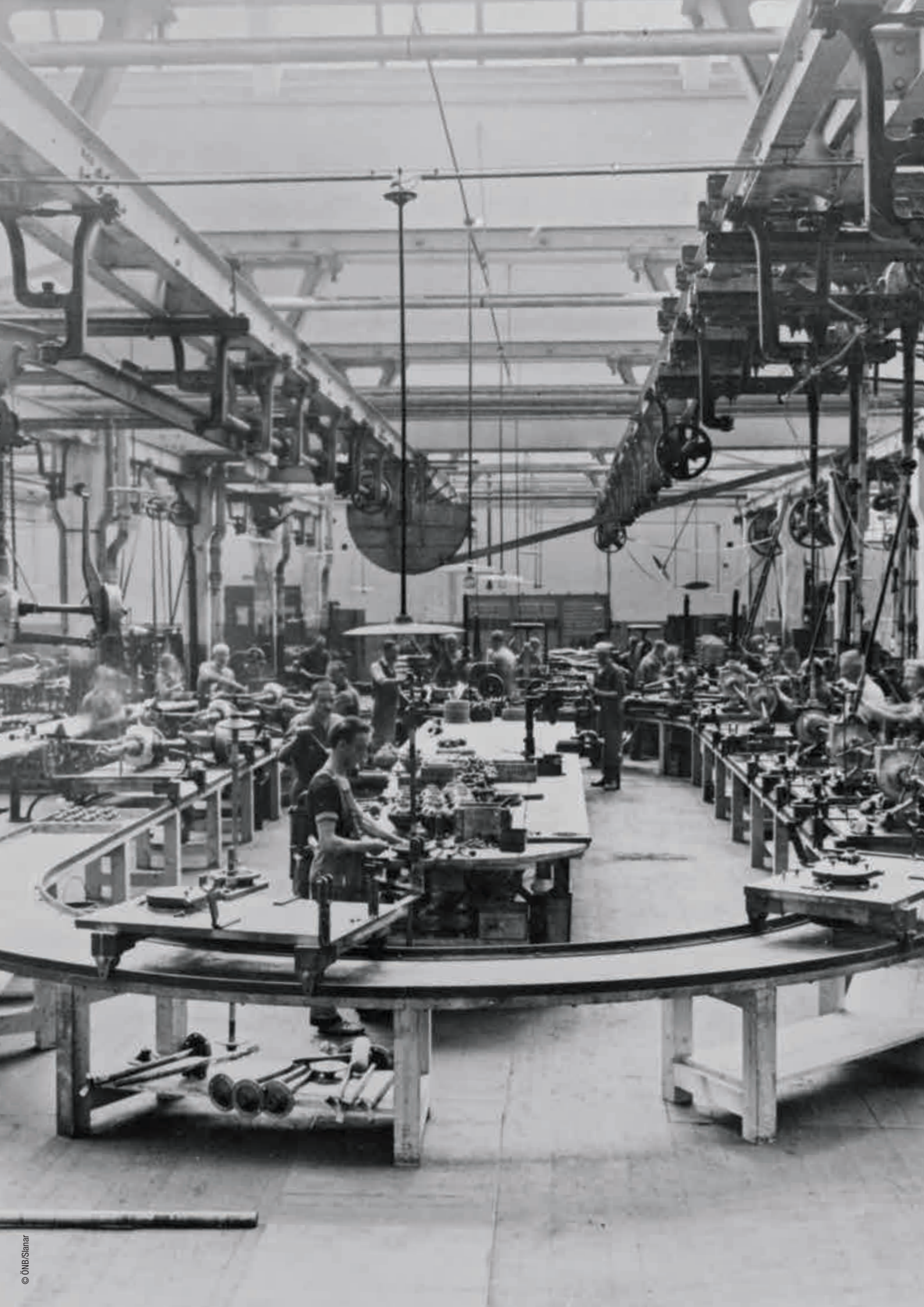
Auch großformatige Bausubstanz wie die ehemalige Tabakfabrik ist wandlungsfähig.



trieben und eine Art der Urbanisierung des Landes findet statt. Städte wie Wels haben mittlerweile mehrere bedeutende „Hubs“ anzubieten und in vielen Kleinstädten werden in zentraler Lage Co-Working-Formate angeboten. Nicht nur räumlich tut sich viel, sondern auch zeitlich verschwimmen die Grenzen. Freizeit und Arbeitszeit sind vermengter als früher und laut Daniel Glaser, dem Organisator der IBA Wien 2022, sei das der flexiblen Zeiteinteilung geschuldet: „Neben der Erwerbsarbeit und der Freizeit ist Arbeit in Form von Selbstmachstrategien im Kommen.“ „Do it Yourself“ (DIY) passiere in eigenen Räumen und sogenannte „Maker“ würden sich in kleinen Technologielabors organisieren. Auch die Schaffung von Wohnraum in Form von Baugruppen sei de facto in die dritte Kategorie Arbeit einzuordnen. Derartige wäre aufwändig und daher nicht als Selbstorganisation misszuverstehen. Die Siedlungstätigkeit ganzer Neubaugebiete könne davon auch profitieren. Für Bestandsgebiete wird wiederum erwartet, dass dem Mietverhältnis zum Trotz der Selbstbau zunehmen wird und der damit auch zum Substanzerhalt in der Stadt beiträgt. Planungsverantwortliche arbeiten ihrerseits daran, dass die Quartiere nicht mehr von „notdürftigen Erdgeschoßzonen“ erschlossen sind. Extensiv genutzte Freizeit- oder Arbeitsräume könnten da in Kombination mit digitalisierter Raumvergabe schon bald neue Akzente setzen. Die DIY-Gesellschaft und ihre individualisierten Arbeitsformen entwickeln andere Raumansprüche. Die vierte industrielle Revolution mit der Verbreitung des mobilen digitalen Anschlusses für Mensch und Maschine bedeuten das Ende des exklusiven Platzes. Mit gelebten digitalen Netzwerken mischen sich Lebens- und Arbeitswelten und eine durchmischte Stadtlandschaft ist am Entstehen.

DI Peter Matzanetz, MA,  
Fachpublizist und Buchautor





Vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart

## Industrialisierung, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Kommunen

Industriestädte und Industriegemeinden sind keine Paradiese. Das ist den weltwirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen und Realitäten geschuldet sowie vor Ort den wohlfahrtsstaatlichen Strukturen und realen Praktiken der politischen AkteurlInnen. Eine ambitionierte Reflexion von Gegenwart und möglicher Zukunft ist ohne eine empirische Kenntnis der multifaktoriellen Verlaufsgeschichte nicht möglich.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Melinz, Wirtschafts- und Sozialhistoriker und Politikwissenschaftler

Zum gegenständlichen Thema ist der Forschungsstand nach wie vor mehr als ausbaufähig. Aus pragmatischen Gründen wird hier eine verlaufsgeschichtlich ultraschnelle Reise vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart unternommen.<sup>1</sup> Eine Diskussion des Begriffs der Industrialisierung und seine Anwendungsvarianten für Österreich unterbleibt hier aus Platzgründen, obgleich nicht unerwähnt bleiben darf, dass jeweils die weltwirtschaftlichen Gegebenheiten mitzudenken wären, denn eine nur „nationalökonomische“ Betrachtung entspricht weder den heutigen Forschungsstandards noch den historischen Realitäten.<sup>2</sup> Der Begriff Wohlfahrtsstaatlichkeit meint die gesamte Breite von sozialen Politiken, beginnend mit der beitragsfinanzierten Sozialversicherungstaatlichkeit (sog. erstes soziales Netz) und der steuerfinanzierten Sozialpolitik der Bundesländer und Kommunen (sog. zweites soziales Netz) sowie der Geschichte des wichtigen Faktors Steuerpolitik und Finanzausgleich.

### Ära der Habsburgermonarchie

Nach dem Boom der 1860er-Jahre folgte der Finanzcrash 1873 mit seinen Folgen. Beginnend mit den 1890er-Jahren bis hin zum Ersten Weltkrieg wird von einer „zweiten Gründerzeit“ gesprochen, die einen Industrialisierungsfortschritt in bestimmten Regionen bzw. (Industrie-)Kommunen im Rahmen der westlichen Doppelmonarchiehälfte (Cisleithanien) mit sich brachte. Zum einen spielte der Bankensektor bei diesen Industrialisierungsprozessen eine wichtige Rolle, zum anderen nutzte Cisleithanien seine Vorteile aus der wirtschaftlichen Arbeitsteilung mit dem stärker agrarisch dominierten Transleithanien (ungarische Reichshälfte). Der Anteil der Nutznießer der ersten Sozialversicherungsgesetze<sup>3</sup> unter den Erwerbstätigen blieb insgesamt zwar begrenzt, bewegte sich allerdings nach oben.<sup>4</sup> Erwerbsarbeitslosigkeit war als Unterstützungsgrund weder in der Sozialversicherung noch im Rahmen der (kommunalen) Armenfürsorge aner-

kannt. Und außerdem konnte niemand sich damals eines Dauerjobs im industriell-gewerblichen Sektor erfreuen. Der Erste Weltkrieg veränderte die gesamtwirtschaftlichen und (sozial)politischen Realitäten zugunsten zentralstaatlicher Regulierung, der Staat wuchs. Wie später dann im Zweiten Weltkrieg wurde 1914 bis 1918 der Arbeitsmarkt einschließlich der vielfältigen Industriesektoren verstärkt von Frauen und Jugendlichen bevölkert, da die Männer in Soldaten verwandelt wurden.

### 1920er- und 1930er-Jahre

Das Ende der Doppelmonarchie hatte die in der Nachfolge entstandene Republik Deutschösterreich in eine schwere Krise gebracht und der Staat musste sich mit den internationalen Vorgaben rund um seine Verschuldung entlang einer strikten Haushalts- und Sparpolitik durch die sog. Erste Republik bewegen. Zu Beginn brachte die Regierungskoalition der Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen (1918–20) noch einen „sozialpolitischen Boom“. Die Wirtschaft erlebte in den 1920er-Jahren jedoch keine Blütezeit und dort, wo Industriesektoren neuen Typs vorhanden waren, wurden zunehmend mehr Frauen eingesetzt. Es gab zu viele Arbeitskräfte und darum eine ständig hohe Erwerbsarbeitslosigkeit. Am Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise fanden sich sodann die erwerbslosen IndustriearbeiterInnen auf einmal gemeinsam mit der traditionellen Armutspopulation, von der man sich in den Jahrzehnten davor zunehmend abgegrenzt hatte, wieder in der gleichen Situation: Massenarbeitslosigkeit und Armut trafen beide Gruppen in extremer Art und Weise. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz des Jahres 1920 hatte sich schon zuvor im Verlauf zahlreicher Novellierungen zu Ungunsten der Betroffenen gewandelt, sodass sich die kommunale Armenfürsorge angesichts zunehmender „Aussteuerung“ (so wurde der Zustand nach dem Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung genannt) vor gewaltige Herausforde-



Frohnleiten, die Heimat- und Industriegemeinde des Autors, bietet hier – stellvertretend für die österreichische Papierindustrie – ein plastisches Beispiel: Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert gibt es eine Papier- und eine Kartonfabrik. MM-Karton ist aufgrund seiner innovativen Produktorientierung auf dem Weltmarkt gut aufgestellt, die ehemalige Carl Schweizer Papierfabrik samt den Nachfolgeeigentümern wurde letztlich von der Prinzhorn-Holding im April 2013 wegen Unrentabilität geschlossen. Die Holding hat sich dann am gleichen Standort für den Bau eines Strom-Kraftwerks an der Mur entschieden, das offensichtlich mehr Profit verspricht und keinesfalls die ehemals 100 Beschäftigten der Papierfabrik beglücken konnte.

### Zweite Republik

rungen gestellt sah. All jene, die heute glauben möchten, dass eine Industriestadt das materiell Sicherste und Beste sei im globalen Kapitalismus, könnten sich an exemplarischen Beispielen Österreichs die historischen Wahrheiten jener Zeit auf Faktenbasis ansehen. Die Industriestandorte Donawitz (später, seit der NS-Zeit Teil der Stadt Leoben) und Steyr etwa waren mit der Erfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen zur Armutsbekämpfung überfordert. Man sprach anno dazumal von „Notstandsgemeinden“. Sämtliche Städte und Industriegemeinden unter sozialdemokratischer Führung hatten sich in den 1920er-Jahren vom Konzept des „Roten Wien“ inspiriert gefühlt, doch es mangelte an finanziellen Ressourcen, weil Wien eben seit der Trennung von Niederösterreich ab 1922 sowohl Bundesland und Stadt war und somit aus dem Finanzausgleich mehr Ertragsanteile erhielt. Das Demolieren der Demokratie hatte schon in den späten 1920er-Jahren begonnen und 1933/34 wurde die parlamentarische Demokratie endgültig in Richtung einer Regierungsdiktatur namens „christlicher Ständestaat (oder „Austrofascismus“)“ geführt. Die Wirtschaft und die Industrie schwächelten, jegliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik war sogar nach Selbsteinschätzung der Regierenden (1934–38) ziemlich erfolglos.

### Die NS-Ära

Die NS-Ära brachte zuallererst für viele Langzeitarbeitslose wieder Arbeitslosengeld und aufgrund der Rüstungspolitik zunehmend mehr Arbeitsplatzangebote. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 verabschiedete sich, unabhängig vom Standort, wie schon im Ersten Weltkrieg die Arbeitslosigkeit, weil Männer in das Soldatendasein und Frauen und Jugendliche wieder vermehrt in den industriellen Arbeitsmarkt eingestiegen sind. Einige Städte bzw. Standorte wurden nun zu NS-Industrialisierungsgewinnern wie etwa Linz, aber auch an traditionellen Industriestandorten wie Steyr und Wiener Neustadt ging es aufgrund der Rüstungsindustrie bergauf.

Das Nachkriegsjahrzehnt war noch voller wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen, wenngleich hier vor allem die russische Besatzungszone ziemliche Probleme zu bewältigen hatte. Westösterreich stand besser da, und hier wurde auch die Mehrheit der Marshall-Plan-Hilfen implementiert. Einige oberösterreichische (industrielle) Standorte als Nutznießer der NS-Ära zählten nach 1945 zu den Begünstigten schlechthin. Die Entwicklung der Zweiten Republik ist im Großen und Ganzen seit Mitte der 1950er-Jahre durch einen ökonomischen Aufschwung gekennzeichnet. Dies wurde zum einen durch spezifische weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen ermöglicht und zum anderen wurde dieser Trend durch eine für Österreich typische Akteurskonstellation (Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft) ermöglicht, die Elemente einer makroökonomischen Steuerung positiv verstärkte. Das sog. erste soziale Netz wurde durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (1955) neu aufgestellt. Ende der 1950er-Jahre herrschte hinsichtlich des Bereichs Armut bzw. Fürsorge der Glaube vor, mit dem umfassenden Ausbau der Sozialversicherung seien ohnedies alle wesentlichen sozialen Probleme lösbar und die Fürsorge sei somit zum Absterben bestimmt. Das sollte sich als Wunschdenken herausstellen, denn nachdem sich die Bundesländer seit 1945 auf kein bundeseinheitliches Fürsorgegrundsatzgesetz einigen konnten, folgten in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre die jeweiligen Landes-Sozialhilfegesetze<sup>5</sup> und diese bildeten sodann das Kernelement des steuerfinanzierten zweiten sozialen Netzes (seit 2010 Bedarfsorientierte Mindestsicherung – BMS genannt). Kurzum, jede Medaille hat zwei Seiten: Die Sozialhilfe/BMS ist die Kehrseite der lohnarbeitszentrierten Sozialpolitik des Sozialversicherungsstaates. Wenn die Lohnarbeit knapp oder prekär wird, muss die alte Fürsorge bzw. Sozialhilfe im neuen Gewand wieder verstärkt erhalten, um sozialpolitische Löcher zu stopfen. Dies ist heutzutage wieder gut sichtbar.

Die wenig hoffnungsfrohe Botschaft lautet: Egal welche modischen Konzepte aus den Reihen der Kommunalpolitik (Industriegemeinden, -städte) kommen, sie alle befinden sich in einem profitorientierten weltwirtschaftlich-kapitalistischen Wettbewerb, der zudem gegenwärtig mit weiterer Automatisierung und Digitalisierung leben wird müssen. Die unterdessen gesamtwirtschaftlich dominante Dienstleistungsökonomie mit immer mehr Teilzeitjobs und Niedrig-

lohn-Realitäten samt der zunehmenden Zahl von AlleinerzieherInnenhaushalten wird die Wechselwirkung von erstem (Sozialversicherungsstaatlichkeit) und zweitem sozialen Netz (Bundesländer und Kommunen) vor beträchtliche Herausforderungen stellen, vor allem wenn es zu keiner sozialen Steuerpolitik kommt und das bestehende Steuersystem sogar noch unsozialer gestaltet wird, wie es sich derzeit abzeichnet. Die gute Nachricht: Zukunft ist ein offener Prozess, die historisch-empirischen Erkenntnisse sollte man allerdings nicht als unerwünschte Informationen ausblenden. ■

1. Vgl. zu einer ganzheitlich-transdisziplinären Perspektive die Habilitationsschrift von Gerhard Melinz (2003): *Von der Armenfürsorge zur Sozialhilfe: Zur Interaktionsgeschichte von „erstem“ und „zweitem“ sozialem Netz in Österreich am Beispiel der Erwachsenenfürsorge im 19. und 20. Jahrhundert*. Universität Wien; vgl. auch eine Bundeslandfallstudie mit extrem viel empirischen Indikatoren: Gerhard Melinz (2008): *Jenseits des Reichtums. Existenzbedingungen zwischen Lohnarbeit, Arbeitslosigkeit und Armut in Niederösterreich 1918–1995*. In: Peter Melichar/Ernst Langthaler/Stefan Eminger (Hg.): *Niederösterreich im 20. Jahrhundert*. Bd. 2: *Wirtschaft*, Wien-Köln-Weimar, S. 469–506.

2. Gerhard Melinz (1999): *Weltwirtschaftskrise und „Globalisierungskrise“ als interpretative Herausforderung*. In: Peter Feldbauer/Gerd Hardach/Gerhard Melinz (Hg.): *Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise: wohin treibt die Peripherie?* Frankfurt/M. 1999, S. 23–32.  
3. *Unfall- und Krankenversicherung für Arbeiter 1887/1888 und für Bergarbeiter 1889 sowie ab 1907 Pensionsgesetz für Angestellte, die sog. „Privatbeamten“*.  
4. Vgl. Indikatoren Susan Zimmermann (1997): *Geschützte und ungeschützte Arbeitsverhältnisse von der Hochindustrialisierung bis zur Weltwirtschaftskrise. Österreich und Ungarn im Vergleich*. In: Andrea Komlosy et al (Hg.): *Ungeregt und unbezahlt: der informelle Sektor in der Weltwirtschaft*, Frankfurt/M., S. 87–116. Tabelle 1: S. 91. *Versicherte im Verhältnis zur Bevölkerung (B-Öst) und als Anteil an der Erwerbsbevölkerung (E-Öst, E-W Wien): 1890: B-Öst 6,48 %, E-Öst 11,77 %; 1900: B-Öst 9,60 %, E-Öst 18,55 %, E-W 56,34 %; 1910: B-Öst 12,14 %, E-Öst 23,19 %, E-W 64,82 %; 1923: B-Öst 17,54 %, E-Öst 31,81 %, E-W 64,09 %; 1930: B-Öst 14,94 %, E-Öst 31 %*.  
5. Nach dem zweiten Erdölpreisschock und seinen weltwirtschaftlichen und nationalen Folgen wurden die innovativen Landes-Sozialhilfegesetze der 1970er-Jahre in den 1980er-Jahren einer Novellierungsserie unterworfen. Die Landessozialhilferferent\*innenkonferenz 1976 propagierte das verschriftlichte Konzept „Neue Wege in der Sozialpolitik“ und 1989 gab es eine weitere Neu-Positionierung. Die (Spar-)Interessen der Landesfinanzreferent\*innen spielten bei allen Reformen und Reformvisionen stets eine wichtige Rolle. Vgl. Melinz 2003: S. 305ff.

iv

INDUSTRIELLENVEREINIGUNG  
WIEN

# WIEN IST...

...höchste Lebensqualität

...Kulturstadt

...Bildungsstadt

...UNTERNEHMENSTADT

mit 8.700 produzierenden Unternehmen!

**Unternehmensstadt  
Wien**

**wien.iv.at**



Studie

## Quo vadis Werkplatz Stadt?

Die urbane Industrie wandelt sich. Sie hat Zukunftsperspektiven, auch wenn sie tendenziell an Bedeutung verliert. Vor allem das produzierende Gewerbe kommt unter Druck, während sich Hightech-Unternehmen halten und die Kreativwirtschaft zulegen kann. Eine Studie des Schweizerischen Städteverbandes und der Stadt Zürich zeigt, dass aktives Flächenmanagement, flexible Zonenregelungen und administrative Erleichterungen den Werkplatz stärken können. Auch die Digitalisierung schafft neue Chancen.

Martin Tschirren, lic.phil.

Seit jeher sind Wirtschafts- und Stadtentwicklung eng miteinander verflochten. Unternehmen haben sich schon immer in Städten angesiedelt, hier wird gearbeitet und gewirtschaftet. Zugleich spüren die Städte Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur ganz direkt. Dies war in den Zeiten der Industrialisierung Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts so und ist heute nicht anders. Die Industrien, die damals die städtische Wirtschaft prägten, sind zum großen Teil aus dem Stadtbild verschwunden. Lärmige, rauchige und stinkende Fabriken vertrugen sich schlecht mit heutigen städtischen Lebensräumen. Auch die Industrie selber hat sich wesentlich verändert. Und mit der Digitalisierung und der Industrie 4.0 gilt dies erst recht. Was heißt das für den Werkplatz Stadt? In welcher Verfas-

sung präsentiert sich der städtische Werkplatz derzeit und welche Perspektiven hat die Industrie in der Stadt? Diese Fragen standen am Anfang der Studie „Quo vadis Werkplatz Stadt? Entwicklungen und Perspektiven von Industrie und Gewerbe in der Stadt“, die der Schweizerische Städteverband gemeinsam mit der Stadt Zürich beim Forschungsbüro Infrastat in Auftrag gegeben hatte.

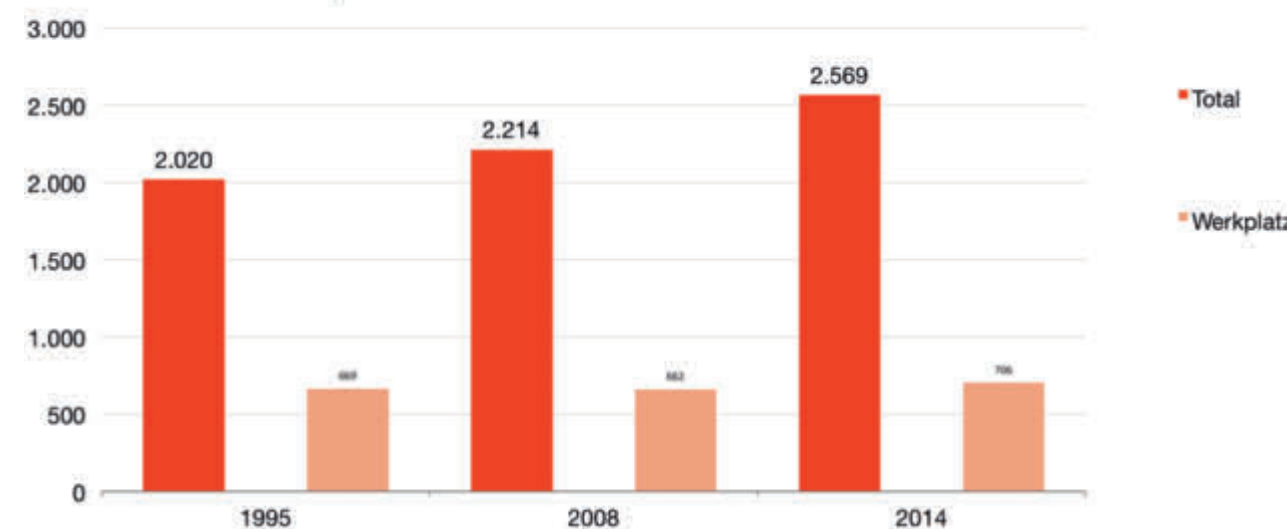
Wenn wir von „Werkplatz“ sprechen, meinen wir damit den Industriestandort, der gemäß der Studie aus folgenden drei Bereichen besteht:

- » der gewerblich-industriellen Produktion,
- » Hightech-Industrieunternehmen
- » und der Kreativwirtschaft-„Plus“.

© Foto: Shutterstock

© Grafik: INFRAS, Quelle: Bundesamt für Statistik (Betriebszählung 95-08, STATISTIK 11-14).

Anzahl Stellen in Vollzeitäquivalenz in 1.000



Dieser Bereich umfasst neben der Herstellung von Sachgütern auch dienstleistungsbezogene Aktivitäten wie ICT-Programmierung, Architektur oder Design. In diesem Bereich fällt die Abgrenzung zwischen dem Industrie- und dem Dienstleistungssektor zuweilen schwer, was aber für die stärker digitalisierte Industrie durchaus typisch ist.

### Der urbane Werkplatz entwickelt sich unterschiedlich

In einer Gesamtbetrachtung blieb die Zahl der Vollzeitstellen des städtischen Werkplatzes zwischen 1995 und 2014 konstant – 2014 mit einem Anteil von 27,5 Prozent der urbanen Beschäftigung. Weil die Gesamtbeschäftigung in den Städten seit 1995 jedoch zunahm, verlor der Werkplatz an Gewicht. Vor allem in den großen Städten (mit einer Bevölkerung von über 50.000) gingen Stellen in der Industrie verloren. In mittleren und kleinen Städten blieb die Beschäftigung stabil oder entwickelte sich leicht positiv.

Die Bedeutung des Werkplatzes in den Schweizer Städten präsentiert sich sehr unterschiedlich. Neben Industriehochburgen, in denen bis zu 70 Prozent der Beschäftigten zum Werkplatz gehören, sind es in manchen Agglomerationsgemeinden nur wenig mehr als 10 Prozent.

Innerhalb des Werkplatzes kam es zu augenfälligen Verschiebungen. Zwar arbeitet immer noch fast die Hälfte der Werkplatz-Beschäftigten in der gewerblich-industriellen Produktion, ihre Zahl ging aber seit 1995 um 15 Prozent zurück. Besonders stark betroffen waren das Druckgewerbe, der Metall- und der Hochbau. Wegen der Konkurrenz mit wertschöpfungsstarken Branchen dürfte es das Gewerbe in der

Stadt auch künftig schwer haben – dies allerdings nicht überall gleich. Vor allem in kleinen Städten mit weniger als 20.000 EinwohnerInnen hält sich das Gewerbe gut. Der Beschäftigungsanteil des Gewerbes liegt dort rund doppelt so hoch wie in den Großstädten.

Allerdings, so die Studie, hat die Digitalisierung das Gewerbe noch kaum erreicht. Dies im Gegensatz zur Hightech-Branche, welche ein Viertel der Werkplatz-Beschäftigten stellt. Die Zahl der Arbeitsplätze in Hightech-Unternehmen nahm seit 1995 in den Städten gar leicht zu. Vor allem mittelgroße Städte, die bereits einen hohen Werkplatz-Anteil ausweisen, sind eigentliche Hightech-Hochburgen. Die Hightech-Beschäftigung entwickelte sich auch in Kleinstädten positiv, wogegen die großen Städte vor allem bis kurz nach der Jahrtausendwende zum Teil massive Einbußen zu verzeichnen hatten. Seit 2005 werden aber auch dort wieder vermehrt Hightech-Arbeitsplätze geschaffen.

Der dritte Bereich des Werkplatzes, die Kreativwirtschaft-„Plus“, entwickelte sich seit 1995 durchwegs positiv und ist vor allem in größeren Städten, aber auch in zahlreichen Agglomerationsgemeinden, zum bedeutendsten Teil des Werkplatzes geworden. Die positive Beschäftigungsentwicklung ist oft an eine hohe Beschäftigungsdichte und einen hohen Dienstleistungsanteil gekoppelt. Mit 50.000 Beschäftigten ist die Stadt Zürich gewissermaßen das kreativwirtschaftliche Epizentrum der Schweiz.

### Perspektiven und Handlungsbedarf

Mit den Entwicklungen der nächsten Jahre – namentlich der Digitalisierung – erwartet die Studie, dass sich der städtische

Tabelle 1: Eignung der Maßnahmen nach Städtetyp und Werkplatzbereich

| Maßnahmenbereiche                  | Städtetypen  |                 |               | Werkplatzbereich   |          |                   |
|------------------------------------|--------------|-----------------|---------------|--------------------|----------|-------------------|
|                                    | Große Städte | Mittlere Städte | Kleine Städte | Gewerb.-ind. Prod. | Hightech | Kreativwirtschaft |
| A Flächenmanagement                | •••          | •               | •             | •••                | ••       | ••                |
| B Fachkräfte                       | •••          | •••             | •••           | ••                 | •••      | •••               |
| C Lebensqualität und Infrastruktur | •••          | •••             | ••            | •                  | ••       | •••               |
| D Regulierung und Administration   | •••          | ••              | •             | ••                 | ••       | ••                |
| E Branchenvielfalt                 | •••          | ••              | ••            | ••                 | •••      | ••                |
| F Vernetzung und Zusammenarbeit    | •••          | ••              | •••           | •                  | •••      | ••                |

••• = hohe Relevanz/Eignung; •• = mittlere Relevanz/Eignung; • = geringe Relevanz/Eignung

Werkplatz weiter wandelt. Automatisierung und Vernetzung führen zu neuen Produktionsprozessen und Technologien und verändern ganze Wertschöpfungsketten. Tendenzen wie Reshoring oder Infrastruktur-Sharing eröffnen dem Schweizer Werkplatz neue Chancen. Die Studie erwartet, dass der Werkplatz forschungs- und kapitalintensiver und der Zugang zu hochqualifizierten Arbeitskräften, Forschung und Kapital wichtiger werden wird. Damit dürfte sich der städtische Werkplatz künftig noch stärker auf wissens- und wertschöpfungsintensive Tätigkeiten fokussieren. Deshalb ist nicht erstaunlich, dass die Aussichten von Hightech-Unternehmen und von Produktionsbetrieben der Kreativwirtschaft positiv aussehen, während es das Gewerbe eher schwierig haben dürfte.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Studie den Schweizer Städten, folgenden Rahmenbedingungen ein besonderes Augenmerk zu schenken:

- » Flexibles Flächenmanagement und neue Formen der Mischnutzung, um Jungunternehmen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten

- » Plattformen zur Vernetzung von Unternehmen und Hochschulen
- » Vereinfachter Zugang zu Risikokapital, um digitale Geschäftsmodelle zu erleichtern
- » Vereinfachte Verwaltungsprozesse und Regulierungen
- » Pflege der Lebensqualität, um für Arbeitskräfte attraktiv zu sein

Allerdings sind nicht alle Instrumente für alle Städtetypen und Bereiche des Arbeitsplatzes gleich sinnvoll (siehe Tabelle 1). Hingegen dürften alle Städte das Interesse teilen, in ihrer Stadt einen vielfältigen Branchenmix mit Arbeitsplätzen sowohl in Dienstleistungsbetrieben als auch in der Produktion von Sachgütern zu haben. Denn dies macht die Stadt nicht nur lebendig, sondern auch krisenfest. ■

LINKS

Studie „Quo vadis Werkplatz Stadt? Entwicklungen und Perspektiven von Industrie und Gewerbe in der Stadt“: [https://staedteverband.ch/cmsfiles/170810\\_Zukunft\\_Werkplatz\\_Stadt\\_SB\\_SSV\\_final\\_1.pdf](https://staedteverband.ch/cmsfiles/170810_Zukunft_Werkplatz_Stadt_SB_SSV_final_1.pdf)



Martin Tschirren, lic. phil., stellvertretender Direktor Schweizerischer Städteverband

Dynamische Entwicklung

# Vorarlbergs urbaner Weg

In einem mehrmonatigen Prozess wurde eine Vorwärtsstrategie entwickelt, wie die Vorteile aus ländlicher und städtischer Entwicklung in Vorarlberg optimal kombiniert werden können. Das ist Vorarlbergs urbaner Weg.

MMag. Mathias Burtscher

Vorarlberg ist ein attraktiver Lebensraum mit einem pulsierenden und vielseitigen industriellen Herz. Die Lebensqualität am Standort ist aufgrund einer guten Wirtschaftslage, einer hohen Dichte an international orientierten Unternehmen und leistungsfähigen Klein- und Mittelbetrieben sehr hoch.

Um eine dynamische Entwicklung weiterhin zu ermöglichen, gilt es aber am Standort auch einige Engpässe zu beseitigen. Und es erfordert auch in einigen Bereichen ein Umdenken für einen wettbewerbsfähigen und lebenswerten Standort. Einerseits besteht ein Mangel an qualifizierten, je nach Branche auch einfachen, Arbeitskräften. Andererseits sind dem Standort Vorarlberg flächenmäßig Grenzen für bebaubare Erholungs-, Wohn- und Betriebsflächen gesetzt.

Eine Vorwärtsstrategie, wie diesen Engpässen ganz konkret vor Ort begegnet werden kann, hat die Industriellenvereinigung (IV) Vorarlberg unter dem Titel „Vom Kirchturmdenken zur Exzellenz – Vorarlbergs urbaner Weg“ entwickelt. Sie beinhaltet konkrete Lösungsansätze, welche alle direkt in Vorarlberg umsetzbar sind. Ziel war es, urbane Elemente strategisch in den – zu erhaltenden, attraktiven – Lebensraum in Vorarlberg einzubauen. Damit kann vor allem den oben genannten Engpässen bei qualifizierten Arbeitskräften und Grund und Boden gezielt gegengesteuert werden.

Status quo

Der Trend zur Urbanisierung, also der Trend vom städtischen Leben und Arbeiten mit hoher Lebensqualität, macht auch vor Vorarlberg nicht halt. Der Ballungsraum Rheintal/Walgau liegt im Vergleich mit der Lebensqualität der besten europäischen Metropolen in fast allen definierten Erfolgskriterien über dem Mittelmaß, das hat eine ausführliche Datenauswertung ergeben.

Beispielsweise beim Arbeitsangebot und bei den Sportmöglichkeiten schneidet Vorarlberg exzellent ab, beim Management des Ballungsraumes sowie bei den Bildungseinrichtungen und bei der Mobilität gibt es noch deutlich Spielraum nach oben.

In einem mehrmonatigen Prozess mit zahlreichen Interviews mit EntscheidungsträgerInnen und Analysen von Studien und relevanten Best-Practice-Beispielen auf globaler, europäischer und regionaler Ebene wurde zuerst die Frage beantwortet, wie urban Vorarlberg denn überhaupt ist. Wenn Urbanität der „Inbegriff von großstädtischem Leben und Arbeiten mit hoher Lebensqualität“ ist, dann sind in Vorarlberg Ansätze und auch Voraussetzungen für einen strategischen Ausbau vorhanden.

Es gibt beispielsweise internationales Publikum bei kulturellen Veranstaltungen, eine steigende dynamische Szene am Campus V, auch sogenannte Third Places, also öffentliche Räume zwischen Arbeit und Zuhause. Darauf aufbauend wurde eine Skizze mit Lösungsansätzen gezeichnet, die Impulse für ein Zukunftskonzept darstellen, das von den politischen EntscheidungsträgerInnen erkannt werden muss und unter der Einbindung von Beteiligten erarbeitet werden sollte. Ziel der vorgestellten Skizze ist es allerdings nicht, Vorarlberg zu einer simplen Großstadt zu entwickeln. Vielmehr geht es um die Weiterentwicklung der Industriestrategie.



© Porträt: Karin Hofer, © Grafik/Quelle: INFRAS

© Grafiken: IV Vorarlberg

mehr soll sich Vorarlberg in einer guten Balance zwischen ländlicher und städtischer Entwicklung finden und diesen Weg auch umsetzen.

### Big Picture

Um die Skizze in ein größeres, verständlicheres Bild – Big Picture – zu übertragen, wurde stark vereinfacht, indem Vorarlberg mit seinen knapp 390.000 EinwohnerInnen im Sinne des „Vorarlberger urbanen Wegs“ in zwei große Einheiten unterteilt und reduziert wurde:

1. Der Ballungsraum Rheintal/Walgau als „Vorarlberg Stadt“, in dessen Raum 80 Prozent der Bevölkerung leben. Hierauf wird gleichzeitig das Hauptaugenmerk von „Vorarlbergs urbanem Weg“ gelegt
2. Die Talschaften abgehend vom Ballungsraum als „Vorarlberg Land“.

Die vereinfachte Darstellung von „Vorarlberg Stadt“ und „Vorarlberg Land“ stellt dabei keinerlei Wertung dar und beides begegnet sich auf Augenhöhe. Es ist in Vorarlberg auch üblich, dass sich der dynamische Ballungsraum und die attraktiven Talschaften ergänzen und keinesfalls ausschließen. Anhand von zehn Erfolgskriterien für hohe Lebensqualität in den europäischen Top-Standorten wurde dann ein Maßnahmenkatalog für Vorarlberg ausgearbeitet. Die genaue Reihenfolge der Maßnahmen ist dabei nicht zufällig, sondern priorisiert jene Kriterien, die im Wettbewerb besonders wichtig und daher dringender sind. Ein Auszug der wichtigsten Lösungsansätze:

- » Beim Ballungsraum Management geht es für Politik und Verwaltung vor allem darum, das Kirchturmdenken zu überwinden. Damit soll verhindert werden, dass der Weitblick und der Sinn für das Ganze schnell verloren geht, denn das auf Freiwilligkeit beruhende Prinzip der Zusammenarbeit stößt an seine Grenzen. Es braucht klare Verbindlichkeiten und Zuständigkeiten.
- » Vorarlberg steht mit anderen europäischen dynamischen Top-Regionen im ständigen Wettbewerb. Und hier muss Vorarlberg seinen eigenen Markenkern im Sinne eines attraktiven, wachsenden, erfolgreichen und sicheren Wirt-

schafts- und Lebensraums definieren. Es geht um die strategische Positionierung der Marke Vorarlberg, heute und in der Zukunft.

- » Beim Flächenmanagement – also dem Umgang mit Grund und Boden – muss die Devise lauten: höher, dichter und zielgerichteter. Verlagerung – nicht Abschaffung – von Landesgrünzonen, Höhen und Verdichtungskonzepte in Zusammenhang mit attraktiven öffentlichen Freiräumen und Baulandmobilisierung müssen ganzheitlich und noch aktiver angegangen werden. Hier geht es auch um den direkten Austausch mit den anderen Regionen.
- » Bei den Bildungseinrichtungen lautet die Devise innovativer, intelligenter und vernetzter. Hier muss aber auf allen Ebenen angesetzt werden, unabhängig ob in der Schule, bei neuen internationalen Schulen, bei der dualen Ausbildung, bei der Fachhochschule in Dornbirn oder der Vernetzung mit anderen Universitäten.
- » Beim Kriterium Mobilität muss Vorarlberg schneller, mutiger und flexibler werden: sowohl bei der Geschwindigkeit, bei einer Digitalisierungsstrategie mit modernster Breitbandinfrastruktur als auch bei einem überregionalen Straßenverkehrskonzept und der Bedeutung der Regionalflughäfen.
- » Der Arbeitsmarkt muss für Qualifikation geöffnet werden. Das bedeutet eine ambitionierte Zuwanderungsstrategie für Vorarlberg und Rückgewinnung von auswärtigen VorarlbergerInnen. Gleichzeitig müssen wir auch die konsequente Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen mit geringerer Qualifikation generalstabsmäßig forcieren und es müssen innovative Ideen in einem dynamischen Gründerzentrum weiterentwickelt werden.

Weitere Maßnahmen wurden auch zu den Erfolgskriterien Kulturangebote, öffentliche Räume, Einkaufsmöglichkeiten, Qualität der Straßen und Gebäude, Gesundheitsangebot und Sportmöglichkeiten entwickelt und ausgearbeitet. Es sind damit auch bewusst Maßnahmen enthalten, die erst auf den zweiten Blick industrierelevant sind, gesellschaftspolitisch aber für Vorarlberg durchaus von großer Bedeutung sind. Diese Maßnahmen zeigen deutlich, was Urbanität für Vorarlberg bedeuten kann und welche enormen Chancen daraus entstehen. Gemeinsam mit der Politik, den EntscheidungsträgerInnen im Land und der Bevölkerung werden diese Lösungsansätze intensiv diskutiert und im Idealfall auch umgesetzt, um Vorarlberg noch lebenswerter und wettbewerbsfähiger zu machen. ■



MMag. Mathias Burtscher, Geschäftsführer Industriellenvereinigung Vorarlberg

© Porträt: Dietmar Mathis



## 9 Resorts mit einer Karte.

Erhältlich online und in allen 9 Resorts.

VAMED  
VITALITY  
WORLD

the  
relaxing  
way  
of life

[www.vitality-world.com](http://www.vitality-world.com)



Die Industrie in Steyr

## Aufschwung nach jeder Krise

Die Stadt Steyr ist seit jeher mit der Verarbeitung des Eisens verbunden. Daraus entwickelte sich eine Monostruktur, die immer Konjunkturschwankungen ausgesetzt war. Trotzdem schafften es die Steyrer Betriebe immer wieder, aus Krisen aufzutauchen und neue Produkte zu schaffen. Auch in Zukunft wird eine solche Flexibilität vonnöten sein.

Hans Stögmüller

Schon als Residenzstadt der Markgrafen von Steyr hatte Steyr eine große Bedeutung als Eisenstadt. Sowohl der Handel mit Produkten aus der Eisenwurzen als auch die Erzeugung vieler verschiedener Schmiedewaren brachten Arbeit und Wohlstand. Im 16. Jahrhundert war Steyr die zweitgrößte Stadt Österreichs und hatte große wirtschaftliche Bedeutung.

Die Stadt am Zusammenfluss von Steyr und Enns hatte viel von ihrem Status als Residenz profitiert. Damals stand der Abbau von Eisen am Erzberg und die Eisenproduktion in seiner Umgebung in voller Blüte. Klar, dass die Markgrafen ihrer Hauptstadt durch Privilegien unter die Arme griffen. Der Eisenhandel aus Innerberg, dem heutigen Eisenerz, wurde über Steyr gelenkt, während von der Vordernberger Seite das Eisen nach Leoben gebracht werden musste. Zu einer Hochblüte gelangte Steyr im 15. und 16. Jahrhundert. Die prächtigen gotischen Bauten, an vorderster Stelle die Stadtpfarrkirche und das Bummerlhaus, zeugten von der wirtschaftlichen Potenz der Stadt. Damals war die Stadt zum Großteil evangelisch, was sich in der folgenden Gegenreformation negativ auswirkte.

Auch in der 1625 gegründeten „Innerberger Hauptgewerkschaft (IHG)“, einem Zusammenschluss aller Radmeister, Hammergewerke und Eisenhändler in der Eisenwurzen, hatte Steyr ein gewichtiges Wort mitzureden. Während die Radmeister in Eisenerz das Eisen aus dem Gestein schmolzen, das von den Hammermeistern an den Seitenbächen der Enns zu Schmiedestahl weiterverarbeitet wurde, saßen in Steyr die Kaufleute, die die Produkte bis Venedig, Nürnberg und ins umliegende Ausland verkauften und dadurch am besten verdienten.

### Der älteste Konzern der Monarchie

Die IHG, der älteste Konzern auf dem Gebiet der alten Monarchie, baute gewaltige Getreidespeicher, von denen in Steyr zwei erhalten geblieben sind. Am Wehrgraben und im Vogelsang siedelten sich jene Handwerkszweige an, die das fließende Wasser als Energiequelle benötigten. Schon im 15. Jahrhun-

dert, und vielleicht auch schon früher, bestand der aus einem ehemaligen Flussarm neu angelegte Wehrgraben, der sich entlang des nördlichen Hanges talab schlängelt. In vier Zeugstätten waren unzählige Betriebe angesiedelt, die die Energie des Wassers nützten. Insgesamt fünfzig Wasserräder waren dort zu finden.

Beinahe alle diese Betriebe wurden nach und nach von Josef Werndl für seine „Österreichische Waffenfabriks-Gesellschaft (ÖWG)“ aufgekauft und zur Errichtung großer Fabriksgebäude umfunktioniert. Werndl war nicht nur wegen seiner Körpergröße von 2,06 Metern ein großer Mann, sondern er kann als die bedeutendste Persönlichkeit bezeichnet werden, die Steyr hervorgebracht hat. Er wurde als Sohn des Leopold und der Josefa Werndl am 26. Februar 1831 geboren. Sein Vater, ein gelernter Bohrschmied, hatte zu dieser Zeit schon einen ziemlich großen Betrieb zur Erzeugung von Armaturen (Waffenbestandteilen) aufgebaut. 1844 kaufte er auch die Mühle in Letten, heute in der Gemeinde Sierning gelegen, die er zu einer Fabrik erweiterte.

### Der Industriepionier von Steyr

Josef Werndl zog es nach der Lehre als Büchsenmacher und einigen Jahren als Soldat in die Neue Welt. Bei Colt und Remington in den Vereinigten Staaten lernte er jene Maschinen kennen, von denen im alten Europa noch wenig zu sehen war. 1862 legte Werndl mit dem Ankauf der Jocherschen Papiermühle im Wehrgraben den Grundstein zu seinem Industrieunternehmen. Dort baute er ein Fabriksobjekt, das „Alte Werk“ genannt. Ihm folgten der Millnerhammer, die Schaftfabrik und noch zehn andere Hallen entlang des Wehrgrabenkanals und im Vogelsang.

Zusammen mit seinem Werkmeister Karl Holub (1830–1903) erfand Josef Werndl ein Hinterladersystem, das vom Kaiser 1867 sanktioniert und als neue Bewaffnung des österreichischen Heeres angenommen wurde. Sofort wurden die Fabrikanlagen großzügig erweitert. Ein Engagement Werndls in der jungen Elektrotechnik hatte anfangs großen Erfolg. Steyr war die Stadt mit elektrischer Straßenbeleuchtung in Europa, de-



Eysfeld war die erste der vier Arbeitersiedlungen Steyrs.

ren Strom aus einem Wasserkraftwerk kam. Allerdings boomte bald darauf das Waffengeschäft wieder. In Österreich und vielen Armeen anderer Staaten wurde das von Ferdinand Mannlicher konstruierte Magazingewehr eingeführt, worauf die Mehrheitsaktionäre der ÖWG die Elektroparte schließen ließen. Bei den Mitarbeiterzahlen gab es immer ein Auf und Ab. Die höchste Anzahl an Arbeitern in der Ära Werndl betrug 9.700. Der größte Industrielle Steyr starb ziemlich unvermittelt am 29. April 1889. Im Jahr darauf beschäftigte die Waffenfabrik mehr als 10.000 Arbeiter.

Damals entstand auf der Insel zwischen Reicher Steyr und Gsangwasser die erste Arbeitersiedlung Steyrs, die zuerst Karolinental, dann Eysfeld genannt wurde. Die zweite Arbeitersiedlung wurde nach der Verlegung der Waffenfabrik auf der Ennsleite errichtet, und zwar im Bereich zwischen Arbeiterstraße und Hangkrone. Die dritte Arbeitersiedlung folgte in Münichholz ab 1940, als für die ArbeiterInnen der Rüstungsindustrie Tausende Wohnungen gebraucht wurden. Ab 1970 folgte als weitere geschlossene Verbauung der Stadtteil Resthof zwischen Ennsner Straße und Hangkrone oberhalb der Lauberleite.

### Neues Leben im Wehrgraben

Von all diesem Getriebe ist heute im Wehrgraben nicht mehr viel zu merken. Seit die Waffenfabrik 1913 an der Ennsleiten neu gebaut wurde, drohte der Stadtteil immer mehr zu verfallen. Schließlich wollte man auch das Gerinne nicht mehr haben. Die Stadt plante, dort einen Kanal zu verlegen und das Wasser zuzuschütten. Dagegen bildete sich eine Bürgerinitiative, die – um den Steyrer Kunsterzieher Heribert Mader ge-

schart – diesen Plan erfolgreich vereitelte. Der Wasserlauf wurde gerettet und ist Sinnbild für eine Revitalisierung, die zusehends voranschreitet. Einer der Höhepunkte war die Landesausstellung 1987 unter dem Titel „Arbeit/Mensch/Maschine“, die in einem ehemaligen Fabriksobjekt eingerichtet wurde und beinahe 400.000 BesucherInnen nach Steyr brachte. Dieses „Museum industrielle Arbeitswelt“ besteht weiter und gibt ein anschauliches Bild von den Arbeitsbedingungen in der Vergangenheit bis herauf zur Gegenwart.

Daneben wurde auf dem ehemaligen Areal der Hack-Messerwerke das „Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik (Fazat)“ errichtet, aus dem die Forschungsfirma Profaktor im Gewerbepark Stadtgut hervorging. Heute befindet sich in den alten Fabrikshallen die Fachhochschule.

In der kleinräumigen Struktur der Steyr-Niederung hatte die Industrie keinen Platz mehr. Nicht nur die Steyr-Daimler-Puch AG, die die Tradition der Waffenfabrik fortsetzte und nach dem Ersten Weltkrieg auch Autos erzeugte, siedelte sich am Stadtrand an. Aber der Absatz ließ oft zu wünschen übrig. In den Dreißigerjahren musste die Produktion sogar eingestellt werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand das Werk der Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau AG (GFM) an der Ennsner Straße, wo derzeit 240 MitarbeiterInnen Schmiedemaschinen, Fräsmaschinen und Ultraschall-Schneidemaschinen erzeugen.

### Krise und Aufschwung

Als die Steyr-Daimler-Puch AG neuerlich in wirtschaftliche Probleme geriet, wurden die einzelnen Produktionssparten in eigene Firmen ausgegliedert und verkauft. Die Aktienmehrheit der Firma wurde 1998 durch den kanadischen Konzern „Magna International Inc.“ übernommen, der damals im Einfluss Frank Stronachs stand. 2001 entstand daraus die Firma „Magna Steyr AG & Co. KG“, die ihre Interessen vorwiegend in Graz und der Steiermark bündelte. Das aus dem 1988 gegründeten Technologiezentrum Steyr hervorgegangene Engineering Center Steyr wurde nach St. Valentin übersiedelt. Den Anfang des Ausverkaufs machte die Fahrrad- und Moped-Produktion, die an Piaggio veräußert wurde. 1987 wurde die Wälzlagersparte in die Steyr Wälzlager GesmbH ausgegliedert, die 1988 von SKF übernommen wurde.

Die Lastwagenproduktion ging in der Steyr-Nutzfahrzeuge AG auf, die 1989 durch MAN übernommen wurde, ab 2001 MAN Steyr AG hieß und heute als MAN Truck & Bus Österreich AG geführt wird. Die Schusswaffen wurden von der Steyr-Mannlicher GmbH & Co KG erzeugt, die zuerst in eine Halle des Wälzlagerwerks, dann in das Ramingtal übersiedelte. Die Steyr Sportwaffen GmbH, Erzeugerin von Druckluftgewehren, übersiedelte nach Ernsthofen. Die Getriebefertigung wird heute von der ZF Steyr Präzisionstechnik GmbH in einem Teil des alten Hauptwerks abgewickelt.

Die Steyr-Daimler-Puch Spezialfahrzeugtechnik GmbH (Armee-Fahrzeuge) mit Sitz in Wien wurde 1998 vom ehemaligen Generaldirektor Hans Michael Malzacher übernommen, der sie 2003 an den US-Konzern General Dynamics verkaufte. Die Landmaschinen gingen an den US-Konzern Case, der seinerseits wieder von Fiat geschluckt wurde, nachdem 1999 eine Fusion mit New Holland zum Konzern CNH erfolgt war. Heute ist die Europa-Zentrale von CNH in St. Valentin.

Die Buserzeugung wurde von Volvo vereinnahmt. Das Produkt M1-Motor wurde 2001 in die Firma Steyr Motors ausgegliedert, die von Rudolf Streicher und seinen Mitgesellschaftern 2012 an eine chinesische Firma verkauft wurde. Das Gusswerk hinter dem Wälzlagerwerk firmiert heute unter SLR Gusswerk II Betriebsgesellschaft m. b. H., die 1988 an die Gießerei St. Leon-Rot GmbH in Deutschland ging und 2008 vom Geschäftsführer Alois Obermair übernommen wurde. Das Dampfkraftwerk, das auch den Stadtteil Ennsleite mit Wärme versorgt, wurde an die Energie Contracting GmbH ausgegliedert. Die Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG wurde an die Linzer Wohnbau 2000 verkauft.

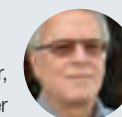
1983 wurde das BMW-Motorenwerk eröffnet, das unter Beteiligung der Steyr-Daimler-Puch AG gegründet wurde. BMW übernahm jedoch dann alle Firmenanteile. Es folgte ein rasanter Ausbau, und zu der Produktion von Dieselmotoren kam bald die Erzeugung von Benzinmotoren. Das Entwicklungszentrum für Dieselmotoren wurde 2016 ausgebaut. Heute werden an die 5.000 MitarbeiterInnen beschäftigt. Eine Neugründung ist die Wälzlagerfabrik NKE Austria GmbH im Stadtgut, die 2016 teilweise an den spanischen Konzern Fersa verkauft wurde. 1991 begann die Produktion von Autoteilen durch die Burg-Design GmbH, die damals an der Ennsner Straße angesiedelt war und seit 2004 im Stadtgut angesiedelt ist.



Insertat für ein Produkt aus Steyr: der Personenwagen Steyr XII, Baujahr 1925, mit 30 PS

Trotz aller Krisen konnte sich die Steyrer Industrie immer wieder aufrappeln. Der Niedergang der alten Strukturen hatte nicht nur negative Folgen, denn es etablierten sich internationale Konzerne, für die Steyr nicht nur eine „verlängerte Werkbank“ ist, sondern wo Forschung und Entwicklung betrieben werden. Dazu braucht es Bildung, für die es in Steyr gute Voraussetzungen gibt. Neben einer Reihe von Mittelschulen, darunter eine ausgezeichnete HTL, prosperiert die Fachhochschule enorm. ■

Hans Stögmüller,  
Journalist und Historiker





Edelstahlwerk Kapfenberg

## „Das Maß aller Dinge“

So beschreibt voestalpine-Vorstandsmitglied Franz Rotter das modernste Edelstahlwerk, welches um rund 350 Millionen Euro in Kapfenberg gebaut wird. Ein „Ja“ zu Kapfenberg, ein „Ja“ zur Region, ein „Ja“ zur Zukunft!

Man kann den 27. September 2017 durchaus als einen historischen Tag für Kapfenberg bezeichnen – an diesem Datum tagte der Aufsichtsrat des voestalpine-Konzerns und beschloss nach einer zweijährigen Planungsphase eine richtungsweisende Investition: Das modernste Edelstahlwerk der Welt wird in Kapfenberg gebaut! Zwischen 2019 und 2021 fließen rund 350 Millionen Euro in den obersteirischen Standort. Der Spatenstich wird schon 2018 erfolgen.

### Technologischer Meilenstein

Mit dem neuen Werk beschreitet man den Weg in der Richtung zukunftsweisender Hochleistungsstähle für die internationale Luftfahrt-, Automobil- sowie Öl- & Gasindustrie. Das neue vollautomatisierte Hightech-Werk schafft der voest einen einmaligen globalen Innovationsvorsprung und wird dabei auch in Sachen Umwelt- und Energieeffizienz einen neuen Maßstab setzen. Minimierung von Emissionen sowie der schonende Umgang mit Ressourcen sind dabei die Schlagwörter. Herzstück der Investition wird ein Elektrolichtbogenofen sein, der auf Basis von Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energiequellen hochreinen Schrott und Legierungen schmilzt.

### Faktor Mensch

„Den entscheidenden Ausschlag für die Entscheidung haben die Menschen gegeben: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihr profundes Wissen und ihre Einsatzbereitschaft wiegen letztlich stärker als alle kritischen Aspekte“, erklärt Wolfgang Eder, Vorstandsvorsitzender der voestalpine AG, der die 3.000 hochqualifizierten MitarbeiterInnen vor Ort zu schätzen weiß. Zu den Argumenten kommen noch das hervorragende Forschungsumfeld in einschlägigen Bereichen, die vorhandene Infrastruktur sowie die Nähe zu wichtigen KundInnen.

### Wirtschaft wächst

Nicht nur die voestalpine investiert in Kapfenberg. Zahlreiche andere Unternehmen, wie beispielsweise Pankl, sehen den Wirtschaftsstandort Kapfenberg als einen sehr guten. Beste Rahmenbedingungen ermöglichen Unternehmen problemlose Abwicklungen von Ansiedelungen und Vorhaben. Wir dürfen also gespannt sein, was sich in nächster Zeit in unserer Stadt noch so tut. ■

© Foto: Zur Verfügung gestellt von Böhler Edelstahl

# Das Amtsblatt der Stadt Wien

**Jetzt  
Abo  
bestellen!**

**OFFIZIELLE  
INFORMATIONEN  
DER STADT WIEN!**

**JEDE WOCHE AKTUELL**



Das **Amtsblatt der Stadt Wien** erscheint jeden Donnerstag und informiert unter anderem über Sitzungen von Landtag, Gemeinderat und Gemeinderatsausschüssen sowie über Gewerbeberechtigungen, Amtliche Kundmachungen, Postenausschreibungen innerhalb der Stadt Wien und Vergabeverfahren der Stadt Wien sowie anderer Einrichtungen rundum das breite Informationsangebot ab. Das Amtsblatt-Abo kostet € 44 inkl. Umsatzsteuer pro Jahr.

## Bestellmöglichkeiten:

Bestellschein ausschneiden und einschicken an: Bohmann Druck und Verlag Ges.m.b.H.

Stichwort: Amtsblatt-Abo, Leberstraße 122, 1110 Wien. Unten stehende Daten können Sie auch über das Onlineformular auf [www.wien.at/medien/print/amtsblatt](http://www.wien.at/medien/print/amtsblatt) übermitteln oder per E-Mail an [abo.amtsblatt@bohmann.at](mailto:abo.amtsblatt@bohmann.at) senden.

## Abo-Bestellschein:

Firma: ..... UID-Nr. (falls vorhanden): .....

Ansprechperson: .....

Straße, Hausnr.: ..... Postleitzahl: ..... Ort: .....

Telefonnummer: ..... E-Mail: .....

Ort, Datum, Unterschrift: .....

Das Abo kostet € 44 inkl. USt. pro Jahr und wird per Rechnung bezahlt. Kündigungsfrist bis Ende September, sonst verlängert sich das Abo um ein Kalenderjahr.


 Ehemalige Konservenfabrik „Scana“  
in Neusiedl/See

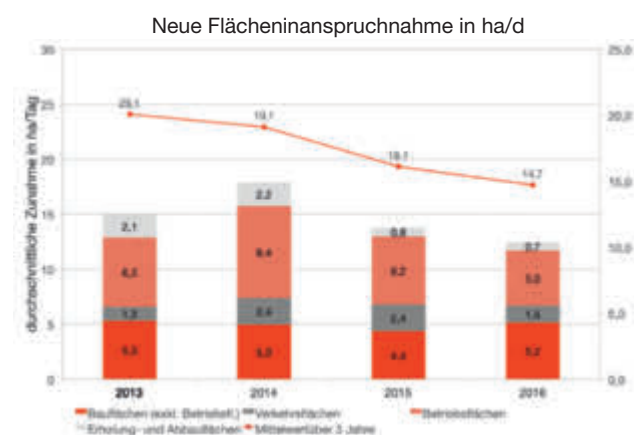
Vom Problem zum Potenzial

## Neue Sicht auf alte Flächen

Die Wiedernutzung von industriellen und gewerblichen Brachflächen kann einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung des Flächenverbrauchs darstellen. Dazu sollen bestehende Hürden abgebaut und verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen werden.

DI<sup>n</sup> Sabine Rabl-Berger, DI<sup>n</sup> Martha Wepner-Banko, Umweltbundesamt GmbH

Wer bauen will, braucht Land. Wirtschaftswachstum und Bodenverbrauch sind heute stark miteinander gekoppelt. So beträgt der tägliche Flächenverbrauch in Österreich noch immer etwa 15 ha/Tag (Umweltbundesamt 2017) und liegt damit deutlich über dem Reduktionsziel der „Strategie für nachhaltige Entwicklung“ von 2,5 ha/Tag.



Während in den meisten Fällen die „grüne Wiese“ diesen wirtschaftlichen Aktivitäten weichen muss, liegen gleichzeitig in Österreichs Städten und Gemeinden immer mehr vormals genutzte Grundstücke brach. Strukturelle Veränderungen in Österreichs Wirtschaft in den letzten 50 Jahren führten zum Entstehen von Brachflächen. Industriezweige verschwanden, Unternehmen fusionierten und höhere Produktionskapazitäten wurden auf immer kleineren Flächen eingerichtet. Im Jahr 2004 wurde im Rahmen der Studie des Umweltbundesamtes „Wiedernutzungspotenzial industrieller Brachflächen in Österreich“ der Bestand an industriellen und gewerblichen Brachflächen auf bis zu 130 km<sup>2</sup> abgeschätzt. Dies entspricht 3.000 bis 6.000 brachliegenden Industrie- und Gewerbestandorten. Eine überschlägige Abschätzung der aktuellen Brachflächensituation im Jahr 2017 führte zu einem ähnlichen Ergebnis, etwa 5.000 bis 10.000 nicht mehr oder untergenutzten Standorten in Österreich. Industrie- und Gewerbebranchen stellen demnach ein wesentliches Entwicklungspotenzial für zukünftige Betriebsansiedlungen dar. Die Studie aus dem Jahr 2004 zeigte auf, dass

© Foto: Wepner-Banko © Grafik: Quelle Umweltbundesamt (2017)

© Grafik: Quelle Umweltbundesamt (2008)

rein rechnerisch fast die Hälfte des österreichischen Flächenverbrauchs pro Jahr durch die Revitalisierung von Brachflächen abgedeckt werden könnte. In der Praxis geht man von einem geringeren Wert aus. Dies begründet sich einerseits in der regionalen Verteilung der Brachflächen – nur ein Teil der Flächen befindet sich dort, wo auch Bedarf an Entwicklung vorhanden ist – und andererseits in den Hürden zur Wiedernutzung. Aus bisherigen Erfahrungen bestehen diese Hürden vor allem in potenziell vorhandenen Verunreinigungen des Untergrunds, dem „Kontaminationsrisiko“, und in einer fehlenden Kostenwahrheit bei der Neunutzung der „grünen Wiese“.

Die Wirtschaftlichkeit von Brachflächenprojekten, also das Verhältnis zwischen dem Aufbereitungsbedarf (Kosten der Baureifmachung) der Brachfläche und der raumplanerischen Bedeutung (Ertrag durch Bodenwertsteigerung), ist allerdings je nach Standort sehr unterschiedlich. Das wirtschaftliche, insbesondere das immobilienökonomische Potenzial von Brachflächen lässt sich als „ABC-Modell“ veranschaulichen:

- » **Typ A „Selbstläufer“:** Damit sind insbesondere gut erschlossene Objekte in guter Lage gemeint. Diese Flächen sind auch ohne zusätzliche Hilfe attraktiv für private InvestorInnen und damit direkt vermarktfähig.
- » **Typ B „Flächen mit Entwicklungspotenzial“:** Bei diesen Objekten ist die Rentabilität des Flächenrecyclings aufgrund von Risiken nicht sicher. Damit diese Flächen für InvestorInnen attraktiver werden, gilt es, die Risiken zu mindern und die Kosten zu verteilen (z. B. durch Fördermittel).
- » **Typ C „Reserveflächen“:** Hier liegt der zu erwartende Ertrag des Flächenrecyclings deutlich unter den erwarteten Kosten der Baureifmachung (z. B. bei einem großen Immobilienüberangebot). Diese Flächen werden auch langfristig nicht nachgefragt.

Der Markt regelt also lediglich die Neunutzung der Typ-A-Standorte, der „Selbstläufer“, in immobilienwirtschaftlich attraktiver Lage. Was passiert jedoch mit jenen Brachflächen, deren Vermarktung sich schwieriger gestaltet, weil etwa die Lage weniger attraktiv oder die Rentabilität aufgrund von Risiken nicht sicher sind?

Nur ein geringer Teil der industriellen und gewerblichen Brachflächen weist Kontaminationen in einem Ausmaß auf, welche Maßnahmen zur Sanierung erforderlich machen, die aus den Mitteln des ALSAG (Altlastensanierungsgesetz) gefördert werden. Von insgesamt etwa 70.000 Standorten, die

 ABC-Modell zur Bewertung von Brachflächen  
(in Anlehnung an CABERNET 2006)


in der Datenbank des Umweltbundesamtes erfasst sind, werden erhebliche Kontaminationen und Sanierungsmaßnahmen an rund 2.000 Standorten erwartet.

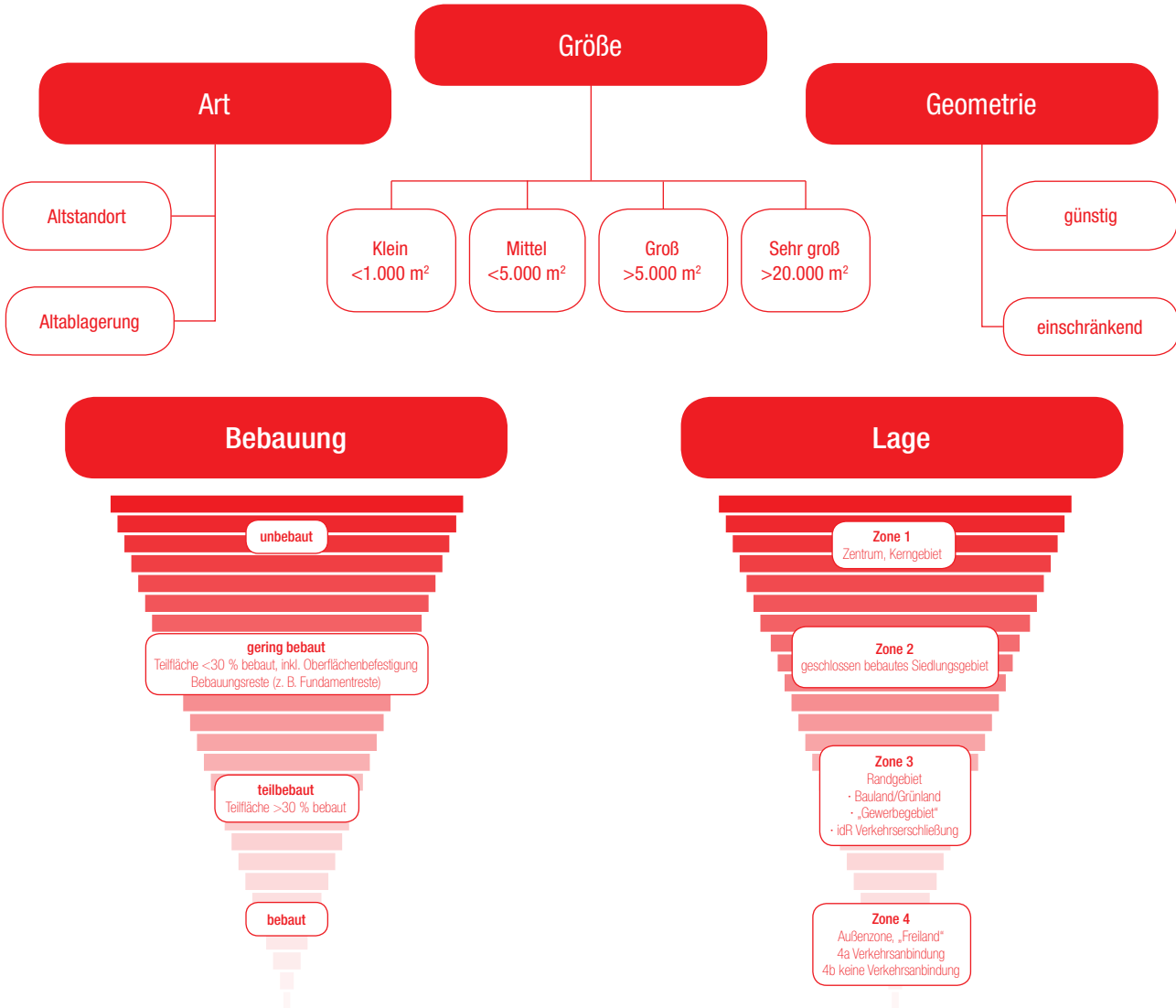
Der überwiegende Anteil der Industriebranchen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht oder nur in geringem Ausmaß kontaminiert, wird jedoch ohne Zuschüsse und Förderungen durch die öffentliche Hand nur schwer revitalisiert und wiedergenutzt werden können.

Im Jahr 2009 wurden mit dem „Leitbild Altlastenmanagement“ (BMLFUW, 2009) Visionen und Strategien für alle historisch kontaminierten Standorte entwickelt und in sechs Leitsätzen zusammengefasst. In Leitsatz 6 wird darin die Notwendigkeit zur „Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Nachnutzung und Wiedereingliederung kontaminierter Standorte in den Wirtschaftskreislauf“ betont.

Aktuell in Diskussion befindliche Entwürfe zur Weiterentwicklung des Altlastensanierungsgesetzes sehen daher vor, die Möglichkeiten zur Bereitstellung von Fördermitteln aus den Altlastenbeiträgen zu erweitern. Zur Vorbereitung einer entsprechenden Förderungsschiene wurde im Auftrag des BMLFUW im Jahr 2017 eine Bedarfs- und Machbarkeitsstudie erstellt. Dabei wurden Ziele und Zweck der Förderungsschiene wie folgt vorgeschlagen:

- » Beitrag der Altlastensanierung zur Reduktion des Flächenverbrauchs
- » Unterstützung der Wiedereingliederung von kontaminierten Flächen in den Wirtschaftskreislauf
- » Beitrag zur „Entstigmatisierung“
- » Anreiz zur Eigeninitiative

# Registrierte Flächen



- » Ermöglichung einer dem Standortpotenzial entsprechenden Nutzung
- » Finanzielle Förderung von kontaminationsbezogenen Maßnahmen

In einem ersten Schritt wurde die quantitative und qualitative Ausgangssituation verifiziert. Anhand von Test- und Modellregionen wurde die Größenordnung der Anzahl von Brachflächen abgeschätzt und diese bestimmten Kategorien nach den Kriterien Größe, Lage und Bebauung zugeordnet. Auf Basis dieser Ergebnisse erfolgte die Bedarfsanalyse für ein neues Förderinstrument auf Grundlage der Kriterien Flächenkategorie, Interessenten und Maßnahmenart. Für diese Abschätzung wurde eine Befragung von externen ExpertInnen bzw. PraktikerInnen aus relevanten Branchen der Immobilienentwicklung durchgeführt.

- Die wesentlichen Ergebnisse der Befragung können wie folgt zusammengefasst werden:
- » Es ist zu erwarten, dass die meisten Brachflächen mit Finanzierungsbedarf (Nachfrage nach dem Förderinstrument) teilbebaute Standorte in den Zonen 2 (geschlossen bebautes Siedlungsgebiet) und 3 (Randgebiet, „Gewerbegebiet“) sind. Demgegenüber ist die geringste Nachfrage für unbebaute Standorte in der Zone 4 (Außenzone, „Freiland“) zu erwarten.
  - » Es ist zu erwarten, dass ein neues Förderinstrument besonders für Flächengrößen von 5.000 m² bis 20.000 m² nachgefragt bzw. wirksam ist. Demgegenüber ist die geringste Nachfrage für Standorte unter 1.000 m² zu erwarten.
  - » Es ist zu erwarten, dass ein Bedarf nach dem Förderinstrument in erster Linie von ImmobilienentwicklerInnen, Unternehmen (Handel, Industrie, Dienstleistung) und Gebietskörperschaften bestehen wird.

nen, Unternehmen (Handel, Industrie, Dienstleistung) und Gebietskörperschaften bestehen wird.

- » Bezogen auf die Art der geförderten Maßnahmen ist zu erwarten, dass der höchste Bedarf zur Förderung für Beratungsmaßnahmen und Sanierungsmaßnahmen besteht.
- » Es ist zu erwarten, dass kontaminationsbezogene Maßnahmen eine finanzielle Größenordnung von mehr als 100.000 Euro betragen.
- » Es ist zu erwarten, dass ein Förderungsausmaß von 50 % für kontaminationsbezogene Maßnahmen einen ausreichenden Anreizeffekt auslöst.

Die ersten Kontakte bestätigten darüber hinaus, dass an einer Förderung zur Anstoßfinanzierung von Brachflächenprojekten großes Interesse besteht. Es wäre wesentlich, durch entsprechende Voraussetzungen neue Anreize zur Wiedernut-

zung von industriellen und gewerblichen Brachflächen zu schaffen. Es gilt, brachliegende Bau- und Betriebsflächen baureif zu machen und Marktkräfte zu wecken, um zur Verminderung des Bodenverbrauchs in Österreich beizutragen.

*Literaturhinweise:*  
Umweltbundesamt (2017) Flächeninanspruchnahme  
[http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp\\_flaecheninanspruchnahme/](http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/)  
BMLFUW (2009) Leitbild Altlastenmanagement, Wien; Österreich  
<https://www.bmlfuw.gv.at/greentec/abfall-ressourcen/altlastenmanagement/altlastenmanagement.html>  
BMLFUW (2008) (Bau)Land in Sicht, Wien; Österreich  
[http://doku.cac.at/bau\\_land\\_in\\_sicht.pdf](http://doku.cac.at/bau_land_in_sicht.pdf)  
CABERNET (2006) Sustainable Brownfield Regeneration: CABERNET Network Report. Nottingham; United Kingdom  
<http://www.palgo.org/files/CABERNET%20Network%20Report%202006.pdf>  
Umweltbundesamt (2004) Industrielle Brachflächen in Österreich – Wiedernutzungspotential, Studie des Umweltbundesamtes. Wien; Österreich.  
Österreichische Bundesregierung (2002) Die österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung, Wien; Österreich

**DAS STUFENLOS PROGRAMM VON LINDNER**

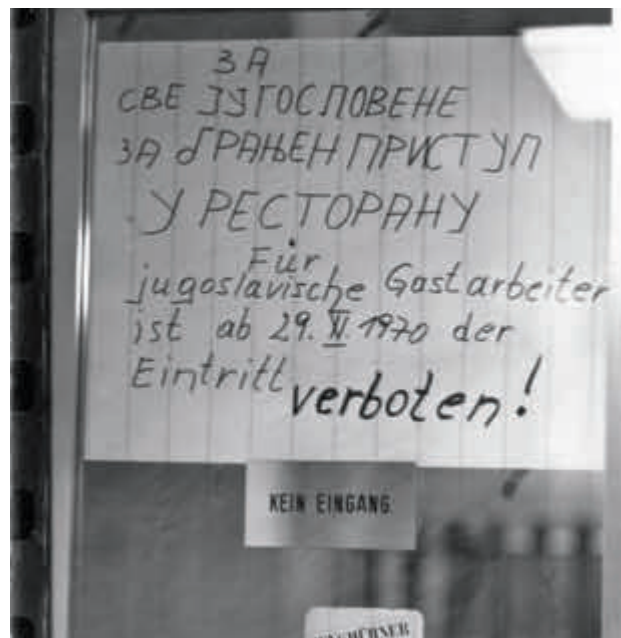
**3 JAHRE GARANTIE**

*\* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 90 & Unitrac 112 LDrive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie*

**TRAKTORENWERK LINDNER GMBH**  
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4  
6250 Kundl/Tirol  
[lindner-traktoren.at](http://lindner-traktoren.at)

**Lindner**  
Der Beste am Berg

Lokalverbot für jugoslawische Migrant\_innen, 1970. Schenkung des Dachverbandes für serbische Vereine in Wien, 2015



Peter Mijatović (links) mit Kollegen auf einer Baustelle in Wien, um 1969. Schenkung von Niko und Zorica Mijatović, 2016

Ausstellung im Wien Museum

## Zwischen Prekariat und Hoffnung

Ohne die sogenannten Gastarbeiter hätte die österreichische Wirtschaft ab den 60er-Jahren ein massives Problem gehabt. Eine Ausstellung im Wien Museum beleuchtet das Thema nun aus der Perspektive der Arbeitsmigrant\_innen.

Vida Bakondy

Die Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei hat Österreich seit den 1960er-Jahren entscheidend geprägt und verändert. Mit den damaligen Anwerbeabkommen sollte es heimischen Unternehmen ermöglicht werden, den akuten Arbeitskräftemangel kurzfristig auszugleichen. Viele Migrant\_innen kamen ihrerseits mit der Vorstellung, eine Weile in Österreich zu arbeiten, um sich später mit dem angesparten Geld eine bessere Existenz in ihrem Heimatland zu ermöglichen. Doch die Idee einer zeitlichen Befristung erwies sich in vielen Fällen als unrealistisch. Familienmitglieder zogen nach, Vereine wurden ins Leben gerufen, Geschäfte und Unternehmen von Migrant\_innen gegründet – und die geplante Rückkehr auf später verschoben. Das Interesse für diese Geschichte und für die Erfahrungen und Erinnerungen ihrer Protagonist\_innen blieb jedoch bis vor einigen Jahren eine seltene Ausnahme.

Auf Basis von Objekten und Materialien, die im Zuge des Projektes „Migration Sammeln“ 2015/16 für das Wien Museum gesammelt wurden, eröffnet die Ausstellung „Geteilte Geschichte. Viyana – Beč – Wien“ im Wien Museum Einblicke in den Alltag der Menschen, sei es am Arbeitsplatz, in

der Schule oder in der Freizeit. Mit persönlichen Erinnerungen untrennbar verknüpft, erzählen oftmals profane Alltagsdinge die unterschiedlichsten Geschichten, Erfahrungen und Erlebnisse.

Arbeitsbestätigungen, private Fotografien und Gebrauchsgegenstände erinnern dabei etwa an den ersten Arbeitsplatz in Österreich. Nicht immer erzählen sie Erfolgsgeschichten, sondern auch von Diskriminierung und Ausschluss, schließlich hatten Arbeitsmigrant\_innen keinen gleichberechtigten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Ganz abgesehen davon, dass es die unqualifizierten Jobs waren, die sie übernehmen mussten – egal, welche eigene berufliche Ausbildung sie in ihren Herkunftsländern absolviert hatten. Als temporäre Arbeitskräfte und gesetzlich gestützt durch das geltende „Inländerprimat“ am österreichischen Arbeitsmarkt konnten sie in Zeiten wirtschaftlicher Rezession leicht wieder ihren Job verlieren, weshalb sich manche mit einem Lokal oder Geschäft selbstständig machten.

Ein Kapitel der Ausstellung beschäftigt sich daher auch mit der entscheidenden Bedeutung, als Migrant\_in im Besitz der richtigen „Papiere“ zu sein. Die migrationspolitische Regulie-

rung des Zugangs zum österreichischen Arbeitsmarkt schlug sich in einer Vielzahl von Formularen, Ausweisen und sonstigen behördlichen Schriftstücken nieder. Dass viele Migrant\_innen diese Dokumente bis heute aufbewahrt haben, verweist auf deren große Bedeutung für ihr Leben. Das korrekte Ausfüllen von Anträgen stellte oft eine große Herausforderung dar, weshalb man zunächst informell Selbsthilfe organisierte, ehe ab den 1970er-Jahren auch von behördlicher Seite Informationen in der Erstsprache und weitere Unterstützung angeboten wurden. Auch die Industriellenvereinigung reagierte auf die steigende Anzahl an ausländischen Mitarbeiter\_innen und auf den damit verbundenen Bedarf an Informationen in der Erstsprache, etwa im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts. Ab 1970 produzierte sie die Zeitung Naš List (Unser Blatt) für jugoslawische Migrant\_innen. Unternehmen konnten Naš List kostenlos für ihre Beschäftigten bestellen. Neben arbeits- und sozialrechtlichen Informationen brachte die Zeitung aber auch Berichte aus dem Alltag und der Freizeit von Migrant\_innen. Firmen und Banken nutzten ebenfalls Naš List und schalteten Werbungen, um Migrant\_innen als Kundschaft anzusprechen.

Während Deutschkenntnisse aus dem aktuellen Migrationsdiskurs nicht mehr wegzudenken sind und als der Schlüssel zur Integration in die Gesellschaft gesehen werden, waren Deutschkenntnisse in den 1960er- und 1970er-Jahren keine Voraussetzung, um in Österreich zu arbeiten und zu leben. „Etwas deutschsprachig, aber nicht Bedingung“: So formulierte eine österreichische Firma in den 1960er-Jahren ihr Anforderungsprofil an ausländische Arbeitskräfte. Gewünscht waren vielmehr junge und fleißige Arbeitskräfte. Dementsprechend rar waren Deutschkurseangebote, der Spracherwerb fußte in den Anfangsjahren vor allem auf der Eigeninitiative von Migrant\_innen. Oft schlüpfen Kinder in die Rolle der Dolmetscher\_innen und übersetzten bei Ämtern und Behörden für ihre Eltern. Wegen mangelnder Deutschkenntnisse beim Schuleintritt erlebten viele Kinder selbst Diskriminierung – etwa durch eine Zuweisung in eine Sonderschule. Ein wichtiges Thema in der Ausstellung sind die prekären Wohnverhältnisse, besonders in den Anfangszeiten. Substandardwohnungen mit Klo und Wasser am Gang, überbelegte Mietwohnungen und fehlende Privatsphäre aufgrund von Überbelegung in Firmenquartieren sowie Diskriminierungen bei der Wohnungssuche waren häufig. Ohne österreichische Staatsbürgerschaft blieb der Zugang zum Gemeindebau jahrzehntelang verwehrt. Der Beruf der Hausbesorger\_innen bot eine Möglichkeit, eine Dienstwohnung zu beziehen und noch schlechteren Wohnverhältnissen zu entkommen. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz von 1975 setzte für die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung das Vorhandensein einer „ortsüblichen Unterkunft“ voraus. Zunächst als Schutzmaßnahme

für Migrant\_innen gedacht, konnte die Regelung auch negative Folgen haben. So begründeten Behörden die Ablehnung von Aufenthaltsbewilligungen und Familiennachzug u. a. mit dem Fehlen einer „für Inländer ortsüblichen Unterkunft“. Heute erinnern vielfach nur Fotos an die erste Bleibe.

Die in der Ausstellung gezeigten Objekte und Materialien verweisen schließlich darauf, dass Migrant\_innen und migrantische Vereine schon sehr früh begannen, ihre eigene Geschichte hier in Österreich zu dokumentieren und für die Zukunft festzuhalten. Unzählige Fotografien, Dokumente, Publikationen und Ausstellungen zeugen von dem Bewusstsein um die Bedeutung der Dokumentation der eigenen Geschichte – einer Geschichte, die vom Kampf um gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft geprägt ist. Ohne diese Initiativen zur Selbstdokumentation wäre die Geschichtsschreibung über die Arbeitsmigration nach Österreich nur sehr eingeschränkt möglich. Sie stellen eine wichtige Ergänzung zur Sammlungspolitik kommunaler und nationaler Archive und Museen dar, die diese Geschichte jahrzehntelang kaum berücksichtigt haben. ■



Vida Bakondy ist Historikerin mit Forschungsschwerpunkt Migration und hat – gemeinsam mit Gerhard Milchram – die Ausstellung „Geteilte Geschichte. Viyana – Beč – Wien“ kuratiert, die noch bis 11. Februar im Wien Museum zu sehen ist. [www.wienmuseum.at](http://www.wienmuseum.at)

Nachbericht zum 5. Österreichischen Stadtregionstag

## Eine Stadtregion mit Charme!

Osttirol ist aus der Ferne für manche „Provinz“, einige betitelten es sogar schon mal als „Reservat“. All jene aber, die sich am diesjährigen 5. Stadtregionstag auf den Weg gemacht haben, um Lienz und den Zukunftsraum Lienzer Talboden aus der Nähe zu begutachten, waren zumindest positiv überrascht – viele sogar „restlos begeistert“ von dieser blühenden Region. Das lebendige Stadtleben, die sichtbaren Projekterfolge und die gelebte Stadt-Umland-Kooperation ließen viele aus Ost-, Nord- und Westösterreich angereiste PolitikerInnen und ExpertInnen darüber staunen, „was da alles geht“.

DI<sup>in</sup> Melanie Dobernigg-Lutz, Österreichischer Städtebund

Von 18.–20. Oktober dieses Jahres konnten sich die „Rest-ÖsterreicherInnen“ ein von der Sonne gut ausgeleuchtetes Bild davon machen, was in der mit dem Gemeindekooperationspreis 2017 (GEKO) ausgezeichneten Region geleistet wird, wie hoch die Lebensqualität ist und wie rege das Wirtschaftsleben. Der diesjährige Stadtregionstag begann mit einem Vernetzungstreffen mit der ÖREK-Partnerschaft „Strategien für Regionen mit Bevölkerungsrückgang“, die sich intensiv mit Lösungen für Räume, die Bevölkerung verlieren, auseinandersetzt. Diese traf sich ebenfalls in Lienz, um sich in einer Dialogveranstaltung über das, was ist – aber vor allem über das, was werden kann – auszutauschen. Michael Hohenwarter, Geschäftsführer des Regionsmanagements Osttirol (RMO), zog als Fazit aus der Diskussion: „Wir müssen den Fokus verändern. Zum Beispiel nicht, was können wir gegen Abwanderung, sondern für Zuwanderung tun.“

„Wir müssen jungen Frauen und wissensbasierten bzw. technologieorientierten Firmen und Arbeitnehmerinnen und -nehmern den roten Teppich ausrollen“, bestätigte auch RMO-Obmann und Bürgermeister von Virgen Dietmar Ruggenthaler. Aus den Analysen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) ging weiters hervor, wie wichtig funktionierende regionale Zentren und deren Kooperation mit dem Umland sind. Beim abendlichen Vernetzungstreffen tauschten sich schließlich die VertreterInnen der Gemeinden aus den Tallagen mit der Stadtregion und weiteren ExpertInnen aus. Die Diskussion war so kontroversiell wie erwartet – aber auch konstruktiv und offen.

### Stadtregion als Impulsraum für Region

„Stadtumlandkooperationen sind Impulsräume für die ganze Region“, betonte die Landtagsabgeordnete und Lienzer Bürgermeisterin Elisabeth Blanik. „Dadurch werden innovative Reize gesetzt, Infrastrukturen bereitgestellt und Arbeitsplätze

geschaffen, wodurch wir wettbewerbsfähiger werden.“ Auch Markus Hopfner, BMLFUW, hielt das Vernetzungstreffen für eine gute Initiative und verwies auf die Handlungsfelder im aktuellen Österreichischen Raumentwicklungskonzept (ÖREK), denen hier nachgekommen wird: Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten und die Stärkung der Kooperationen zwischen Stadt und Land.

Generalsekretär Dr. Thomas Weninger, Österreichischer Städtebund, bestätigte, dass es nicht darum gehen kann, weiter einen Gegensatz „Stadt – Land“ zu beschwören, sondern um ein Miteinander. Er sieht den ländlichen Raum als Lunge, die Städte erfüllen die Herzfunktion und manchmal suchen wir alle noch ein bisschen, wo wir das gemeinsame Gehirn finden, lautete sein humoriger Ansatz. Daher ist jeglicher Austausch die beste Gelegenheit, Lösungen für den Lebensalltag der Menschen in den Regionen zu finden, unter anderem für die Mobilität, die für ihn auch die Kommunikationsmobilität und damit den Breitbandausbau einschließt. Landtagsabgeordneter Hermann Kuenz, Land Tirol, berichtete, dass in den Regionen mit Abwanderungstendenzen ein Aufwachen zu spüren ist und das Land sich bemüht, diese Entwicklungen zu unterstützen. Dabei versucht man auch intensiv, Gemeinde- und regionale Kooperationen zu forcieren.

Dass Kooperation kein leichtes Unterfangen ist, darauf verwies Bürgermeister Ruggenthaler: „Es ist ein offener Prozess, in dem viel Bewegung und Leben steckt. Es braucht engagierte Personen wie Oskar Januschke, der immer hinter den Projekten steht und Lienz zu einer Perle entwickelt hat.“ Dennoch bleiben die Wechselbeziehungen eine Herausforderung ebenso wie das Thema „Verantwortung/Eigenverantwortung“. Er bedauert in diesem Zusammenhang außerdem, dass der Österreichische Städtebund vom Ministerium nicht in die Arbeiten am Masterplan Ländlicher Raum einbezogen wurde. Über ein weiteres Kooperationsprojekt berichtete der Obmann des Zukunftsraums Lienzer Talboden, Bürgermeister

Josef Mair. Man ist gerade dabei, ein gemeinsames Gewerbegebiet in Genossenschaftsform zusammenzuführen und sich in Zukunft die Kommunalsteuereinnahmen zu teilen. Bürgermeisterin Blanik betonte in diesem Zusammenhang die enge Zusammenarbeit mit Südtirol und das Miteinander des alten europäischen Wirtschaftsraums, auf das man sich hier wieder besonnen hat, um gemeinsam stärker agieren zu können. Auch Georg Schadt vom Bundeskanzleramt unterstrich die Bedeutung der Kooperation über die Grenzen hinweg. Dieses Thema ist auch für die Kohäsionspolitik nach 2020 gesetzt.

Die anschließende Publikumsdiskussion drehte sich besonders stark um das Thema Frauen und damit auch um den Ausbau der Kinderbetreuung. Final war man sich einig, dass Kooperation für alle Beteiligten sehr fordernd ist und es daher nie zu wenig Unterstützung von Landes- und Bundesseite geben kann, um unter anderem die Koordinationsfunktion, also den „Kümmerer“, stabil zu finanzieren. Es bedarf der Bemühungen vieler, einen Raum bunter, vielfältiger und offener zu machen und ihm damit Charisma zu verleihen, das Menschen anzieht. Der Region rund um Lienz wurde zum Abschluss der Diskussion dieses Charisma jedenfalls mehr als bestätigt und das Gehörte anschließend bei einem Empfang im Rathaus eingehend nachbesprochen.

### Eröffnung Stadtregionstag

In seiner Begrüßung analysierte Georg Schadt als Vertreter des Bundeskanzleramts, was man bisher – auch auf EU-Ebene – erreicht habe: Unter anderem wurden die Interessen von Klein- und Mittelstadtregionen auf EU-Ebene verankert. Mit der Umsetzung der Roadmap für österreichische Stadtregionen müssen diese zukünftig aber auch in der nationalen Politik sichtbar werden. Gemeinsam mit Generalsekretär Weninger stellte er die neu eingerichtete „Nationale Plattform für Europäische Stadt- und Stadtregionsentwicklung“ vor, über die die Interessen der Städte an das BKA und damit in die Europäische Diskussion übermittelt werden können (mehr dazu unter [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)).

Anschließend vermittelte Prof. Dr. Gerald Mathis vom ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung in Dornbirn in seinem viel gelobten Eröffnungsvortrag neue Sichtweisen auf das Gelingen oder Scheitern interkommunaler Kooperationen. Sein spannender Ansatz, den er auch an seinem Institut erforscht, schließt die psychosoziale Dimension mit ein. Jede Gemeinde hat eigene Wert- und Denkhaltungen kultiviert, funktioniert nach eigenen Regeln. In einem gut geführten Kooperationsanbahnungsprozess, mit viel Zeit und Geduld ist es möglich, den gemeinsamen Nutzen zu erkennen und eventuelle (Kommunikations-)Hürden aus dem Weg zu räumen. Es ist dies ein gemeinsamer Sozialisie-



Bild 1: Podiumsgäste v. l. n. r.: Bürgermeister Ing. Dietmar Ruggenthaler, Virgen, RMO-Obmann, Dr. Thomas Weninger, MLS, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, LA DI Hermann Kuenz, Land Tirol, Mag. Georg Schadt, Bundeskanzleramt, DI Markus Hopfner, BMLFUW, und LA Bürgermeisterin DI<sup>in</sup> Elisabeth Blanik, Stadt Lienz

Bild 2: Das Team „Lienz“: Jasmina Steiner, MA, und Thomas Wimmer, Planungsverband 36, Karl Notdurfter, Mag. (FH) Mag. Oskar Januschke, Standortmarketing Lienz, Dr. Martin Kofler, TAP, und LA Bgm.<sup>in</sup> Blanik

rungsprozess, der von einem Fachmann begleitet werden muss. Wenn es oft trotz Bemühungen nicht funktioniert, können dahinter historische Verletzungen stecken. Diese sind den heute handelnden AkteurInnen vielleicht gar nicht mehr geläufig – aber dennoch im kollektiven Gedächtnis gespeichert. Die Lösung liegt in der Rehabilitation: Verletzungen müssen ausgegraben, akzeptiert und aufgearbeitet werden – erst dann kann die Kooperation gelingen.

### Blitzlichter auf die Zusammenarbeit

Dass das „Zusammenkommen und Zusammenbleiben“ nicht immer einfach ist, wie es aber gelingen kann, war auch



Bild 3: Mit Prof. Mathis diskutierten Mag. Christian Berger (BAUM), Dr. Bernd Gassler, GF Regionalmanagement Steirischer Zentralraum, Bernhard Müller, BA, MPA, Generalsekretär Urban Forum, und Dr. Wolfgang Pichler, Stadtplanung, Stadt Wels.

Bild 4: V. l. n. r.: Mag. Andreas Niederl, Joanneum Research, Dr.<sup>in</sup> Bibiane Puhl, ROW, Rainhard Lobenwein, WK, LA Bgm.<sup>in</sup> Elisabeth Blanik, Lienz, und Armin Erger, AK

Thema der anschließenden Diskussionsrunde. Stadtplaner Dr. Wolfgang Pichler berichtete als Vertreter der Stadt Wels von den bisherigen Erfahrungen mit dem IWB/EFRE-Programm zur stadtreionalen Kooperation. Im oberösterreichischen Zentralraum gibt es zwar schon seit Längerem Kooperationen, der Gedanke wurde 2016 aber neu aufgegriffen und soll für die Stadt und acht Umlandgemeinden vor allem zu einer Abstimmung bei der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung an den Gemeinderändern führen. Die Fertigstellung der regionalen Strategie ist für Herbst 2018 vorgesehen. Zur selben Zeit wird auch der 6. Österreichische Stadtregionstag in Wels abgehalten werden.

Weitere spannende Berichte erfolgten aus der Region Niederösterreich-Bratislava-Umland durch Mag. Christian Berger,

Bratislava Umland Management (BAUM), sowie von Dr. Bernd Gassler aus der ersten österreichischen Stadtregion, die institutionalisiert wurde, nämlich Graz-Umgebung. Während man sich in der Steiermark über eine gute Unterstützung vom Land, eine relativ gesicherte Finanzierung (zukünftig sollen 3,5 Millionen an Bedarfszuweisungen in die Stadtregion fließen) und die Aussicht auf ein Regionalentwicklungsgesetz freuen kann, ist die Situation andernorts nicht ganz so rosig. Im Osten ist aufgrund der großen Verstrickungen zwischen Bratislava und den niederösterreichischen Gemeinden, die durch die Nachbarschaft und die guten sozialen Infrastrukturen bereits bis zu 30 % Bevölkerungsanteil an SlowakInnen aufweisen, ein Nicht-Kooperieren undenkbar – die Finanzierung des Kooperationsmanagements aber nicht langfristig gesichert und es sind noch nicht alle relevanten AkteurInnen an Board.

Bernhard Müller, Generalsekretär des Urban Forums, trat dafür ein, dass der Gegensatz „Groß – Klein“ endlich aufgebrochen werden muss, um bei Kooperationen die Angst vor dem Identitätsverlust abzubauen. Denn wenn die identitätsstiftenden Merkmale erhalten bleiben, ist die Bevölkerung offen für Kooperation, wie Umfragen beweisen. Ein mögliches Modell, die Gebietsgemeinde, ist derzeit „totes Recht“, könnte aber relativ rasch und sinnvoll wiederbelebt werden.

### Smart Specialisation

Mag. Andreas Niederl, Joanneum Research, führte in seinem spannenden Impulsvortrag die ZuhörerInnen in den Themenbereich „Die Stadtregion als Wirtschafts-, Arbeits- und Ausbildungsplatz im Zeitalter von Digitalisierung und Smart Specialisation“ ein. Mit Smart Specialisation ist eine intelligente Spezialisierung dort gemeint, wo Potenziale und Ressourcen vorhanden sind. Aufgrund der sich wandelnden Rahmenbedingungen sind Regionen gezwungen, sich zu spezialisieren, es braucht aber entsprechende Voraussetzungen in der Region. Welche Auswirkungen dies auf Wirtschaft und Arbeitsplätze hat, ist derzeit noch nicht abzusehen, in Österreich könnten aber bereits 10 % aller Tätigkeiten ersetzt werden. Gleichzeitig entstehen neue Tätigkeiten, die zum Teil noch nicht sichtbar sind bzw. können Tätigkeiten substituiert werden (insbesondere Routinetätigkeiten) – aber oftmals nicht ganze Arbeitsplätze. Stadtregionen profitieren im Bereich Produktion und wissensintensive Dienstleistungen (je nach Spezialisierung der Region) sowie bei personenbezogenen Dienstleistungen.

In der folgenden Diskussion mit VertreterInnen von Arbeiterkammer (AK), Wirtschaftskammer (WK) und aus Stadtregionen berichtete Armin Erger (AK), dass zwar die Digitalisierung nicht nur Jobverlust bringt wie anfangs befürchtet, ein Trend in Richtung Schwächung der Nachfrage nach

menschlicher Arbeitskraft aber spürbar ist. Die Beschäftigung ist in Tirol zwar um 7 % gestiegen, die Arbeitsleistung (Stundenzahl) jedoch nur um 1 %. Zudem entstehen neue Jobs im technischen Umfeld, für die viele Frauen erst begeistert werden müssen. Rainhard Lobenwein (WK) wies darauf hin, dass auch viele Betriebe erst sensibilisiert und umfassend informiert werden müssen. Dazu bedarf es entsprechender Förderprogramme, um mutige, innovative Schritte in die Zukunft zu gehen und auch einmal scheitern zu können.

LA Bgm.<sup>in</sup> Blanik unterstrich den Bedarf an Ausbildungsmöglichkeiten – insbesondere auf die regionale Spezialisierung zugeschnittene, wie z. B. der Mechatronik-Campus in Lienz einer ist. Auch die Region Obersteiermark West hat einen Breitband-Masterplan für ihre 34 Gemeinden entwickelt. Dr.<sup>in</sup> Bibiane Puhl, Geschäftsführerin des Regionalmanagements Obersteiermark West (ROW), berichtete außerdem vom gemeinsamen Entwicklungsleitbild der Region und dem Wirtschaftsnetzwerk „Kraft. Das Murtal“. Die von ihr vertretene Region braucht vor allem eine Arbeitsplatzhaltung – nicht nur Neuschaffung.

### Mobilität und Smart Region

Aus den beiden Themenbereichen Mobilität und Smart Region wurden Projektberichte eingebracht: Das Regionalmanagement Steirischer Zentralraum präsentierte „GUST-mobil – das bedarfsorientierte Anruf-Sammel-Taxi“ und eine regionale Analyse zu multimodalen Knotenpunkten. Über die Pilotinitiativen der Smart Region Villach berichteten Mag.<sup>a</sup> Irene Primosch, Geschäftsführerin der Stadt-Umland Regional Kooperation Villach und LAG-Managerin, und DI<sup>in</sup> Barbara Lepuschitz, RMA-Ressourcen Management Agentur Villach.

### Exkursion in die Stadtregion

Am Nachmittag wurden in zwei Bussen an drei Stationen die folgenden Projekte und Initiativen im Zukunftsraum Lienz Talboden angefahren: Linieninfrastrukturen (Mobilitätszentrum und Glasfasernetz) & Kultur in der Stadtregion, Wirtschaft (INNOS GmbH) & Bildung (Technik Campus Lienz) im Stadtregionsraum sowie die Sicherung von Pflege & Fürsorge mittels interkommunaler Kooperation. Detailinformationen zu den Mobilen Workshops erfahren Sie unter [www.stadtregionen.at](http://www.stadtregionen.at).

### Stadtregionale Kooperation über Grenzen

Den Abschluss des Stadtregionstages bildete diesmal ein Ausflug nach Bruneck in Südtirol. Dort berichteten Bürgermeister Roland Griessmann und Landtagsabgeordneter Christian Tschurtschenthaller gemeinsam mit Standortmanager Oskar



Bild 5: Dr. Bernd Gassler, Geschäftsführung, und Anna Reichenberger, MSc, Projektmanagement beim Regionalmanagement Steirischer Zentralraum

Bild 6: Barbara Lepuschitz, Irene Primosch und Moderator FH-Prof. Dr. Benedikt Speer

Januschke von der strategischen Zusammenarbeit der beiden Stadtregionen und den gemeinsamen Projekterfolgen. Der Zukunftsraum Lienz Talboden überzeugte als Region mit Charisma, guten Ideen und engagierten Menschen mit Charme. Dieser Charme hat sich auch auf die Stadtregion übertragen: Einige der Gäste liebäugelten am Ende des Tages mit einem Häuschen oder einem zukünftigen Alterssitz in der anmutigen Talsohle.

Zum Auftakt des Stadtregionstags waren die TeilnehmerInnen zu einem Stadtpaziergang unter dem Titel „Urban Governance-Modell ‚Innenstadt Lienz‘ – Kooperative Quartiersentwicklungs- & Managementprozesse“ eingeladen. Weitere Informationen dazu, Fotos und die Abschlusspräsentation von Mag. (FH) Mag. Oskar Januschke finden Sie unter <https://www.staedtebund.gv.at/ausschuesse/wissensnetzwerk-innenstadt/tagungen/>.



EXPO REAL München 2017: Innovative Urbanization

## Vorzeigeprojekte in Österreichs Städten erobern die EXPO REAL

Zum nunmehr 3. Mal in Folge war der Österreichische Städtebund Aussteller auf der größten Immobilienmesse Europas, der EXPO REAL in München. Und wie jedes Jahr standen dabei auch diesmal Mitgliedsstädte und zukunftsweisende urbane Projekte im Mittelpunkt des Auftritts „Innovative Cities : Made in Austria“. Politik und ExpertInnen aus Salzburg, Villach und von „Stadt der Zukunft“ präsentierten innovative Strategien und Projekte aus unterschiedlichen Bereichen der Stadtentwicklung.

DI<sup>in</sup> Melanie Dobernigg-Lutz, Österreichischer Städtebund

Seit 2015 initiiert der Österreichische Städtebund regelmäßige Besuche auf der internationalen Immobilienmesse EXPO REAL in München, Europas größter B2B-Fachmesse für Immobilien und Investitionen. Alles begann 2015 als Aussteller am Stand „Europa Mitte“, wo in Kooperation mit dem Klima- und Energiefonds österreichi-

sche Smart Cities vorgestellt wurden. Aufgrund der hohen Ausstellungskosten entschied man sich vergangenes Jahr zur Organisation eines Expo-Besuches durch eine Delegation von StädtevertreterInnen, der ebenfalls erfreulich positiv verlief. Im Frühling 2017 erfolgte überraschend die Einladung, im Rahmen des Forums „Innovative Urbanization“ einen



Das „Team Stadt Salzburg“ vor den ausgestellten erfolgreichen Smart-City-Projekten der Stadt. V. l. n. r.: Rafetseder, Brunner, Huemer, Schrank, Schmidbaur

eigenen Bereich zu gestalten. Dort, wo in den vergangenen Jahren Metropolen wie Berlin und Barcelona ihre international beachteten Stadtentwicklungsprojekte präsentiert hatten, erhielten dieses Jahr Salzburg und Villach die Möglichkeit, eine Ausstellung zu gestalten. Und über das Programm „Stadt der Zukunft“ waren auch andere österreichische Städte präsent, deren Projekte von ExpertInnen der ÖGUT (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik) und der FFG (Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft) vorgestellt wurden. Und diese konnten sich wiederum über reges Interesse an ihren Projekten und Potenzialen freuen: Im Verlauf der drei Tage war die Frequenz am Stand Intelligent Urbanization erfreulich hoch – sowohl die Ausstellung als auch die unterschiedlichen Fachdiskussionen waren gut besucht.

### Smart City Salzburg

Die Stadt Salzburg präsentierte im Rahmen der Ausstellung ihre Smart-City-Initiative sowie die Wissensstadt. Die „provokante“ Frage eines Journalisten „Was macht ein Smart-City-Koordinator und was habe ich als Bürger davon?“ hat die Stadt dazu bewogen, klare Antworten darauf zu formulieren und das Umsetzungsprogramm entsprechend anzupassen. Mittels „Scrolly Telling“ und QR-Codes wies auch die Ausstellung smarte und benutzerInnenfreundliche Elemente auf, die umfassenden Einblick in die Mobilitäts-, Energiespar- und bewusstseins-schaffenden Projekte und Initiativen vermittelte. Der Stadtteil Itzling mit dem Techno-Z und dem neuen Forschungszentrum der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität wächst zur Science:City heran und ist auch Entwicklungsschwerpunkt der Smart City Salzburg mit den Projekten Smart Itz Goes und Itz Smart.

Salzburg nahm an den Podiumsdiskussionen „Zukunftsperspektiven der Stadtplanung – Transformation“ (Rauchmühle und Riedenburg-Areal) sowie „Einfluss der Mobilität auf die Stadt von morgen“ teil. Als ReferentInnen in München mit dabei waren Salzburgs Baudirektor Alexander Schrank (Bauwesen, Ressort Stadtrat Unterkofler), Abteilungsvorstand An-



V. l. n. r.: Mag. Marcus Wild (CEO SES Spar European Shopping Centers GmbH), Stadtbaurätin Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Merk (Landeshauptstadt München), 1. VzBgm.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Petra Oberrauner (Stadt Villach), Mag. Gerhard Rodler (Immobilienmagazin; epmedia Werbeagentur GmbH), Generalsekretär Dr. Thomas Weninger (Österreichischer Städtebund)

dreas Schmidbaur (Raumplanung und Baubehörde, Ressort Stadtrat Johann Padutsch), Smart-City-Koordinator Franz Huemer, Julia Rafetseder (Wirtschaft, Beteiligungen und Grundstücke, Ressort Bürgermeister-Stellvertreterin Anja Hagenauer) sowie Irina Brunner (Hochbau, Ressort Stadtrat Unterkofler).

„Die Stadt Salzburg präsentiert hier ressortübergreifend die wichtigsten Ideen, Maßnahmen, Projekte und Ziele der Smart City Salzburg sowie der Wissensstadt/Science City Itzling. Wir zeigen und erläutern Salzburgs smarte Seiten mit einer gelungenen Ausstellung sowie auf dem Podium bei einigen der insgesamt 100 Konferenzen und Gesprächsrunden“, freute sich die für die Smart-City-Koordination zuständige Baustadträtin Barbara Unterkofler über diese sehr wirksame Öffentlichkeitsarbeit der E5-Gemeinde.

Nähere Infos zur Smart City Salzburg – kompakt als Scrolly Telling auf <http://stadtsalzburg.pageflow.io/smartcity> auf [www.smartcitysalzburg.at](http://www.smartcitysalzburg.at) bzw. [https://www.stadt-salzburg.at/internet/websites/smartcity\\_english.htm](https://www.stadt-salzburg.at/internet/websites/smartcity_english.htm).

### Innovative Kraftpakete aus Villach

Auch die Stadt Villach reiste mit spannenden Projekten zur Immobilienmesse. Die Smart-City-Projekte sowie die Initiativen rund um die „Science City Villach“, eine Standortpolitik, die Wissenschaft, Forschung und Unternehmen zusammenbringt, präsentierte Energiekoordinatorin Ursula Lackner. In Villach entwickeln Forschungs- und Bildungseinrichtungen wie CTR und die FH Villach sowie Weltmarktführer wie Infineon Produkte, die sowohl in Villach als auch weltweit einen „smarten“ Ansatz der Stadtentwicklung unterstützen. Aufgrund der zahlreichen Aktivitäten konnte Villach sich auch als eine von nur drei österreichischen Städten für die Initiative des bmvit „Silicon Austria“ behaupten, bei der Forschungszentren für Mikroelektronik angesiedelt werden. Aber auch die BürgerInnen werden aktiv in die Smart-City-Initiative miteinbezogen. Und auch für die Innenstadt hat Villach



V. l. n. r.: Mag. Marcus Wild (CEO SES Spar European Shopping Centers GmbH), 1. VzBgm.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Petra Oberrauner (Stadt Villach), Mag. Gerhard Rodler (Immobilienmagazin; epmedia Werbeagentur GmbH), Stadtbaurätin Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Merk (Landeshauptstadt München), Generalsekretär Dr. Thomas Weninger (Österreichischer Städtebund)

smarte Lösungen parat: Wirtschaftsreferentin und Vizebürgermeisterin Dr.<sup>in</sup> Petra Oberrauner berichtete über die zahlreichen Maßnahmen, mit denen Villach für die Renaissance der Altstadt kämpft – und Erfolg hat: „Wir haben mit einem Widmungsstopp die Ansiedelung von Altstadt-relevanten Unternehmen an der Peripherie hintangehalten. Andere Städte machen es uns bereits nach.“

Intelligente und kreative Fördermöglichkeiten, möglichst flache bürokratische Schwellen bei Aktivitäten der Betriebe, die Einbeziehung der BürgerInnen bei der Erarbeitung eines Leitbildes für die Altstadt wären nur einige Impulse, die in Villach bereits Wirkung zeigen. Auch die Attraktivierung der Altstadt als moderner Wohn- und Lebensraum soll in Villach zusätzliche Wertschöpfung bringen. „Mit potenziellen Kooperationspartnern für die Weiterentwicklung unserer Stadt führen wir laufend Gespräche“, so Oberrauner und würdigt die EXPO REAL dafür als wichtige internationale Plattform. Sie diskutierte dort gemeinsam mit Generalsekretär Dr. Thomas Weninger vom Österreichischen Städtebund, Stadtbaurätin Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Merk aus der Stadt München sowie Mag. Marcus Wild, Vorsitzender der Geschäftsführung

#### Zur Messe EXPO REAL

Die internationale Immobilienmesse EXPO REAL in München ist Europas größte B2B-Fachmesse für Immobilien und Investitionen. Auf 64.000 Quadratmetern informieren sich potenzielle GeschäftspartnerInnen für den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie. 1.768 AusstellerInnen und 39.101 TeilnehmerInnen aus 30 Nationen finden hier beste Bedingungen für effizientes Networking.

Die Grundidee des INTELLIGENT URBANIZATION FORUMS auf der EXPO REAL ist es, von anderen Städten und ihren Ideen, Konzepten und Erfahrungen zu lernen. Aktuelle Stadtentwicklungsprojekte werden in einer Ausstellung vorgestellt, dazu gibt es Führungen und Vorträge.



Ausstellungspräsentation „Smart City“: Julia Rafetseder und Irina Brunner (Salzburg), Ursula Lackner aus Villach, Hannes Warmuth (ÖGUT) und Robert Schwertner (FFG); Moderation Guido Dernbauer, ÖStB

von SES Spar European Shopping Centers GmbH, über „Neue Handels(spiel)räume in urbanen Zentren“.

„Europa befindet sich in einem großen Veränderungsprozess und schafft damit neue Bedürfnisse, Anforderungen und Herausforderungen an Mobilität, Raumordnung, Konsumentenverhalten und damit auch an den Handel. Die neue Generation der Shoppingcenter, die SES entwickelt hat, gibt darauf eine Antwort – Urbanität und Multifunktionalität stehen im Fokus“, erläuterte Marcus Wild. Er wünscht sich von den Städten, den Handel frühzeitiger in Planungen einzubeziehen und verweist dabei auf gute Beziehungen zu München, aber auch auf das Joint Venture mit der Stadt Wien für die Konzeption, Realisierung und den laufenden Betrieb einer „gemanagten Einkaufsstraße“ in der Seestadt Aspern. Dabei werden die für Handel, Gastronomie und Dienstleistung vorgesehenen Erdgeschoßflächen in der Haupteinkaufsstraße nach einem definierten Branchenmix an Shoppartner verpachtet. SES stellt das Know-how für das Nutzungskonzept, die Vermarktung der Flächen und das spätere Management zur Verfügung.<sup>1</sup>

#### „Stadt der Zukunft“

Als VertreterInnen für das Forschungsprogramm „Stadt der Zukunft“ nutzten ÖGUT und FFG den Messeauftritt, um neue Kontakte zu knüpfen sowie Erkenntnisse über aktuelle Entwicklungen und Trends in der Immobilienentwicklung, der Bauplanung und -ausführung zu gewinnen. Die Digitalisierung (v. a. im Bereich Augmented und Virtual Reality) wird auch hier in Zukunft eine entscheidende Rolle in der Entwicklung spielen, weshalb in der aktuell 5. Ausschreibung von „Stadt der Zukunft“ dem Thema ein besonderer Schwerpunkt gewidmet ist. In der eigenen Ausstellung präsentierte die ÖGUT vier Demonstrationsprojekte (Plus-Energie-Sanierung der TU Wien am Getreidemarkt, Sanierung des Gründerzeitgebäudes in der Eberlgasse auf Passivhaus-Standard, EcoSuite Hotel in Salzburg, Plusenergiebürogebäude der Windkraft Simonsfeld) sowie ein Poster zu klimaverträglichen Siedlungen und Stadtquartieren. Hannes Warmuth



Der Österreichische Städtebund hatte auch wieder einen Desk im Ausstellungsbereich „Europa Mitte/Europe's Heart“.

und Claudia Dankl, ÖGUT, und Robert Schwertner, FFG, standen vor Ort für Auskünfte zur Verfügung.

#### Europa Mitte

Auch der traditionelle „Österreich-Stand“ war wieder sehr gut besucht. In einem Standard-Interview<sup>2</sup> berichtete Stefan Reschke, der Vertreter der Messe München in Wien, warum es für ihn ein Glücksfall war, dass der Österreichische Städte-

bund wieder teilnahm: Über ihn habe man nämlich gute Kontakte zu anderen Städten bekommen, etwa nach Salzburg und Villach. Zusammen mit der Stadt Wien (Stand der Seestadt Aspern) war Österreich somit mit drei Städten auf der diesjährigen EXPO REAL gut vertreten. ■

#### LINKS

Alle Präsentationen, Projektposter und Fotos des Auftritts der Mitglieder des Österreichischen Städtebundes und von „Stadt der Zukunft“ auf der EXPO REAL 2017 finden Sie unter [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at).

<sup>1</sup> Zu den Shoppingmalls von SES zählen unter anderem der 2007 zum besten Shopping-Center der Welt gekürte EUROPARK Salzburg sowie das 2009 zum nachhaltigsten Shopping-Center der Welt prämierte ATRIO Villach.  
<sup>2</sup> <http://derstandard.at/2000065153538/Expo-Real-Stadt-Wien-nur-noch-mit-Aspern-vertreten>

## Exit aus dem Datenschutz-Dschungel

Unternehmen sind aufgrund der DSGVO mit einer Fülle von neuen Vorschriften und Anforderungen zum Datenschutz konfrontiert: Zu Recht suchen die Entscheider nach zuverlässigen Informationen und Antworten.

Die beschlossene Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) tritt am 25. Mai 2018 in Kraft und entfaltet jetzt schon ihre Wirkung: Die betrieblichen Datenschutzkonzepte müssen frühzeitig an

die neuen Regelungen angepasst und umgestellt werden. Die Herausforderung für Unternehmen während der nächsten Monate liegt darin, sich im Dickicht von Informationen und Angeboten rund um die neuen Vorschriften zurechtzufinden.

#### Ein Onlinemodul öffnet Türen zu den neuen Datenschutzregelungen

Das Onlinemodul Datenschutz begleitet Unternehmen und ihre Mitarbeiter in der entschei-

denden Vorbereitungsphase bis zum Stichtag des Inkrafttretens der DSGVO. Ein Zugang ist über das Fachportal JURnet erhältlich. Nutzer des Moduls erwartet:

- rund um die Uhr Zugang zur aktuell gültigen Rechtslage
- ein schneller thematischer Überblick
- die wichtigsten Begriffserklärungen
- viele praktische Beispiele
- nützliche Verlinkungen
- ein Ausblick auf die DSGVO zu jedem betroffenen Themenbereich

#### Datenschutz Know-how aus erster Hand nachvollziehbar aufbereitet

Im Autorenteam des Onlinemoduls sind Datenschutzbeauftragte aus Unternehmen, Top-Anwälte, Wirtschaftsberater und Universitätsprofessoren. Sie alle steuern ihre Expertise aus Praxis und Wissenschaft bei und begleiten die Entwicklungen in den nächsten Monaten.

Informationen zum Onlinemodul  
Datenschutz erfahren Sie unter  
[datenschutz.jurnet.at](http://datenschutz.jurnet.at)



© Fotos: Heiko Stahl, Österreichischer Städtebund, DMW Verlag

BEZAHLTE ANZEIGE

Berührungspunkte zwischen Städten und gemeinnützigen Einrichtungen

## Spenden im öffentlichen Raum

Gemeinnützige Organisationen haben etliche Anknüpfungspunkte zu den Städten, sei es bei Sammlungen und bei der Mitgliederwerbung im öffentlichen Raum oder sei es bei der Realisierung der lokalen Hilfsprojekte.

Dr. Günther Lutschinger

Die vielfältigen gemeinnützigen Vereine bereichern unser Land mit ihrem Einsatz auf allen Ebenen und fördern das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den 2.100 österreichischen Gemeinden gibt es 120.000 gemeinnützige Organisationen. Rund 236.000 Menschen sind österreichweit im Dritten Sektor, der die gemeinnützigen Non-Profit-Einrichtungen umfasst, beschäftigt. Diese erwirtschaften jährlich eine Wertschöpfung von rund 10 Mrd. Euro. Damit hat dieser Sektor eine maßgebliche Rolle als Arbeitgeber in Österreich und reiht sich größenordnungsmäßig zu wichtigen wirtschaftlichen Bereichen wie dem Transport- oder Tourismussektor ein. Zusätzlich sind noch rund 3,3 Millionen Menschen oder 46 % der über 15-Jährigen in unserem Land freiwillig und unentgeltlich in allen gesellschaftlichen Bereichen, von Sport, Kunst und Bildung über Katastrophen- und Umweltschutz, Interessenvertretung bis zu Gesundheit und Soziallem, aktiv. Dieses freiwillige Engagement sichert und ermöglicht wichtige Projekte des Zusammenlebens in den Kommunen der Städte und Gemeinden Österreichs.

### Spenden und Städte

Neben staatlichen Mitteln in Form von Förderungen, Subventionen und Leistungsentgelten sind Spenden und Mitgliedsbeiträge eine unverzichtbare Mittelherkunft für gemeinnützige Einrichtungen. Insgesamt wurden in Österreich zuletzt 625 Millionen Euro gespendet. Neben den klassischen Spenden über Erlagschein ist bei den 64 % der ÖsterreicherInnen, die spenden, auch die Unterstützung an der Haustüre oder an öffentlichen Plätzen beliebt. Hier bitten die Organisationen entweder um Unterstützung in Form von Bargeldspenden oder um Fördermitgliedschaften. Diese zwei Unterstützungsmöglichkeiten haben rechtlich gesehen zwei unterschiedliche Folgen. So wird das Sammeln von Bargeld in allen Bundesländern gesetzlich in den Sammlungsrechten geregelt und beschränkt. Im Sinne des Schutzes der SpenderInnen dürfen Sammlungen in der Regel nur mit einer Bewilligung durchgeführt werden. Die Gesetzgeber der Länder verpflichten die sammelnden Organisationen, die Sammlungen

in einer bestimmten Form (z. B. plombierte Dosen) durchzuführen und zu dokumentieren (z. B. Öffnung der Büchsen nur im Beisein von mehreren ZeugInnen).

### Mitgliederwerbung unterliegt nicht Sammlungssetzen

Anders verhält es sich bei der Mitgliederwerbung im öffentlichen Raum und an der Haustüre. Diese unterliegt nicht den Sammlungsgesetzen der Bundesländer, sondern dem Vereinsrecht – Wien schließt Mitgliederwerbung sogar explizit aus seinem Sammlungsgesetz aus. Mitgliederwerbung erfolgt aber selbstverständlich nicht im rechtsfreien Raum. So kommen die ausführlichen Widerrufsrechte der Konsumentenschutzgesetze beim Lastschriftverfahren zu gelten oder beim Aufstellen eines Standes ist eine Genehmigung des Grundeigentümers, häufig der Gemeinde, nötig. Eine Bewilligung ist aber nicht erforderlich, wenn die Werbung ohne feste Standplätze erfolgt. Hier kommt aber eine Regelung der Straßenverkehrsordnung zur Geltung, wonach die MitarbeiterInnen der Organisationen den Verkehr der PassantInnen nicht behindern dürfen.

### Warum Mitgliederwerbung im öffentlichen Raum?

Für gemeinnützige Organisationen zählt die Ansprache neuer InteressentInnen im öffentlichen Raum zu den ältesten Formen der Spendenwerbung. Der Erfolg gibt der Methode bis heute recht: Im Schnitt werden zehn Prozent der Menschen, mit denen ein Gespräch geführt wird, als Fördermitglied gewonnen. 80 % von ihnen werden langfristige SpenderInnen und bleiben den Organisationen mehrere Jahre treu. Damit ist die Methode eine nachhaltige Form der Ansprache von neuen UnterstützerInnen. Diese lang anhaltende Form der Unterstützung ermöglicht den Organisationen mehr finanzielle Planungssicherheit bei ihren gesellschaftlich wichtigen Projekten.

### Qualitätsinitiative für Mitgliederwerbung

Um zu garantieren, dass Förderwerbung gegenüber PassantInnen qualitativ, professionell und respektvoll durchge-



Die Initiative „Qualitätsinitiative Fördererwerbung“ setzt Maßstäbe für eine nachhaltig qualitätsvolle Mitgliederwerbung.

führt wird, hat der Fundraising Verband Austria – Dachverband der spendenwerbenden Organisationen – die „Qualitätsinitiative Fördererwerbung“ 2010 ins Leben gerufen. Die Initiative setzt Maßstäbe für eine nachhaltig qualitätsvolle Mitgliederwerbung im Interesse der NGOs, der BürgerInnen und der Gesellschaft. Die NGOs, die sich dem umfangreichen Regelwerk unterwerfen, wollen sich bewusst von jeglicher unprofessioneller Straßenwerbung durch hohe Qualitätsstandards abgrenzen. Durch die Initiative wurden in den vergangenen Jahren Standards geschaffen, die die Fördererwerbung in einer qualitätsvollen und professionellen Weise sicherstellen. Dazu zählt auch die laufende Weiterentwicklung und Evaluation. „Auch für den WWF ist Straßenwerbung ein wichtiges Standbein im Fundraising. Nirgendwo sonst sind wir so persönlich an den Menschen dran, können im direkten Gespräch über unsere Naturschutzprojekte informieren und neue Unterstützer für unsere Anliegen gewinnen. Als Mitglied der Qualitätsinitiative Fördererwerbung verpflichten wir uns, besonders hohe Standards zu halten und laufend weiterzuentwickeln“, erklärt daher Katharina Jungwirth, Teamleiterin Public Fundraising beim WWF Österreich. Zu den Mitgliedern der Qualitätsinitiative zählen neben dem WWF, Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen, Care Österreich, Greenpeace, Global 2000, Kinderhilfswerk, Pro Juventute, ROTE NASEN Clowndoctors, Österreichisches Rotes Kreuz, SOS-Kinderdorf, Vier Pfoten, World Vision Österreich und Dienstleister jener renommierten Organisationen.

Die ÖsterreicherInnen schätzen diese Möglichkeit, mit NGOs ins Gespräch zu kommen. In Umfragen ist diese Spendenform immer weit vorne in der Beliebtheit. Dies zeigt

sich aber auch in Umfragen zur Zufriedenheit der Fördermitglieder über die Ansprache im öffentlichen Raum sowie anhand der geringen Beschwerdequote. Um die Qualität zu sichern, führt die Qualitätsinitiative Fördererwerbung außerdem seit 2016 Mystery Shopping in ganz Österreich durch. Anhand eines standardisierten Leitfadens testen unabhängige TesterInnen dabei, wie sehr die Mitgliedsorganisationen die Qualitätsstandards einhalten. Die Ergebnisse belegen das hohe Niveau der Mitgliederwerbung.

### Ombudsstelle für Behörden, Unternehmen und SpenderInnen

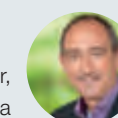
Sollte ein Problem oder eine Frage zu einer spendenwerbenden Organisation entstehen, empfiehlt der Fundraising Verband, sich an die eigens dafür geschaffene Ombudsstelle zu wenden. Diese ist unter der kostenfreien Hotline 0800/100 382 erreichbar.

Seitens des Fundraising Verbands bitten wir alle Städte darum, die Arbeit der Mitgliedsorganisationen der Qualitätsinitiative Fördererwerbung partnerschaftlich zu unterstützen. ■

### LINKS

Alle Informationen zur Qualitätsinitiative Fördererwerbung finden Interessierte unter [www.qualitaetsinitiative.at](http://www.qualitaetsinitiative.at).

Dr. Günther Lutschinger,  
Geschäftsführer Fundraising Verband Austria





Die städtische Dimension im Zentrum der Kohäsionspolitik:  
In der Periode 2014–2020 werden mindestens 50 %  
des EFRE in städtische Gebiete investiert.

Status-Check der EU

## 7. Kohäsionsbericht liefert Fakten zur aktuellen Lage

Anfang Oktober veröffentlichte die Europäische Kommission (EK) unter dem Titel „Meine Region, mein Europa, unsere Zukunft“ den „Siebten Bericht zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“ der EU.

Mag. Reinhard Troper, Dezernatsleiter für EU-Strategie in der MA 27 – Europäische Angelegenheiten der Stadt Wien

Im 7. Kohäsionsbericht werden die 276 EU-Regionen unter die Lupe genommen, Lehren aus den kohäsionspolitischen Ausgaben während der Krisenjahre gezogen und erste Weichen für die Kohäsionspolitik nach 2020 gestellt. Die Kohäsionsberichte der EK werden alle drei Jahre publiziert. Vorweg muss auf den aus Wiener Sicht erfreulichen Umstand hingewiesen werden, dass die „städtische Dimension“ nun bei allen analysierten Regionstypen standardmäßig berücksichtigt wird. Auf NUTS-2-Ebene werden „Hauptstadregionen“, auf NUTS-3-Ebene „Metropolregionen“, „überwiegend städtischen Regionen“, „Städte“ und „Pendlerzonen“ analysiert. Dadurch können in allen Kapiteln des Berichtes die Entwicklungen auf Ebene der Städte explizit dargestellt werden. Weiters gibt es spezielle Ausführungen zu Städten, etwa Abschnitt 1.6 „Städte und Metropolregionen als Haupttriebkraft der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in Europa“ oder Abschnitt 3.4

„Nachhaltige Städte“. Diese explizite Berücksichtigung der städtischen Ebene war eine langjährige Wiener Forderung und stellt einen wesentlichen Erfolg bei der Umsetzung der „EU-Städteagenda“ dar. Einleitend ist aber auch auf eine Schwäche des Berichts hinzuweisen: Es wird zwar eine Fülle von Indikatoren auf den unterschiedlichsten Ebenen dargestellt, eine kritische Analyse, warum sie sich so und nicht anders entwickelt haben, findet aber nicht statt.

### Zentrale Befunde zum gegenwärtigen Stand des Zusammenhalts in der Union

Den 250-seitigen analyse- und faktenreichen Bericht kurz darzustellen, kann nur sehr punktuell erfolgen. Die nachstehenden Befunde sollten deshalb auch eher als „Anregung“ für eine vertiefte Beschäftigung mit dem Bericht verstanden werden.

Sein breites Spektrum können sie keineswegs abbilden. Wie für alle bisherigen Kohäsionsberichte gilt auch diesmal: Er sollte eine Pflichtlektüre für alle europapolitisch Interessierten sein! Öffentliche Investitionen unter Vorkrisenniveau: Die Wirtschaft der EU erholt sich allmählich von einer Krise, die in vielen Ländern und Regionen der EU mit einer deutlichen Abnahme der Investitionen verbunden war. Von 2008 bis 2016 sanken die öffentlichen Investitionen in der EU von 3,4 % des BIP auf 2,7 %. In einigen Mitgliedsstaaten gingen die wachstumsunterstützenden Ausgaben erheblich zurück, was den Abbau von regionalen Unterschieden in der Zukunft gefährdet. Bedeutung der Kohäsionspolitik für die öffentlichen Investitionen: Die Förderung durch die Kohäsionspolitik entspricht 8,5 % der öffentlichen Investitionen in der EU. Dieser Wert steigt für die EU-13 auf 41 % und für diverse andere Mitgliedsstaaten auf über 50 %. Für Portugal liegt der Wert bei 85 %, für Kroatien bei 80 %, für Polen bei 61 % und für Ungarn bei 55 %. In Dänemark, den Niederlanden, Schweden und Österreich liegt der Wert bei unter 1 %.

### Kohäsionspolitik stärkt Resilienz

Die zentrale Rolle der Kohäsionspolitik bei den öffentlichen Investitionen schwächte die Auswirkungen der Krise ab, da sie eine stabile Quelle für Investitionen darstellte, als nationale Mittel abnahmen.

### Längerfristige positive Wirkungen der Kohäsionspolitik

Die Auswirkungen der Investitionen bauen sich über einen langen Zeitraum hinweg auf. Durch die Mittel für den Zeitraum 2007-2013 stieg das BIP der EU-12 (d. h. ohne Kroatien) im Jahr 2015 um 3 % an; für den Zeitraum 2014–2020 wird von einer weiteren Steigerung um 3 % bis 2023 ausgegangen. Auf nationaler Ebene haben die Kohäsionsmittel sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung (= BIP). 2023 sollte das BIP in Polen um 3,4 %, in der Slowakei um 3,0 %, in Ungarn um 2,9 % höher sein als ohne diese EU-Mittel. In Dänemark, Schweden und England werden die geringsten Wachstumseffekte (unter 0,1 % des BIPs) erwartet. Auch regional werden sehr unterschiedliche Effekte erwartet: So soll das BIP in zwei entwicklungsschwachen Regionen im Osten Ungarns bis 2023 um über 8 % ansteigen. Der geringste Effekt wird für die dänische Förderregion erwartet: plus 0,1 %.

### Auch Nicht-Kohäsionsländer profitieren

Die Nicht-Kohäsionsländer profitieren auch von den Ausstrahlungseffekten infolge der Investitionen in den Kohäsionsländern, sei es direkt (ein Unternehmen kann im Rahmen eines EU-geförderten Projekts in einem anderen Mitgliedsstaat

tätig werden) oder indirekt (durch ein höheres Einkommen in Kohäsionsländern infolge der EU-Investitionen und des dadurch erhöhten Handelsvolumens). Die Hinweise auf den neuen südosteuropäischen Autobahnen auf die Errichter (z. B. Strabag oder Porr) sind die augenfälligsten Hinweise auf diese insbesondere für Österreich und die BRD positiven Effekte.

### Beschäftigung erholt sich

Die Beschäftigungsrate der 20- bis 64-Jährigen lag 2016 mit 71 % zum ersten Mal wieder höher als 2008 (70 %). Damit liegt sie aber noch deutlich unter dem 75 %-Ziel der Europa-2020-Strategie. Zwischen den Mitgliedsstaaten und Regionen gibt es große Unterschiede: Während Schweden, Deutschland, Dänemark, England, Estland und die Niederlande das 75 %-Ziel bereits erreicht haben, liegt die Beschäftigungsrate in Griechenland, Spanien, Kroatien, Frankreich und Italien noch unter 65 %.

### Arbeitslosigkeit noch immer über dem Vorkrisenniveau

Die Arbeitslosenrate sank zwar von 10,9 % (2013) auf 8,6 % (2016), liegt damit aber noch immer über den 7,0 % des Jahres 2008. Die deutlichen nationalen Unterschiede nehmen nur langsam ab, die regionalen Unterschiede reduzierten sich bisher leider nicht.

### Hohe Jugendarbeitslosigkeit führt zu Abwanderung

Die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen ist in vielen Regionen nach wie vor dramatisch hoch. Zwar sank sie vom Negativrekord mit 23,7 % im Jahr 2013 auf 18,7 % 2016, liegt damit aber immer noch deutlich über dem Niveau von 2008 mit 15,9 %. In vielen südöstlichen Regionen liegt die Jugendarbeitslosigkeit noch deutlich über 20 %. Sie ist einer der Hauptgründe der signifikanten Unterschiede in der demografischen Entwicklung.

### Wachsende Städte, schrumpfende Peripherie

Während zwischen 2005 und 2015 die Bevölkerung einzelner städtischer Regionen (z. B. Stockholm, Dublin) um über 15 % zunahm, verzeichneten v. a. südosteuropäische Regionen einen Rückgang von 10 % und mehr. 2014 lag das BIP pro Kopf in den EU-15 in ländlichen Gebieten bei 72 % der städtischen Gebiete, in den EU-13 nur bei 42 %. Bezüglich der demografischen Entwicklung in der EU insgesamt gab es 2015 einen Wendepunkt: Erstmals war die natürliche Bevölkerungsentwicklung negativ – die Zahl der Sterbefälle war größer als jene der Geburten.

### Nordwest-Südost-Kluft

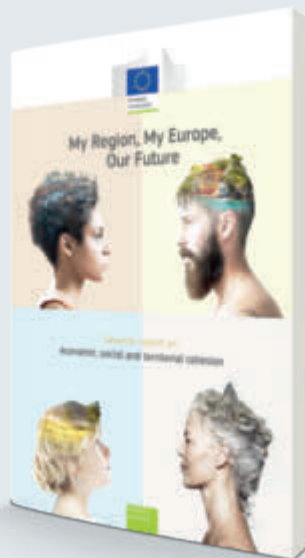
Bei vielen Indikatoren, etwa der wirtschaftlichen Entwicklung, der Qualität des Innovationssystems und der Qualität der Verwaltung (und des Rechtssystems), gibt es deutliche – und teilweise persistente – Unterschiede zwischen den nord-westlichen und den süd-östlichen Mitgliedsstaaten und Regionen.

### Städte als Wachstumsmotoren

Metropolregionen (= funktionale städtische Gebiete mit über 250.000 EinwohnerInnen) trugen 2014 58 % zur Bevölkerung, 61 % zur Beschäftigung und 67 % zur Wirtschaftsleistung bei.

### Städtisches Armutsrisiko

In den EU-13 ist das Armutsrisiko in den ländlichen Gebieten mit 34 % deutlich höher als in den städtischen Gebieten mit 20 %. Genau umgekehrt stellt sich die Situation in den EU-15 („alte Mitgliedsstaaten“) dar: Hier liegt das Armutsrisiko in den ländlichen Gebieten bei 21 %, während es in den städtischen Gebieten bei 24 % im Jahr 2015 lag. Diese „Armuts-Taschen“ sollten jedenfalls bei der zukünftigen Verteilung der Kohäsionsmittel berücksichtigt werden.



### 7. Kohäsionsbericht

Am 9. Oktober 2017 hat die Europäische Kommission den 7. Kohäsionsbericht veröffentlicht. Der Bericht analysiert den aktuellen Stand des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts innerhalb der EU. Download unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion7/7cr.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion7/7cr.pdf)

### Deutliche Unterschiede in der Lebenserwartung

Spanier (83,0 Jahre) und Italiener (82,7 Jahre) haben bei der Geburt die höchste Lebenserwartung in der EU. Für Litauen liegt der Wert nur bei 74,6 Jahren. Auf regionaler Ebene liegt die Lebenserwartung in vielen Gebieten Bulgariens, Rumäniens, Lettlands und Litauens sowie des östlichen Ungarn unter 75 Jahren. In einem Teil dieser Gebiete liegt die Kindersterblichkeit noch über 6 von 1.000 Geburten, wohingegen sie im EU-Mittel auf 3,6 gesunken ist. In diesem Zusammenhang kann angemerkt werden, dass Wien und Stockholm in der EU die Städte mit den wenigsten Toten im Straßenverkehr sind.

### Starke städtische Dimension

Die städtische Dimension steht im Zentrum der Kohäsionspolitik. In der Periode 2014–2020 werden – laut Bericht – mindestens 50 % des EFRE in städtische Gebiete investiert. Dabei werden 8 % (14,5 Mrd. Euro) direkt im Rahmen von über 900 integrierten nachhaltigen städtischen Strategien eingesetzt, wozu auch der ESF erheblich beiträgt.

### Förderungen für Großunternehmen

Großunternehmen spielen oft eine Schlüsselrolle für die regionale Entwicklung. Deshalb erhalten auch sie Unterstützungen aus dem EFRE, obwohl dessen Schwerpunkt bei der Förderung von KMUs liegt. In der Periode 2007–2013 flossen durchschnittlich 20 % der Gelder an Großunternehmen, mit 47 % lag dieser Wert in Österreich am höchsten.

### Resümee

Der Bericht fasst den aktuellen Zustand der EU wie folgt zusammen: Die europäische Wirtschaft kommt wieder auf die Beine, aber die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten und zwischen den Regionen sind noch deutlich größer als vor der Krise. Ebenso liegen die öffentlichen Investitionen in der EU immer noch unter dem Vorkrisenniveau. Zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen – digitale Revolution, Globalisierung, demografischer Wandel, sozialer Zusammenhalt, wirtschaftliche Konvergenz und Klimawandel – wären deutlich höhere öffentliche Investitionen notwendig.

### Weiteres Vorgehen

Für Anfang 2018 hat die EK eine öffentliche Konsultation zur künftigen Kohäsionspolitik angekündigt. Im Mai 2018 will die EK ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vorlegen, danach ihre konkreten Vorschläge für die Kohäsionspolitik ab 2020. ■

### LINKS

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/information/cohesion-report/](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/cohesion-report/)



DDSG Blue Danube



Mit dem Schiff durch das  
*winterliche Wien*



© Cover: Europäische Kommission

[ddsg-blue-danube.at](http://ddsg-blue-danube.at)  
+43 1 588 80

- › 75-minütige City Cruise auf der maritimen »Blue Danube«
- › Täglich 4 Abfahrten
- › Abfahrt im Stadtzentrum am Wiener Schwedenplatz

Städte und Gemeinden im Spannungsfeld zwischen Digitalisierung und Datenschutz

# E-Government

Die fortschreitende Digitalisierung macht auch vor der Kommunalverwaltung nicht halt und findet zusehends auch Niederschlag in der europäischen wie innerstaatlichen Gesetzgebung. Eine Fachtagung des Österreichischen Städtebundes widmete sich deshalb am 12. September in Linz den aktuellen und anstehenden Entwicklungen im E-Government und insbesondere den rechtlichen Erfordernissen, welche sich in den nächsten Jahren ergeben.

Dr. Ronald Sallmann

Auf europäischer Ebene wurde im April 2016 im Rahmen der „Digital Single Market“-Strategie ein E-Government-Aktionsplan für die Jahre 2016 bis 2020 verabschiedet mit der Zielsetzung, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen. Das Fundament des Aktionsplanes bildet eine Reihe von Grundsätzen (siehe Kasten).



Vor dem Hintergrund dieser Grundsätze sind auch einige aktuelle Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Kommission zu verstehen, die insbesondere die öffentliche Verwaltung und damit auch die Städte und Gemeinden betreffen: Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung EU 2016/679) vom 17. 4. 2016.

Diese mittlerweile viel diskutierte und durchaus auch gefürchtete Verordnung regelt EU-weit die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch private Unternehmen UND öffentliche Stellen. Die Verordnung greift weit und regelt die Stellung, die Kompetenzen und die Aufgaben des Datenschutzbeauftragten, Anforderungen an die Dokumentation und die Absicherung von Systemen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden und auch Meldepflichten bei Verletzungen.

## Entwurf über eine E-Privacy-Verordnung

Die als „Cookie-Richtlinie“ bekannte Regelung schlägt in die gleiche Kerbe wie die Datenschutz-Grundverordnung und liegt mittlerweile ebenfalls in Form eines Verordnungsentwurfs über Privatsphäre und elektronische Kommunikation vor. Das Ziel der EU-Kommission, diese Verordnung zeitgleich im Mai 2018 mit der Datenschutz-Grundverordnung in Kraft treten zu lassen, erscheint mittlerweile aber eher unrealistisch.

## Richtlinie über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union (NIS-Richtlinie)

Die NIS-Richtlinie ist am 8. August 2016 in Kraft getreten und muss binnen 21 Monaten (somit längstens Mai 2018) in den EU-Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Mit dieser Richtlinie soll EU-weit ein hohes Sicherheitsniveau der Netz- und Informationssysteme erreicht werden. Davon betroffen sind Unternehmen aus „wirtschaftlich oder gesellschaftlich wichtigen Sektoren“, in den Kommunen fallen Teile der Daseinsvorsorge wie etwa die Trinkwasserversorgung

oder Ampelsteuerungsanlagen darunter. Schwellwertdefinitionen, ab welcher Größenordnung die NIS-Richtlinie anzuwenden ist, sind national zu entwickeln und liegen derzeit noch nicht vor.

## Web-Accessibility-Richtlinie

Mit der im Dezember 2016 in Kraft getretenen „Web-Accessibility-Richtlinie“ setzt die EU erstmals einheitliche Standards zur Barrierefreiheit in allen EU-Mitgliedsstaaten um. Die Richtlinie umfasst Websites, aber auch Onlineangebote bis hin zu mobilen Anwendungen (APPs) öffentlicher Stellen, Kommunen ebenso wie deren Tochterunternehmen und Verbände zählen also zum Kreis der Betroffenen.

Die Richtlinie ist bis Mitte 2018 in nationales Recht umzusetzen und ab diesem Zeitpunkt auf „neue“ Inhalte binnen 21 Monaten, auf „alte“ – also bereits vor Inkrafttreten bestehende – Inhalte binnen 45 Monaten und auf mobile Apps binnen 54 Monaten anzuwenden. Eine „Verhältnismäßigkeitsklausel“ soll insbesondere kleine Organisationen vor übermäßigen Belastungen bewahren, ein Monitoring und begleitendes Durchsetzungsverfahren soll im Gegenzug für eine adäquate Umsetzung sorgen.

## eIDAS (Verordnung EU 2014/910)

Die sogenannte „eIDAS“-Verordnung stellt einen europäischen Rechtsakt für die Themen „elektronische Identität“ und „elektronische Signatur“ dar und war Auslöser für eine Bereinigung des österreichischen Signaturgesetzes und der Signaturverordnung in Form des Signatur- und Vertrauensdienstegesetzes (SVG, mit 1. 7. 2016 in Kraft getreten) und der Signatur- und Vertrauensdiensteverordnung (SVO, mit 2. 8. 2016 in Kraft getreten). Unmittelbare Auswirkung dieser Bereinigung war bereits die Notwendigkeit einer geringfügigen Anpassung der Hinweistexte bei bestehenden Amtssignaturen. Im Rahmen der Umsetzung der eIDAS-Richtlinie besteht auch die Notwendigkeit einer technischen wie organisatorischen Adaptierung der österreichischen Bürgerkarten- bzw. Handysignatur-Lösung. Bei den Registrierungsstellen wird eine Beschränkung auf Passbehörden und Gemeinden mit der Ermächtigung zur Entgegennahme von Reisepassanträgen erfolgen, sodass auch hier eine unmittelbare Betroffenheit der Städte und Gemeinden gegeben ist.

## Deregulierungsgesetz 2017

In Entsprechung eines Ministerratsbeschlusses vom 2. 11. 2016 und der „Digital Roadmap“ der letzten Bundesregierung wurde ein umfassendes „Recht für jedermann auf elektronischen Verkehr mit den Gerichten und Verwaltungsbehörden in den Angelegenheiten, die in Gesetzgebung Bundessache sind“ normiert. In den Erläuterungen wird präzisiert, dass der

## Grundsätze des E-Government-Aktionsplans 2016–2020 der Europäischen Kommission

„digital first“: Die elektronische Abwicklung soll das Standardverfahren werden.

„once only“: Einmal behördenseitig erfasste Daten sollen wiederverwendet werden, um den BürgerInnen Mehrfachdatenlieferung und -erfassung zu ersparen.

**Inklusion und Barrierefreiheit:** Elektronische Informationen und Services sollen für alle BürgerInnen nutzbar sein.

**Offenheit und Transparenz:** Daten sollen möglichst frei verfügbar und zugänglich sein im Sinne von Open Government Data.

**Standardmäßig grenzübergreifend:** Informationen und Services sollen für BürgerInnen aus allen EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen zur Verfügung stehen und nutzbar sein.

**Standardmäßig interoperabel:** bedeutet die Harmonisierung bzw. wechselseitige Anerkennung innereuropäischer E-Government-Systeme wie beispielsweise die elektronische Identität, um eine grenzüberschreitende Nutzung von E-Government zu ermöglichen

**Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit:** vor allem in Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten

„elektronische Verkehr“ jegliche Kommunikation mit der Behörde und damit gleichermaßen auch die Einbringung und die elektronische Zustellung umfasst. Eine Übergangsfrist ist bis 2020 vorgesehen. Ab 2020 sind weiters alle Unternehmen gesetzlich verpflichtet, an der elektronischen Zustellung teilzunehmen.

Die Fülle an europäischen Regelungen zeigt, dass die Absicht, die „Digitalisierung“ der öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen, von der Europäischen Kommission sehr ernst genommen und mit Nachdruck verfolgt wird. Für die kommunale Ebene bedeutet dies in den nächsten Jahren jedenfalls umfassenden Anpassungsbedarf! ■

Dr. Ronald Sallmann, Geschäftsführer IT-Kommunal,  
E-Government-Consultant des  
Österreichischen Städtebundes





Bürgermeister-Stellvertreter Harald Preuner (2. v. l.),  
Ausschussvorsitzender Reinhard Siebenhandl (1. v. l.)  
aus Wien mit Winfried Herbst (3. v. l.) und seinem Nachfolger  
als Abteilungsleiter beim Abfallservice der Stadt Salzburg,  
Jürgen Wulff-Gegenbauer (4. v. l.)

Abfall- und Wertstoffsammlung

## Rückwärtsfahren

Das Thema „Rückwärtsfahren“ und insbesondere die damit verbundenen Gefahren haben in Deutschland bedingt durch tödliche Unfälle mit Fahrzeugen der Abfallsammlung zu intensiven Diskussionen geführt.

DI Dr. Guido Dernbauer, Österreichischer Städtebund

### Branchenregel zum Arbeitsschutz bei der Abfallsammlung

In einer Studie der INFA (Institut für Abfall- und Abwasserwirtschaft GmbH) und der Entsorgungsgemeinschaft der deutschen Entsorgungswirtschaft wurde festgestellt, dass der Großteil der Betriebe über keinen Rückfahrkataster verfügt, sprich, diese nicht wissen, wie oft und wann rückwärtsgefahren werden muss. Neben den Unfällen mit Todesfolge gab es etliche Zwischenfälle mit Personenschaden. Es zeigte sich auch, dass Rückfahr-Assistenz-Systeme einen starken Einfluss nehmen, da diese automatische Erkennung mit automatischer Stopp-Funktion eine schnellere Reaktionsfähigkeit hat. Man hat viele Tests mit diesen Systemen durchgeführt, die belegen, dass die Systeme funktionieren. Je nach System belaufen sich die Kosten auf 3.000 bis 15.000 Euro pro Fahrzeug. Zudem gibt es die Empfehlung, in Gebieten mit Seitenladern zum Einweisen die Polizei zu rufen! Vor diesem Hintergrund haben die Unfallversicherungen, Gewerkschaften sowie verschiedene VertreterInnen aus der Abfallbranche eine Einigung zum Rückwärtsfahren bei der Abfallsammlung erzielt. Dieser Konsens wurde in der neuen Branchenregel zum Arbeitsschutz bei

der Abfallsammlung, die von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) am 24. 10. 2016 beschlossen wurde, umgesetzt. Sowohl die Studie als auch die Branchenregel wurde im Einvernehmen zwischen Privaten und Kommunen erstellt und gilt gleichermaßen für beide.

### Rückwärtsfahren möglichst vermeiden

Laut dieser Branchenregel sollen Entsorgungsunternehmen die Touren bei der Abfallabholung grundsätzlich so planen, dass unfallträchtige Rückwärtsfahrten möglichst vermieden werden. Hierzu können auch bauliche Veränderungen an den Abfallsammelstellen oder Änderungen der Verkehrsführung zählen.

Wenn alle Möglichkeiten zur Minimierung des Rückwärtsfahrens nach eingehender Prüfung ausgeschöpft sind, ist mittels der Gefährdungsbeurteilung festzulegen, wie die gefahrlose Rückwärtsfahrt durchzuführen ist. Unter anderem muss definiert werden, über welche Kenntnisse Personen verfügen müssen, die die Fahrerin/den Fahrer beim Rückwärtsfahren einweisen. In Ausnahmefällen soll das Rückwärtsfahren jedoch möglich sein, wenn die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber in der

Gefährdungsbeurteilung Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten festlegt.

Die Branchenregel berücksichtigt die Möglichkeit, mit Fahrerassistenzsystemen die Sicherheit für alle Betroffenen zu erhöhen. Zukünftig dürfen solche Systeme unter Verzicht auf die Einweiserin/den Einweiser eingesetzt werden, wenn damit sicher eine Gefährdung für andere VerkehrsteilnehmerInnen ausgeschlossen werden kann. Ansonsten bleibt Stand der Technik, dass die Fahrerin/der Fahrer sich einweisen lassen muss. In der Gefährdungsbeurteilung sind auch generelle Maßnahmen für unerwartetes Rückwärtsfahren (z. B. bei Verparkungen oder Baustellen) festzulegen. In solchen besonderen Situationen sollen FahrerInnen geeignete Personen zum Einweisen hinzuziehen.

Die für Betriebe daraus notwendigen Arbeitsschritte umfassen u. a. die Überprüfung von Arbeitsanweisungen und des Schulungswesens sowie des Dokumentationswesens zum Thema Rückwärtsfahren. Maßnahmen sind insbesondere auch davon abhängig, welche Fahrzeugtechnik (Seitenlader, Hecklader) eingesetzt wird. Auch der Fokus auf andere Fahrzeugtypen (z. B. Depotcontainerfahrzeuge, Abrollkipper ...) ist notwendig. Zudem sind bauliche und Service-Unterschiede (Voll-/Teilservice, Mannschaftsstärke) zu beachten.

### Städte setzen Maßnahmen

Viele Städte haben auch schon reagiert. So gibt es in Bochum eine Betriebsanweisung zum Rückwärtsfahren, die zwei Mal

im Jahr in einer Schulung wiederholt wird. Die Stadtreinigung Hamburg hat ein Schulungsvideo produziert. In vielen Städten wird das Rückwärtsfahren mittlerweile durch den Einsatz kleiner 2-Achser vermieden bzw. werden Subunternehmen beauftragt, die Behälter an zentrale Plätze zur Abholung zu bringen und dann wieder zurückzustellen.

Die INFA selbst bietet eine eigene Methodik zur Gefährdungsbeurteilung an, die im Wesentlichen folgende Schritte umfasst:

1. Bestandserfassung der rückwärts zu befahrenden Straßen
2. Erstbewertung
3. Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen inkl. Standortbegehungen
4. Dokumentation/Tourenplanung

Das Thema erfordert jedenfalls einen Arbeits- und Dokumentationsaufwand, insbesondere bei der Erstbewertung für alle Rückwärtsfahrstraßen.

Neben diesem Thema widmete man sich in der Sitzung des Fachausschusses für Abfallwirtschaft und Städtereinigung am 30. und 31. März 2017 in Salzburg u. a. der Sammlung von Nespresso-Kapseln in der blauen Tonne oder Abfallvermeidungs-Förderung der Sammel- und Verwertungssysteme für Verpackungen. ■

### Verkehrsplanungsausschuss in Dornbirn

Von 4. bis 5. Oktober tagte der Fachausschuss für Verkehrsplanung des Österreichischen Städtebundes in Dornbirn. Neben aktuellen Fragen zur urbanen Verkehrsplanung ging es dabei unter anderem auch um länderübergreifende, zukunftstaugliche Verkehrsmodelle.

Den Vorsitz dieses Gremiums, in dem sich die VerkehrsplanerInnen der österreichischen Städte regelmäßig austauschen, hat seit drei Jahren der Dornbirner Stadtplanungsreferent, Vizebürgermeister Mag. Martin Ruepp: „In den Fachausschüssen des Städtebundes geht es sowohl um eine laufende Abstimmung vor allem aber auch um die Entwicklung neuer Strategien. Gerade in Fragen der Mobilität ist eine europaweite Zusammenarbeit der Städte wichtig.“

Auf der Tagesordnung standen spannende Vorträge von ExpertInnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Dr. Peter Füglistaler aus Bern, Direktor des Schweizer Bundesamtes für Verkehr und damit in der Schweiz für den öffentlichen Personenverkehr wie Bahn, Straßenbahnen, Busse, Schiffe, Seilbahnen zuständig, referierte zum Thema „Wie steuert die Schweiz den Verkehr in der Zukunft?“.



Dipl.-Vw. Tilman Bracher aus Berlin, vom Deutschen Institut für Urbanistik, berichtete über neue Restriktionen für den motorisierten Individualverkehr in Deutschland. Dr. Christian Hillbrand, Vorarlberger Verkehrsverbund, sowie Mag. Anna Schwerzler, Radverkehrskoordinatorin Vorarlberg, und Mag. Michael Svoboda, Leiter Recht beim Verkehrsverbund Ostregion, eröffneten in ihren Referaten weitere Impulse für zukünftige Planungsmodelle.

Vizebürgermeisterin und Energiereferentin  
Petra Oberrauner mit einigen Mitgliedern  
des Fachausschusses Energie



Arbeitskreis Energiekonzepte

## Vergleichende Analyse von Energiebilanzierungsansätzen

Der Arbeitskreis Energiekonzepte tagte am 4. und 5. April 2017 in Villach und beschäftigte sich mit den Themen Energiebilanz, Energieeffizienzpaket und der „Grauen Energie“ bei Siedlungsentwicklungen.

DI Dr. Guido Dernbauer, Österreichischer Städtebund

Städte haben eine wichtige Funktion in der Energie- und Umweltpolitik – immer mehr Menschen wohnen in Städten und in diesem Sinne sind in der Europäischen Union festgelegte Rahmenbedingungen wesentlich für die Erreichung der Energieziele. Obwohl es mittlerweile eine große Auswahl an Strukturrahmen und Tools gibt, die Energiedaten einer Gemeinde auswerten, stellt sich oft die Frage nach der Erstellung einer Energiebilanz bzw. wie man zu den benötigten Daten oder einem Minimaldatensatz kommt. Im Auftrag des Österreichischen Städtebundes wurde daher eine vergleichende Analyse von Energiebilanzierungsansätzen durchgeführt. Dabei ging man im Besonderen auf die Möglichkeiten von Energiekonzepten, den SE(C)AP des Convent of Mayors und das Resys-Tool ein.

Energiekonzepte werden meistens von Einzelpersonen/BeraterInnen nach individuellen Vorgangsweisen und Strukturrahmen erstellt. Oft haben Energiekonzepte einen Schwerpunkt auf der Energiebedarfsanalyse, Maßnahmen kommen häufig

zu kurz. Eine Vergleichbarkeit zwischen Energiekonzepten ist daher nur beschränkt gegeben.

Eine höhere Vergleichbarkeit bieten in gewisser Weise standardisierte Ansätze. So hat der SE(C)AP des Convent of Mayors das Ziel, Energie und Treibhausgase bei gleichzeitiger Festbeschreibung von geplanten Maßnahmen zu reduzieren. Dabei definiert der SEAP den Energiebilanzrahmen im Rahmen eines Excel-basierten Tools.

Das Resys-Tool dient der Energieplanung. Dabei simuliert es den Energiebedarf der Gemeinde, berechnet Potenziale und Erträge von erneuerbaren Energien und die Auswirkungen von Maßnahmen. Es ist möglich, viele Daten durch das Tool hochrechnen zu lassen, jedoch sind dennoch auch einige Basisdaten notwendig.

### Weitere Themen der Sitzung

Neben diesem Thema beschäftigte sich der Arbeitskreis Energiekonzepte bei seiner Sitzung am 4. und 5. April 2017 in Vil-

lach u. a. mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission zum Energieeffizienzpaket und der „Grauen Energie“ bei Siedlungsentwicklungen. Vizebürgermeisterin und Energiereferentin Petra Oberrauner präsentierte zahlreiche umgesetzte Projekte in Villach, wie zum Beispiel:

- » Kostenlose Energieersterberatung für alle VillacherInnen
- » Mobilitätsförderungen (Jahreskartenförderung, Adventaktionen)
- » Vaxi – Villacher Anrufsammeltaxi
- » Neue Elektromobilitäts-Förderungen
- » Ausbau von Radwegen und Online-Information zur Radinfrastruktur
- » PV-Bürgerbeteiligungsmodell
- » Zwei neue Begegnungszonen und Shared-Space
- » Bestehende Energie- und Umweltstrategie seit mehreren Jahrzehnten, die regelmäßig weiterentwickelt wird
- » Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED
- » Fahrzeuge mit alternativen Antrieben (Elektro, Gas)

» Projekt Smart City Villach

» Erste bleifreie PV-Anlage in Österreich in Kooperation mit dem CTR

» Stadtentwicklungskonzept und Mobilitätskonzept mit umfangreicher Bürgerbeteiligung

Die Mitglieder des Arbeitskreises hatten zudem die Möglichkeit, das Smart-City-Testgebiet der Stadt Villach zu besichtigen und das CTR (Carinthian Tech Research) kennenzulernen.

### Umbenennung des Arbeitskreises und Neuwahl des Vorsitzes

Aufgrund der Pensionierung des langjährigen Vorsitzenden Martin Sonnleitner im Sommer wurden einstimmig als neuer Vorsitzender Wilfried Hager aus Linz und als Vorsitzstellvertretung Ursula Lackner aus Villach gewählt.

Die Mitglieder des Arbeitskreises beschlossen zudem eine Umbenennung des Arbeitskreises in Fachausschuss Energie. ■

### Landesgeschäftsführer-Treffen in der Steiermark

Eines der beiden jährlichen Informationstreffen der Landesgeschäftsführer des Städtebundes fand dieses Jahr in der Steiermark statt.

Die Landesgeschäftsführer und KollegInnen folgten der Einladung der Landesgruppe Steiermark und trafen einander von 19. bis 20. Oktober 2017 zum Austausch über aktuelle Themen in den Bundesländern. Schloss Seggau bildete den idealen Rahmen für einen erfolgreichen Gedankenaustausch und wurde im Zuge einer Führung ausgiebig erkundet.

In zwei spannenden Vorträgen wurden die Themen „Blackout – meine Stadt auf einen europaweiten Strom- und Infrastrukturausfall vorbereiten“ und „Zukünftige Entwicklungen im Bereich E-Government für Kommunen“ erläutert.

Ebenso wurden seitens des Generalsekretariats Neuigkeiten vom Bund berichtet – von den Umsetzungsbestrebungen der Datenschutz-Grundverordnung bis zu Forderungen der Städte an die neue Bundesregierung.



## Gutes Leben für alle braucht eine andere Globalisierung

Herausforderungen und Gestaltungsräume für Städte und Regionen, Werkstattbericht 173

Magistratsabteilung 18 –

Stadtentwicklung und Stadtplanung |

ISBN: 978-3-903003-36-1 | Online verfügbar



Von 9. bis 11. Februar 2017 fand der 2. Kongress „Gutes Leben für alle“ an der Wirtschaftsuniversität Wien statt. Organisiert wurde dieser von der MA 18 gemeinsam mit dem Institute for Multi-Level-Governance and Development der WU Wien und mehr als 30 KooperationspartnerInnen. Über 1.000 Personen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaft, Politik und Verwaltung nahmen an der Veranstaltung teil. Die Ergebnisse der am Kongress geführten Debatten wurden nun von der MA 18 in einer öffentlich zugänglichen Publikation veröffentlicht.

Ziel des Kongresses war es unter anderem, einen Raum zu schaffen, um über die Frage einer koordinierten wirtschaftlichen Deglobalisierung zu diskutieren, um ein Gemeinwesen gestalten zu können, in dem alle Menschen ein gutes Leben

führen können. Dabei orientierten sich die zahlreichen ExpertInnen aus den verschiedensten Bereichen der Lehre und Praxis an folgenden drei Leitfragen:

1. Was müssen wir ändern oder weiterentwickeln, wenn wir ein gutes Leben für alle verwirklichen wollen (Rahmenbedingungen, Institutionen, Infrastrukturen, Praktiken etc.)?
2. Woran wollen wir uns orientieren? Welche Werte, Richtlinien und Regeln sollen uns leiten?
3. Was sind hilfreiche konkrete Schritte dazu in der Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, Politik und Wirtschaft?

Der Werksbericht „Gutes Leben für alle braucht eine andere Globalisierung“ kann auf folgender Homepage kostenlos als PDF heruntergeladen werden:

<http://www.guteslebenfueralle.org/de/>



## Arbeitsrecht für die betriebliche Praxis 2017/18

Dr. Karl Mayrhofer | Verlag Weiss Wien |

85,80 € | ISBN: 978-3-902770-63-9 |

480 Seiten, flexibler Einband



Das Arbeitsrecht gilt mit seinen zahlreichen Besonderheiten und einer starken Prägung durch die Judikatur als schwer überschaubar. Dies ist nicht zuletzt auch der laufenden Novellierung durch den Gesetzgeber geschuldet. Die neuesten Änderungen in den Jahren 2017 und 2018 veranlassten den Weiss-Verlag Wien zur Neuauflage des Standardwerkes „Arbeitsrecht für die betriebliche Praxis“. Die wichtigsten Änderungen betreffen

- » das Lohn- und Sozialdumpinggesetz,
- » das Ausländerbeschäftigungsgesetz,
- » das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz sowie
- » das Arbeitsverfassungsgesetz.

Neuerungen gab es zudem auch durch die Lohnsteuerbefreiung für geringfügige Aushilfskräfte, das Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 oder die Beschäftigungsaktion 20.000.

Das von Dr. Karl Mayrhofer verfasste Werk ist übersichtlich gegliedert und in einer verständlichen Sprache verfasst. Durch das ausführlich geführte Inhalts- sowie Stichwortverzeichnis ist es bestens als Nachschlagewerk geeignet. Wie der Name des Buches bereits verrät, wurde ein starker Fokus auf die betriebliche Praxis gelegt, was das Werk zu einer geeigneten Hilfestellung für mit dem Arbeitsrecht betraute Personen in Betrieben sowie in der öffentlichen Verwaltung macht. ■

# Bettelverbot durch die Gemeinde – neuerlicher Rückschlag durch Rechtsprechung des VfGH

## Sachverhalt

Das Vbg. Landes-Sicherheitsgesetz enthält Bestimmungen über Bettelverbote. Unter anderem wird die Gemeindevertretung ermächtigt, „stilles“ Betteln an öffentlichen Orten durch Verordnung zu verbieten, wenn „aufgrund der dort zu erwartenden Anzahl an bettelnden Personen und der örtlichen Verhältnisse zu befürchten ist, dass die Benützung des öffentlichen Orts durch andere Personen erschwert wird, oder durch solches Betteln sonst ein das örtliche Gemeinschaftsleben störender Missstand bereits besteht oder unmittelbar zu erwarten ist“. Das Landesverwaltungsgericht Vorarlberg hat aus Anlass von 16 bei ihm anhängigen Verwaltungsstrafverfahren beim Verfassungsgerichtshof den Antrag

auf Aufhebung der Bludener Bettelverbots-Verordnung gestellt. Den Strafverfahren liegt jeweils ein „stilles“ Betteln in näher bezeichneten Straßen oder Plätzen der Stadt Bludenz zugrunde. Das Landesverwaltungsgericht hatte folgende Bedenken: Gemäß den Vorgaben des Vbg. Landes-Sicherheitsgesetzes muss für ein durch Verordnung erlassenes Bettelverbot eine erhebliche Erschwerung der Benützung des öffentlichen Raumes oder ein sonstiger Missstand vorliegen, der von der Gemeinde jeweils ermittelt und auch nachgewiesen wird. Dieser Nachweis sei von der Stadtvertretung Bludenz nicht erbracht worden, denn es sei ihr nicht gelungen, nachzuweisen, dass „der von der Stadt Bludenz ermittelte und nachgewiesene Missstand [in der in der Verordnung rot ausgewiesenen Verbotszone] ohne Unterbrechung 24 Stunden, 365 Tage im Jahr andauert“.

Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 22. 9. 2017 (V 58/2017-15 u. a.): Der VfGH teilte die Bedenken des vbg. Landesverwaltungsgerichts. Für ein durch Verordnung erlassenes Bettelverbot muss eine erhebliche Erschwerung der Benützung des öffentlichen Raumes oder ein sonstiger Missstand vorliegen, der von der Gemeinde ermittelt und nachzuweisen ist. Die dem Verfassungsgerichtshof vorgelegten Verordnungsakten konnten nicht belegen, dass es zur Abwehr eines zumindest unmittelbar zu erwartenden Missstandes erforderlich ist, „stilles“ Betteln in dem in der Bludener Bettelverbots-VO ausgewiesenen Gebiet zu verbieten. Die Bludener Bettelverbots-VO war daher wegen Verstoßes gegen die Vorgaben des Vbg. Landes-Sicherheitsgesetzes aufzuheben.

## Kritik

Zunächst ist anzumerken, dass die Stadtvertretung in Bludenz meines Erachtens durchaus ein umfangreiches Begründungsmaterial zusammengetragen hat. In einem Amtsbericht zur Bettelverbots-VO war etwa festgehalten worden: „Die Bettlerproblematik in der Bludener Innenstadt, das ist vorwiegend die Altstadt (zwischen [...]) hat sich seit Anfang des Jahres 2015 deutlich verschärft. [...] Von Seiten der Bevölkerung der Stadt Bludenz sowie von vielen Geschäftsleuten in der Innenstadt langen täglich Beschwerden über die unzumutbaren Zustände im Zusammenhang mit den Bettlern bei der Polizeiinspektion und der ho. Dienststelle ein. Kundenschaften berichten, dass sie bei solchen Zuständen nicht mehr gewillt sind in Bludenz einzukaufen. [...] Durch diese für die Innenstadt hohe Anzahl von Bettlern wird die Benützung des öffentlichen Orts durch andere Personen erschwert. So gibt es immer wieder Probleme in Eingangsbereichen von Geschäften und beim Durchgang unter den Lauben. Das



© Foto: Bilderbox

Lösen von Parkscheinen an den Automaten in der Innenstadt und beim Rathaus wird für die Nutzer seit ca. einem Monat durch davor sitzende Bettler erschwert.“ Weiters lag dem Amtsbericht ein Petitionsschreiben der Bludener Wirtschaftsgemeinschaft mit folgendem Inhalt bei: „Aktuell häufen sich die Beschwerden von Kundinnen u. Kunden in den Betrieben der Innenstadt über das ausufernde Bettelwesen. Was zunächst nur als störend empfunden wurde, wirkt sich mittlerweile als spürbar geschäftsschädigend aus. Kundinnen und Kunden fühlen sich belästigt und vermeiden somit die Innenstadt gänzlich. Immer wieder kommt es zudem zu unangenehmen Situationen zwischen Geschäftstreibenden und Bettlern; aufgrund der Gesetzeslage treten Geschäftstreibende den Bettlern meist machtlos gegenüber. Die Bludener Geschäftstreibenden sind bemüht, das Einkaufserlebnis in der Bludener Innenstadt attraktiv zu gestalten und dadurch Kunden- und Besucherfrequenz zu generieren. Um jedoch den geschilderten Zustand in Zukunft einzudämmen, sind wir auf die Unterstützung der Stadt Bludenz angewiesen [...]“.

Der VfGH war von den Beschwerden der Wirtschaftstreibenden und Teilen der Bevölkerung in Bludenz nicht zu überzeugen. Nach Auffassung des Gerichtshofs mag es zwar zutreffen, dass aufgrund der örtlichen Verhältnisse an manchen Orten und zu manchen Zeiten in der Stadt Bludenz die Benützung des öffentlichen Raumes auch durch „stille“ BettlerInnen erschwert wird, doch die Bludener Bettelverbots-VO verbiete „stilles“ Betteln nicht nur an bestimmten Orten oder zu bestimmten Zeiten, sondern flächenmäßig ohne jegliche Differenzierung und zeitlich unbeschränkt. Die von der Stadtvertretung Bludenz vorgebrachten Argumente sollen ein derart umfassendes Bettelverbot nicht zu begründen vermögen.

Diese Begründungserwägungen stehen im Einklang zur bisherigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs. Betteln ist vom Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß Artikel 10 EMRK und nach dem Gleichheitssatz gemäß Artikel 7 Absatz 1 B-VG geschützt. Das gilt besonders für das „stille“ Betteln. Darunter versteht der VfGH „jene Formen der Bettelerei, in denen ein einzelner Bettler unaufdringlich und nicht aggressiv oder überhaupt ‚still‘, nur durch schriftlichen („Tafel“) oder symbolischen („Hut“) Hinweis an einem öffentlichen Ort einen anderen Menschen um finanzielle Hilfe bittet“. Die gute Nachricht für Gemeinden ist aber: Obwohl vereinzelt vertreten wird, dass beim „stillen“ Betteln ein absolutes Bettelverbot schlechthin unzulässig sei, wird diese

rigorose Auslegung der Grundrechte vom Verfassungsgerichtshof nicht vertreten. Dies wurde ein weiteres Mal in dem nunmehr vorliegenden Erkenntnis bestätigt. Die Bundesländer dürfen die Gemeinden zur Erlassung von Verordnungen auch in Bezug auf „stilles“ Betteln ermächtigen, aber nur unter der Voraussetzung, dass ein konkreter Missstand durch still bettelnde Personen nachgewiesen werden kann und nur örtlich begrenzt und zeitlich eingeschränkt.

#### Fazit

Bettelverbote auf Gemeindeebene sind zulässig, aber nur in einem sehr eingeschränkten Ausmaß. Ganze Gemeindegebiete auf einem Plan rot einzufärben und zur absoluten Bettelverbotszone zu erklären, funktioniert nicht, und zwar wegen der grundrechtlichen Relevanz in keinem einzigen Bundesland. Die Verbotszone sollte so begrenzt wie irgendwie möglich eingerichtet werden, wie etwa eine ganz genaue Liegenschaftsadresse, die z. B. der Eingang vor einem Supermarkt sein kann, und dann nur zu den Geschäftsöffnungszeiten, oder eine Kirche am Sonntag usw. Meines Erachtens sollten auch nicht alle Adressen in einer einzigen Verordnung kundgemacht werden, denn so wird erreicht, dass nicht alle Verbotszonen auf einmal aufgehoben werden müssen, wenn wieder der Verfassungsgerichtshof zuschlagen sollte. Die Geschäftstreibenden sollen mitwirken und Tagebuch führen, um den Missstand nachweisen zu können. SozialarbeiterInnen könnten befragt und deren Aussagen mit Aktenvermerken festgehalten werden. Grundsätzlich sollte man beim „stillen“ Betteln aber mit viel Augenmaß vorgehen und nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen. Da ich jeden Tag auf dem Weg zur Arbeit den Wiener Stephansplatz passiere, sei ein Beispiel aus meiner eigenen Wahrnehmung erlaubt: Die früher nur gelegentlich anwesende, sich absolut ruhig und still verhaltende Bettlerin vor dem Eingang zum wichtigsten Wiener Wahrzeichen, die Domkirche St. Stephan zu Wien, hat nicht im Geringsten gestört, während die aufdringlichen Ticketverkäufer in falschen Mozartkostümen dutzendfach TouristInnen wie Einheimische lautstark und aufdringlich belästigen und die Atmosphäre vor dem schönen Dom zerstören – beurteilen Sie selbst, welche Maßnahmen Sie hier gerne treffen würden ... ■

*Fragen und Kritik richten Sie bitte direkt an  
Rechtsanwalt Dr. Clemens Lintschinger, MSc  
(E-Mail: lintschinger@ra-lintschinger.at)*

## Bescheidaufhebung nach § 299 BAO

Das Recht der Kommunen, einen rechtlich unrichtigen Abgabenbescheid von sich aus zu beheben, wird teilweise zu wenig gehandhabt, teilweise wird diese Rechtsnorm jedoch etwas überschätzt. Im Folgenden sollen die kommunalen Abgabenbehörden kurz über die rechtliche Bedeutung und Anwendbarkeit dieser wichtigen Rechtsnorm der Bundesabgabenordnung informiert werden.

### I. Anwendbarkeit

#### I.I. Rechtsvoraussetzungen

Sowohl von Antrags wegen als auch von Amts wegen hat die Abgabenbehörde die Rechtsvoraussetzung für eine Aufhebung nach § 299 BAO zu prüfen, nämlich, ob sich der Spruch des Abgabenbescheides als nicht richtig erweist, d. h. ob der Spruch rechtswidrig ist. Die Aufhebung eines Abgabenbescheides nach § 299 BAO setzt grundsätzlich eine Prüfung der Rechtsvoraussetzungen durch die Abgabenbehörde voraus, womit die Gewissheit der Rechtswidrigkeit des Spruches des Abgabenbescheides festgestellt wird; es gilt der vorrangige Grundsatz der Rechtmäßigkeit (Rechtsrichtigkeit). Bloße rechtliche Unsicherheit oder divergierende Rechtsmeinung zwischen Abgabenbehörde und Abgabenparteien reicht noch nicht aus, weil hier die Rechtsverbindlichkeit eines rechtskräftigen Abgabenbescheides vorangeht. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit bzw. Rechtswidrigkeit hat anhand der Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der potenziellen Aufhebung zu erfolgen.

#### I.II. Ermessensentscheidung

Nach erfolgter Rechtsprüfung mit dem Ergebnis, dass der Spruch des Abgabenbescheides mit Rechtswidrigkeit behaftet ist, kommt es in weiterer Folge zur Ermessensentscheidung der Abgabenbehörde, ob sie antragsgemäß oder auch von Amts wegen von ihrem gesetzlich eingeräumten Ermessen Gebrauch macht und den Abgabenbescheid aufheben möchte; sollte die Rechtsentscheidung schon ergeben, dass der Abgabenbescheid sich nicht mit rechtlicher Sicherheit als unrichtig erweist, kann die Abgabenbehörde kein positives Ermessen üben und darf den Abgabenbescheid gar nicht aufheben. Bei der Ermessensübung kommt aber gewisse Bedeutung zu (siehe Ritz, „Bundesabgabenordnung“-Kommentar, Linde Verlag, 5. Auflage)

- » dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung,
- » dem Grundsatz der Rechtmäßigkeit (Rechtsrichtigkeit) vor dem Prinzip der Rechtssicherheit (Rechtsbeständigkeit).

# Eine Steuerung für alle Gewerke.

Integrale, PC-basierte Gebäudeautomation  
von Beckhoff.



Microsoft Technology  
Center, Köln:  
Die integrale Gebäude-  
automatisierung wurde mit  
PC- und Ethernet-basierter  
Steuerungstechnik von  
Beckhoff realisiert.

[www.beckhoff.at/building](http://www.beckhoff.at/building)

Die offene, PC-basierte Steuerungstechnik von Beckhoff bildet die Grundlage einer integralen Gebäudeautomation, die alle Anforderungen an eine nachhaltige und effiziente Lösung erfüllt. Eine einheitliche Hard- und Softwareplattform steuert alle Gewerke, von der nutzungsgerechten Beleuchtung über die komfortable Raumautomation bis zur hocheffizienten HLK-Regelung. Das Ergebnis: Durch die optimale Abstimmung aller Gewerke werden die Energieeinsparpotenziale über die Energieeffizienzklassen hinaus voll ausgeschöpft. Darüber hinaus reduziert die integrale Gebäudeautomation Hardware-, Software- und Betriebskosten. Für alle Gewerke stehen vordefinierte Softwarebausteine zur Verfügung, die das Engineering enorm vereinfachen. Funktionserweiterungen oder -änderungen sind jederzeit möglich.

Die ganzheitliche Automatisierungslösung  
von Beckhoff:



Flexible  
Visualisierung/  
Bedienung



Skalierbare Steuerungs-  
technik, modulare I/O-  
Busklemmen



Modulare  
Software-  
Bibliotheken

- Obwohl dem Verschulden weder der Parteien noch der Abgabenbehörde irgendwelche Bedeutung im Rahmen der Ermessensprüfung zuzuordnen ist, wird der Ermessensentscheidung möglicherweise eine gewisse negative Bedeutung zukommen, wenn
- » die Rechtsauffassung im Abgabenbescheid möglicherweise strittig ist,
  - » die Parteien trotz rechtsfreundlicher Vertretung den Abgabenbescheid in Rechtskraft erwachsen haben lassen,
  - » nunmehr nach einer gewissen Zeitdauer – möglicherweise initiiert durch anderweitige Rechtsmeinungen – nun doch quasi als Ersatz der nicht mehr rechtlich möglichen Berufung bzw. Beschwerde eine Bescheidaufhebung betrieben wird.
- Doch auch in diesem Fall könnte trotz verpasster Rechtsmittel einem späteren Aufhebungsantrag nach § 299 BAO Folge gegeben werden, wenn
- » der Grundsatz der Rechtsrichtigkeit zum Tragen kommt, weil der Spruch des Abgabenbescheides nunmehr auch nach Auffassung der Abgabenbehörde vollständig rechtswidrig wäre
  - » beispielsweise eine zwischenzeitlich ergangene, zum erstinstanzlich ergangenen Abgabenbescheid konträre höchstgerichtliche Rechtsprechung vorliegt,
  - » es sich nicht um eine bloß geringfügige Rechtsunkorrektheit handelt.

II. Verfahrensgrundsätze

II.I. Bescheidaufhebung

- Gemäß § 299 Abs. 1 BAO kann die Abgabenbehörde auf Antrag der Parteien oder von Amts wegen einen Abgabenbescheid der Abgabenbehörde aufheben, wenn der Spruch des Abgabenbescheides sich als nicht richtig erweist. Sobald die Abgabenbehörde die Rechtsnorm des § 299 BAO beanspruchen möchte oder sollte, hat sie darüber zwei Entscheidungen zu treffen, und zwar
- » eine Rechtsentscheidung über den Aufhebungsgrund,
  - » eine Ermessensentscheidung über die Aufhebung selbst.

Aufgehoben werden können

- » erstmals erlassene Abgabenbescheide,
- » vorläufige Abgabenbescheide,

- » abändernde oder aufhebende Abgabenbescheide,
- » Festsetzungs- und Feststellungsbescheide,
- » Messbescheide im Messbescheidverfahren,
- » Beschwerdevotescheidungen und Rechtsmittelentscheidungen,
- » Haftungsbescheide.

II.II. Abgabenrechtliche Entscheidung

- Eine antragsmäßige oder amtswegige Bescheidaufhebung nach § 299 BAO kann in Hinblick auf die spezielle Regelung für Länder und Gemeinden nach § 299 a BAO ausschließlich von der Abgabenbehörde erster Instanz vorgenommen werden.
- Wenn der Gesetzgeber im § 299 Abs. 2 BAO von einer Verbindung des aufhebenden mit dem ersetzenden Abgabenbescheid spricht, bedeutet dies in der Regel, dass in einem einzigen abgabenrechtlichen „Dokument“
- » der mit Rechtswidrigkeit behaftete Spruch aufgehoben (erster Spruchteil),
  - » gleichzeitig durch einen rechtmäßigen Spruch ersetzt werden kann (zweiter Spruchteil).

- Die Aufhebung des rechtswidrigen Spruches und der Ersatz durch einen rechtskonformen Spruch könnte daher in einem „Abgabenbescheid“ erfolgen; beide Spruchteile sind natürlich anfechtbar. Es könnte aber auch die Aufhebungs- und die Ersatzentscheidung mit zwei gesonderten Abgabenbescheiden erfolgen.
- Ein Antrag auf Aufhebung nach § 299 BAO ist abzuweisen, wenn
- » der antragsgegenständliche Abgabenbescheid inhaltlich nicht rechtswidrig ist,
  - » die Aufhebung aus Ermessensüberlegungen zu unterbleiben hat,
  - » der aufzuhebende Bescheid zwischenzeitlich etwa durch ein laufendes Beschwerde- oder Rechtsmittelverfahren abgeändert worden ist. ■

Dr. Peter Mühlberger,  
Magistrat Linz, Konsulent

Ertragsanteilsvorschüsse für November 2017

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

| a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA) |                                  |                          |                       |                             |
|----------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|--------------------------|-----------------------|-----------------------------|
|                                                                                  | Ertrag für 11/2017 <sup>1)</sup> | Veränderung ggü. 11/2016 | Ertrag für 01–11/2017 | Veränderung ggü. 01–11/2016 |
|                                                                                  | in 1.000 EURO                    | in %                     | in 1.000 EURO         | in %                        |
| GBA mit einheitlichem Schlüssel                                                  | 5.983.187                        | –1,5 %                   | 70.060.069            | 2,8%                        |
| davon:                                                                           |                                  |                          |                       |                             |
| Veranlagte Einkommensteuer                                                       | 50.095                           | –81,5 %                  | 3.398.157             | –1,5 %                      |
| Lohnsteuer                                                                       | 1.985.879                        | 5,6 %                    | 22.664.148            | –0,4 %                      |
| Körperschaftsteuer                                                               | 669.019                          | –12,7%                   | 7.033.058             | 10,5 %                      |
| Umsatzsteuer                                                                     | 2.073.244                        | 6,6 %                    | 23.491.415            | 4,8 %                       |
| Mineralölsteuer                                                                  | 402.780                          | –2,0 %                   | 4.166.516             | 2,7 %                       |
| Abgeltungssteuern Schweiz                                                        | 0                                |                          | 5.193                 | 236,7%                      |
| Abgeltungssteuern Liechtenstein                                                  | 0                                |                          | –3                    | –101,5%                     |
| GBA mit speziellen Schlüsseln                                                    | 186.546                          | 5,1 %                    | 1.951.259             | –5,6%                       |
| davon:                                                                           |                                  |                          |                       |                             |
| Bodenwertabgabe                                                                  | –6                               | –108,3 %                 | 5.837                 | 0,6 %                       |
| Grunderwerbssteuer                                                               | 96.951                           | 14,6%                    | 995.433               | –4,9 %                      |
| <b>GBA gesamt</b>                                                                | <b>6.169.733</b>                 | <b>–1,3 %</b>            | <b>72.011.329</b>     | <b>2,5 %</b>                |

<sup>1)</sup> i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) Gemeindeertragsanteile

|                  | Ertrag für 11/2017 <sup>1)</sup> | Veränderung ggü. 11/2016 | Ertrag für 01–11/2017 | Veränderung ggü. 01–11/2016 |
|------------------|----------------------------------|--------------------------|-----------------------|-----------------------------|
|                  | in 1.000 EURO                    | in %                     | in 1.000 EURO         | in %                        |
| Burgenland       | 19.832                           | 0,0 %                    | 227.976               | 1,2 %                       |
| Kärnten          | 47.191                           | –2,6 %                   | 542.760               | 0,6 %                       |
| Niederösterreich | 126.455                          | –0,6 %                   | 1.463.460             | 1,1 %                       |
| Oberösterreich   | 118.478                          | –1,6 %                   | 1.385.526             | 1,0 %                       |
| Salzburg         | 52.459                           | –2,6 %                   | 611.214               | 0,3 %                       |
| Steiermark       | 97.213                           | 1,0 %                    | 1.126.798             | 2,7 %                       |
| Tirol            | 67.125                           | –1,7 %                   | 792.481               | 2,4 %                       |
| Vorarlberg       | 37.254                           | 1,9 %                    | 421.829               | 1,3 %                       |
| Wien             | 208.904                          | 1,4 %                    | 2.398.194             | 3,0 %                       |
| <b>Summe</b>     | <b>774.911</b>                   | <b>–0,3 %</b>            | <b>8.970.239</b>      | <b>1,8 %</b>                |



„Erdbeerwoche“

## Auf blutiger Mission

Das Wiener Start-up „Erdbeerwoche“ produziert und vertreibt nachhaltige Monatshygiene. Die Macherinnen haben eine Mission: das Tabu um das Thema Monatsblutung brechen. Dafür haben sie gerade ein digitales Aufklärungsprojekt lanciert. Und das richtet sich ausdrücklich auch an Burschen.

Mag.ª Saskia Blatakes, Journalistin

Die Hälfte aller Menschen tut es. Alle Frauen im gebärfähigen Alter tun es in der Regel ein Mal im Monat. Sie menstruieren. Trotzdem ist die Monatsblutung immer noch weitgehend tabuisiert und oft schambehaftet. Dafür hat unter anderem auch jahrzehntelang die Tampon- und Bindenwerbung gesorgt. Sie suggerierte „da unten“ sei alles schmutzig, Regelblut wurde in den TV-Werbespots durch blaue Flüssigkeiten ersetzt und Frauen wurde eingeredet, die „Monatshygiene“ habe vor allem eins zu sein: möglichst diskret. Doch damit soll jetzt Schluss sein. „Das Tabu muss gebrochen werden“, sagt Unternehmerin Bettina Steinbrugger. Zu diesem Zweck hat sie 2011 gemeinsam mit Annemarie Harant eine Firma mit dem klingenden Namen „Erdbeerwoche“ gegründet. Die beiden profitieren derzeit von einem Trend, der in den USA entstanden ist und vor al-

lem in den sozialen Medien für Furore gesorgt hat: die „Period Positive“-Bewegung, die es sich zum Ziel gemacht hat, einen schambefreiten, positiveren Umgang mit der Menstruation zu bewerben und dabei auch frauenrechtliche Aspekte zu thematisieren.

Auch bei der „Erdbeerwoche“ dreht sich alles um die Menstruation. Wie es dazu kam, erzählen die beiden 33-jährigen Gründerinnen beim Besuch der ÖGZ im Büro des Start-ups im fünften Wiener Gemeindebezirk. Es liegt im Souterrain eines in einem ruhigen Hinterhof gelegenen gemütlich wirkenden Backsteingebäudes. Die Räume mit der hohen, gewölbten Decke teilt sich das aus mittlerweile vier Mitarbeiterinnen bestehende Start-up mit einem anderen nachhaltigen Unternehmen in Frauenhand – den Algenlimonade-Produzentinnen von „Helga“ (die ÖGZ berichtete).

### „Wer, wenn nicht wir?“

Nur wenige Jahre liegen zwischen der Idee und dem eigenen Büro. Bettina Steinbrugger und Annemarie Harant hatten vor der Gründung der „Erdbeerwoche“ bereits beruflich mit Nachhaltigkeit zu tun: Beide arbeiteten für eine Corporate-Social-Responsibility-Plattform. Die Idee entstand dann gemeinsam und begann mit einer Frage: Wie sieht es eigentlich aus mit ökologischen Tampons oder Binden? Sie fanden schnell heraus: Während es nachhaltige Alternativen in fast allen Nischen des Konsums gibt, war das Angebot bei Binden und Tampons eher mau. Für die beiden Anlass genug, diese Nische zu besetzen.

Ihr Umfeld habe am Anfang sehr skeptisch reagiert: Ausgerechnet Bio-Tampons? Doch die beiden haben sich nicht irritieren lassen. „Wer soll das machen, wenn nicht wir?“ sei anfangs ihr Motto gewesen, erzählt Bettina Steinbrugger. Und das Medienecho und der Erfolg der letzten Jahre scheinen sie zu bestätigen – das Start-up hat zahlreiche Preise und Förderungen gewonnen, zuletzt eine Auszeichnung als „Heldinnen des Mittelstands“.

Um die bloßen Umsatzzahlen geht es den Erdbeerwoche-Macherinnen dabei aber nicht. Sie sehen sich auch als Lobbyistinnen und Aufklärerinnen. Für sie hat das Thema Menstruation drei Dimensionen: eine gesundheitliche, eine ökologische und eine politische.

### Gift im Tampon

Herkömmliche Tampons und Binden enthalten oft gesundheitsschädliche Inhaltsstoffe wie Kunststoffe, bedenkliche Chemikalien, Weichmacher oder mit Chlor gebleichte Baumwolle. So haben zum Beispiel die Warentester von Ökotest herausgefunden, dass 14 von 16 Tamponmarken allergieauslösende halogenorganische Rückstände des Bleichprozesses enthalten. Auch Formaldehyd oder Phthalate (Weichmacher wie BPA) wurden in den Binden und Tampons gefunden, letztere vor allem in den Klebefolien von Slipeinlagen.

Die Erdbeerwoche-Macherinnen kritisieren, dass Tampons und Binden nicht als Medizinprodukte eingestuft werden (wie beispielsweise in den USA) und damit strenger geprüft werden, sondern dass sie bislang den gleichen gesetzlichen Grenzwerten unterliegen wie zum Beispiel Taschentücher. „Dabei schnäuzt man in ein Taschentuch nur ein Mal kurz



Bettina Steinbrugger und Annemarie Harant haben eine Nische entdeckt und sie erfolgreich besetzt: nachhaltige Monatshygiene.

hinein, während man zum Beispiel Tampons stundenlang direkt an den Schleimhäuten trägt“, so Steinbrugger. Damit ist auch ein derzeit heiß diskutiertes politisches Thema verbunden: Die von den AktivistInnen sogenannte Tamponsteuer. Binden und Tampons zählen als Gebrauchsgüter und unterliegen somit in Österreich dem Regelsteuersatz von 20 Prozent. „Medizinprodukte, Bücher und sogar Fußballtickets sind dagegen nur mit zehn Prozent besteuert“, rechnet Bettina Steinbrugger vor.

### Blutige Kappen

Zweitens geht es um Umweltverschmutzung: Ein Großteil aller Binden und Tampons landet immer noch in der Toilette statt im Mistkübel und verursacht dabei große Probleme für die Kanalisation. 10.000 bis 17.000 Binden oder Tampons verwendet eine Frau im Laufe ihres Lebens – ein gigantischer Müllberg. Um dem beizukommen, bietet das Start-up in seinem Webshop verschiedene Lösungen an: Tampons oder wiederverwendbare Stoffbinden aus Biobaumwolle und Menstruationskappen.

Bei Letzteren herrsche bei den potenziellen Kundinnen immer noch die größte Verwirrung, wie Bettina Steinbrugger lachend erzählt. Männer halten sie für ein innovatives Verhütungsmittel, während es schon Kundinnen gab, die nachfragten, ob sie die Menstruationskappe vielleicht nach dem ersten Gebrauch zurückschicken können, falls sie nicht passen sollte.

Obwohl die kleinen wiederverwendbaren Becher zum Auffangen von Menstruationsblut zeitgleich mit den Tampons in den 1930er-Jahren entwickelt wurden, sind sie bislang ein Nischenprodukt geblieben. Was sich langsam zu wandeln

scheint. Die Menstruationskappe muss nach jeder Regel nur ausgekocht werden und kann bis zu zehn Jahre lang verwendet werden, was sie laut „Erdbeerwoche“ zu einer günstigen und umweltschonenden Alternative zu Wegwerfprodukten macht.

Aber durch seine Langlebigkeit ist die Menstruationskappe auch ein Produkt, mit dem man als Unternehmerin keine hohen Umsätze machen kann. Doch um den größtmöglichen Profit geht es den beiden ohnehin nicht. Erst kürzlich haben sie potenzielle zahlungskräftige Investoren abgelehnt, die die Produktion der nachhaltigen Binden und Tampons aus Bio-Baumwolle lieber ins kostengünstigere China verlagert hätten. Das junge Start-up positioniert sich auch damit als dezidiert soziales Unternehmen. Aus dem Wiener Rathaus heißt es dazu: „Wien unterstützt Social Entrepreneurship regelmäßig im Rahmen der Wiener Wirtschaftsagentur, es gibt eigene Förderwettbewerbe zum Thema. Dass Wien zur Vorreiterin bei Social Entrepreneurship und gesellschaftlicher Innovation wird, ist Teil unseres rot-grünen Regierungsübereinkommens.“

### Beängstigendes Unwissen

Der jüngste Streich der Regel-Tabu-Brecherinnen: eine digitale Aufklärungsplattform zum Thema Menstruation für Burschen und Mädchen im Teenageralter. Dafür haben sie zunächst eine Umfrage bei österreichischen Jugendlichen durchführen lassen. Das Ergebnis: 17 Prozent der Mädchen und jeder dritte Bursche wissen nicht, worum es sich bei der Menstruation eigentlich handelt. Über die Hälfte aller Mädchen sehen ihre Regel als etwas Negatives, 70 Prozent der Burschen halten sie für unwichtig oder gar peinlich. Gesundheitlich bedenklich ist vor allem ein Ergebnis: Nur 13 Prozent wissen, worum es sich bei dem potenziell tödlichen toxischen Schocksyndrom (TSS) handelt, das eintreten kann, wenn Tampons zu lange getragen werden.

Für „Erdbeerwoche“ ein klares Signal zu handeln. Sie haben jüngst die digitale Aufklärungsplattform gestartet, die das Thema den Jugendlichen altersgerecht und attraktiv näherbringt und es ihnen vor allem ermöglichen soll, sich auch zu Hause und anonym zu informieren. Förderung bekam die „Erdbeerwoche“ dafür heuer – wie auch neun andere soziale Unternehmen – vom Austria Wirtschaftsservice.

Generell sei das Interesse der Politik von Anfang an sehr groß



Frauenstadträtin Sandra Frauenberger

gewesen. Mit Frauenstadträtin Sandra Frauenberger habe es beispielsweise bereits gute Gespräche gegeben. Auf Anfrage der ÖGZ heißt es aus dem Büro der Stadträtin: „Gesundheitsthemen, die nur Frauen betreffen, waren lange Zeit Tabuthemen, über die ungern in der Öffentlichkeit gesprochen wird. Das muss sich ändern, denn Frauen und Mädchen haben das Recht darauf, dass ihre Gesundheit ernst genommen wird. Weder Verhütung noch die Kosten für Hygieneartikel sollten eine Frage der Leistbarkeit sein.“

Um ihr Aufklärungs-Projekt zu lancieren, sucht das Unternehmen jetzt nach Pilotschulen und hofft außerdem auf Unterstützung von Städten und Gemeinden. „Es wäre toll, wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Plattform Schulen zur Verfügung stellen könnten“, sagt Bettina Steinbrugger. Stefanie Grubich, Pressesprecherin von Sandra Frauenberger, empfiehlt: „Hier gäbe es die Möglichkeit, für eine Förderung bei der Wiener Wirtschaftsagentur einzureichen. Die Förder-schiene ‚Kommunikation‘ unterstützt Unternehmen, Start-ups oder Vereine, die durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit gegen Vorbehalte über neue Technologien informieren oder auch das Image und die Stellung Wiens als moderne und aufgeschlossene Stadt mit starker Innovationskraft verbessern.“

In den letzten Jahren haben die beiden Gründerinnen ihr Unternehmen auf vielen Messen und Start-up-Events präsentiert und dabei immer wieder gemerkt, dass sie mit ihrer Idee ins Schwarze getroffen haben. Was die beiden besonders freut: „Interessanterweise bekommen wir gerade von Männern oft sehr positive Resonanz. Viele kennen das Thema von ihren Frauen oder Töchtern und gehen überraschend entspannt damit um.“

© Foto: PID/Bohmann, © Porträt: Luzia Pulu

© Foto: Juliane/photocase.de, iStockphoto

### Marseille – Immer weniger Kinder können schwimmen

In der französischen Stadt Marseille kann eines von zwei Kindern zu Beginn der 6. Schulstufe nicht schwimmen, in den nördlichen Stadtteilen sind es sogar zwei von drei Kindern. Diese Entwicklung liegt vor allem am Mangel an Schwimmbädern. In Marseille gibt es derzeit lediglich zwölf Bäder für 444 Schulen. Seit 15 Jahren sind Schulen in Frankreich dazu verpflichtet, Kindern das Schwimmen beizubringen, dieser Aufgabe kann jedoch derzeit aufgrund der fehlenden Infrastruktur nur unzureichend begegnet werden. Das Lehrpersonal kritisiert die unzufriedenstellende Situation bereits seit Längerem. Vonseiten der Schulbehörde wurde nun immerhin eine sogenannte „Blaue Brigade“ eingesetzt, die Schulklassen begleitet und mit den SchülerInnen Schwimmstunden absolviert. Für den Bau weiterer Bäder fehlt es an finanziellen Mitteln.

### Ähnliche Situation auch in anderen Staaten

In Großbritannien wurde festgestellt, dass fast ein Drittel der Elfjährigen nicht schwimmen kann. Als Ursache für das Defizit wird das fehlende Budget an Schulen angegeben. In Deutschland ist die Situation ähnlich. Im Rahmen einer Umfrage wurde ermittelt, dass 59 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland keine sicheren SchwimmerInnen sind und sich im Falle eines Notfalls kaum selbst helfen können. Im vorigen Jahr ertranken in Deutschland 537 Menschen, der höchste Wert seit zehn Jahren. Auch in Deutschland geht man davon aus, dass die Schwimmbildung deshalb nur unzureichend erfolgt, weil es an Schwimmbädern fehlt.



Vielerorts können immer weniger Kinder schwimmen. Grund dafür ist oftmals eine unzureichende Versorgung mit Schwimmbädern.

Es muss sichergestellt werden, dass SchülerInnen die Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen. Eine Unterversorgung an Bädern führt rasch zu unerwünschten Ergebnissen, wie man an zahlreichen Beispielen in Europa erkennen kann. Schwimmbäder sind als Teil der Daseinsvorsorge zu verstehen und keinesfalls Liebhaberei der Städte.

### „Wohnen für Hilfe“ bringt Studierende und SeniorInnen mit Platz zusammen

Gerade für Studierende gestaltet sich die Wohnungssuche meist schwierig. Während diese oft auf der Suche nach einer leistbaren Unterkunft verzweifeln, leben viele ältere Menschen oft allein in zu großen Wohnungen und benötigen Hilfe bei alltäglichen Aufgaben. Diese Ausgangslage nahm das Projekt „Wohnen für Hilfe“ zum Anlass, um StudentInnen auf Zimmersuche an SeniorInnen mit Platz zu vermitteln. Die erste Initiative dieser Art entstand bereits im Jahr 1992. Mittlerweile gibt es die Initiative in mehr als 30 deutschen Städten. Die Nachfrage unter Studierenden ist anhaltend hoch, in München beispielsweise acht bis zehn Mal so hoch wie das derzeitige Angebot. Bereits jetzt gibt es 52 solcher Partnerschaften in der bayrischen Großstadt.

### Kostenersparnis und Dienst an der Gesellschaft

Durch Pflegedienste und Dienstleistungen wie Essen auf Rädern sind alte Menschen heute recht lange fähig, allein zu wohnen. Was ihnen oft schwerfällt, sind jedoch alltägliche Aufgaben wie der Einkauf oder ein Ärztinnen- oder Arztbesuch. Hier sind die jungen MitbewohnerInnen gefragt. Ihre Tätigkeiten sind vielfältig und je nach VermieterIn unterschiedlich. Typisch sind etwa Rasen mähen, Fenster putzen, bügeln oder Lebensmittel einkaufen. Pflegedienste dürfen die StudentInnen nicht leisten. Drei bis sechs Stunden seien laut Seniorentreff München pro Woche einzuplanen. Bei der Auswahl der Studierenden wird besonders darauf geachtet, ein optimales Paar zusammenzustellen. So wurde der Biotechnologiestudent Daniel an einen pensionierten Biologie- und Chemielehrer vermittelt. Diese können nun fachsimpeln



Tausche Platz zum Wohnen gegen Hilfe im Haushalt – nach diesem Motto funktioniert das Projekt „Wohnen für Hilfe“, bei dem Studierende und SeniorInnen zusammengebracht werden.

und besuchten auch schon gemeinsam Vorträge. Das Zusammenleben funktioniert nicht immer so optimal, weshalb sich der Seniorentreff regelmäßig über die Partnerschaft erkundigt. Durchschnittlich dauert ein Mietverhältnis zweieinhalb Jahre. Das kürzeste zwei Tage, das längste 14 Jahre. Auch in Österreich ist die Initiative „Wohnen für Hilfe“ angekommen und wird derzeit in Wien, Graz und Innsbruck angeboten. Weiterführende Informationen zu den Initiativen in Österreich finden Sie unter folgenden Links:

[www.wge-wien.org](http://www.wge-wien.org)  
[www.wohnenfuerhilfe-oehgraz.at/](http://www.wohnenfuerhilfe-oehgraz.at/)  
[diakonie.linux5.webhome.at/wohnen\\_fuer\\_hilfe.html](http://diakonie.linux5.webhome.at/wohnen_fuer_hilfe.html)



Mag. Saskia Blatakes studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien und dem Institut für Höhere Studien. Sie arbeitet als freie Journalistin, Moderatorin und Lektorin.



Der RGRE-Finanzausschuss tagte erstmals im Innsbrucker Rathaus (v. l.): Thomas Weninger (Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes), Walter Leitemann (Leiter der Deutschen Sektion des RGRE), Frédéric Vallier (Generalsekretär des RGRE), Carlos Prieto Martin (Interner Rechnungsprüfer des RGRE), Christine Oppitz-Plörer (Bürgermeisterin von Innsbruck und Vorsitzende des RGRE-Finanzausschusses), Vince Maple (Stadttrat von Medway, UK), Marielle Combe (Leiterin Finanzen, RGRE), Richard Kitt (Local Government Association, UK)

RGRE-Finanzausschuss in Innsbruck

Seit Dezember 2016 ist Innsbrucks Bürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Christine Oppitz-Plörer Vorsitzende des RGRE-Finanzausschusses. Nun traf sich das Gremium erstmals seit Bestehen des RGRE in Innsbruck. Der RGRE-Finanzausschuss ist maßgeblich für ein solides Finanzmanagement der Non-Profit-Organisation verantwortlich und wacht über ein jährliches Budget von rund zwei Millionen Euro. Bürgermeisterin Oppitz-Plörer zeigte sich erfreut, die Rolle der Gastgeberin übernehmen zu dürfen und betonte den hohen Stellenwert des RGRE. „Als Sprachrohr der Gemeinden und Regionen hat der RGRE seit seiner Gründung im Jahr 1951 einen unverzichtbaren Beitrag für ein vereintes

und starkes Europa, vor allem aber für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, geleistet“, so die Bürgermeisterin und Ausschussvorsitzende. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist die wichtigste und älteste Vertretung für lokale und regionale Gebietskörperschaften in Europa. Er setzt sich für die Interessen von mehr als 60 Mitgliedsverbänden und insgesamt mehr als 130.000 Städten, Gemeinden und Regionen aus 41 Ländern ein. Eine der Hauptaufgaben des RGRE ist es, die EU-Gesetzgebung aktiv mitzugestalten und dabei die Anliegen der Gemeinden und Regionen im Sinne einer kommunalen Selbstverwaltung zu vertreten.

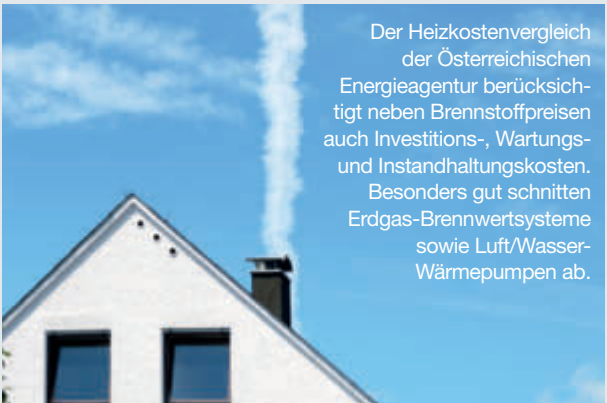
© Foto: IKM/Hofer

Heizsysteme im Kostenvergleich

Pünktlich zum Wintereinbruch präsentierte die Österreichische Energieagentur ihren aktuellen Kostenvergleich der Heizsysteme. Die Berechnungen wurden zu Vollkosten durchgeführt und berücksichtigen neben Brennstoffpreisen auch sämtliche anderen anfallenden Kosten der jeweiligen Heizsysteme, wie Investitions-, Wartungs- und Instandhaltungskosten. Verglichen wurden die Heizsysteme Fernwärme, Erdgas-Brennwert, Öl-Brennwert, Scheitholz, Pellets, Wärmepumpe Luft/Wasser sowie Wärmepumpe Sole/Wasser mit Erdsonde. Da die Heizkosten des jeweiligen Systems maßgeblich von der thermischen Qualität des Gebäudes abhängig sind, wurde in drei unterschiedlichen Kategorien bewertet. Die Berechnungen der Österreichischen Energieagentur ergaben folgendes Ranking:

|   | Einfamilienhaus thermisch unsaniert | Einfamilienhaus thermisch saniert | Neubau                 |
|---|-------------------------------------|-----------------------------------|------------------------|
| 1 | Erdgas-Brennwert                    | Erdgas-Brennwert                  | Luft/Wasser-Wärmepumpe |
| 2 | Luft/Wasser-Wärmepumpe              | Luft/Wasser-Wärmepumpe            | Erdgas-Brennwert       |
| 3 | Stückholz                           | Fernwärme                         | Öl-Brennwert           |

Vergleicht man die reinen Energiekosten, schneiden Wärmepumpen auf Basis Sole/Wasser mit Erdsonde am besten ab. Diese Systeme gehen jedoch mit relativ hohen Investitions- und Wartungskosten einher. Am höchsten sind die reinen Energiekosten im Falle eines Fernwärmeanschlusses. Unabhängig



Der Heizkostenvergleich der Österreichischen Energieagentur berücksichtigt neben Brennstoffpreisen auch Investitions-, Wartungs- und Instandhaltungskosten. Besonders gut schnitten Erdgas-Brennwertsysteme sowie Luft/Wasser-Wärmepumpen ab. vom Heizsystem liegen die Heizkosten in einem sanierten Einfamilienhaus um 55 % niedriger als in einem unsanierten Gebäude. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, die thermische Sanierung voranzutreiben. Das Ranking basiert lediglich auf den derzeitigen tatsächlichen Kosten. Zudem wurden die durch Heizsysteme verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen analysiert. Damit wird die umweltfreundlichste Art und Weise aufgezeigt, das Eigenheim zu beheizen. Weitere Informationen zum Heizkostenvergleich 2017 sowie interaktive Grafiken und Details zu den zugrunde liegenden Berechnungsmethoden finden Sie auf der Website der Österreichischen Energieagentur: [www.energyagency.at/energy2027](http://www.energyagency.at/energy2027).

Ausschusstermine des Österreichischen Städtebundes  
Dezember 2017 bis Jänner 2018

| Dezember           |                                              |           |
|--------------------|----------------------------------------------|-----------|
| 7. Dezember        | Workshop Daseinsvorsorge                     | Wien      |
| Jänner             |                                              |           |
| 22. Jänner         | Lenkungsausschuss<br>Netzwerk Gesunde Städte | Wien      |
| 25. bis 26. Jänner | Fachausschuss für<br>Öffentlichkeitsarbeit   | Innsbruck |



Ausblick auf die Februar-ÖGZ

In der nächsten Ausgabe liegt der Fokus auf dem Thema „Entwicklungszusammenarbeit“. Von den Vereinten Nationen wurden 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs), verabschiedet. Welche Bedeutung dies für die kommunale Ebene hat und was Österreichs Städte zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit beitragen können, wird im kommenden Heft zu lesen sein. Die Ausgabe 02/2018 erscheint am 7. Februar 2018.

**IMPRESSUM:** ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 12-01/2017 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at), oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.<sup>in</sup> Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurinnen des Österreichischen Städtebundes: Mag.<sup>a</sup> Christina Aigner und Lisa Hammer, MA, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135, Mitarbeit: DI<sup>n</sup> Melanie Döbernigg-Lutz, Kevin Mulik • Chefin vom Dienst: Carina G. Wiesner, Grafische Gestaltung: Repromedia, Lektorat: Carina G. Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndt-Bullens • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2017: 10 Ausgaben • Coverfoto: Fotolia/germina, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung: Tel. +43(0)1/740 32-725, [abo.oegz@bohmann.at](mailto:abo.oegz@bohmann.at), Adressänderungen: Daniela Borka, [daniela.borka@bohmann.at](mailto:daniela.borka@bohmann.at), Tel. +43(0)1/740 32-725 • Anzeigen: Sabine Pokorny, [sabine.pokorny@schmid-verlag.at](mailto:sabine.pokorny@schmid-verlag.at), Tel. +43(0)1/740 32-422 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

© Foto: Miss X/photocase.de, iStockphoto

# Der Caddy. Da steckt mehr drin.

Optimale Traktion mit dem Allradantrieb 4MOTION und serienmäßiges ESP machen es möglich. Einfaches Anfahren an Steigungen auch mit voller Ladung? Der serienmäßige Berganfahrassistent beim 4MOTION macht es möglich. Hohe Leistung bei weniger Verbrauch? Die wirtschaftlichen und dynamischen Motoren machen es möglich.

Für attraktive Angebote wenden Sie sich bitte an Ihren Verkaufsberater.



€ **1.000,-\***

bei Finanzierung über die  
Porsche Bank



**Volkswagen**

\*Bonus bei Porsche Bank Finanzierung, Mindestlaufzeit 36 Monate, Mindest-Nettokredit 50 % vom Kaufpreis. Gültig bis 29.12.2017 (Datum Kaufvertrag und Finanzierungsantrag). Nicht gültig für Sonderkalkulationen für Flottenkunden. Boni sind inkl. MwSt. und NoVA und werden vom unverb. empf. Listenpreis abgezogen. Nähere Infos bei teilnehmenden VW Betrieben. Symbolfoto.

Verbrauch: 4,6 – 5,9 l/100 km. CO<sub>2</sub>-Emission: 119 – 143 g/km.

Erdgas (CNG): 4,1 kg/100 km. CO<sub>2</sub>-Emission: 112 g/km.